blätter des iz3w

nr. 15 märz 72

Herausgeg: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg Lorettostr. 2o a Tel 71o28 App 29

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, S. Bartels, G. Cremer, E.H. Flammer, H.C. Flemming, J. Geue, F. Hemmerich, E. Knörich, H. Pöttker, P. Riedesser, B. Sandbothe, G. Stingl, L. Teubner. Konten: Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg Nr. 1.o22.623.3; Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239; SCHWEIZ: G. Stingl, Aktion Dritte Welt Freiburg i. Br. , Postscheckkonto Basel 4o - 35899 . Jahresabonnementpreis bei mindestens 1o Nummern incl. Porto und Beilagen: DM 15,-

FÖRDERKREIS des iz3w wozu?

Seit über drei Jahren arbeitet in Freiburg die Aktion Dritte Welt; seit über einem Jahr das Informationszentrum Dritte Welt. Unsere bisherige inhaltliche und organisatorische Arbeit bestand u. a. in:

Unterhaltung eines Informations- und Versandbüros,
Aufbau eines umfangreichen, frei benutzbaren Zeitungsschnittarchivs aus etwa 100 Periodika,
Einrichtung einer Präsenzbibliothek,
Entwurf und Druck von Plakaten,
Publikation aktueller und grundsätzlicher Broschüren zu Themen der Entwicklungspolitik,
Durchführung von Seminaren, Diskussionen und Vorträgen besonders im Raum Baden-Württemberg,
Herausgabe der monatlich erscheinenden »Blätter des iz3w« (Auflage 3000),
publizistische und materielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika,
Beteiligung an der Cabora-Bassa-Kampagne,
aktive Teilnahme an Aktionärshauptversammlungen der Cabora-Bassa-Firmen,
Vorbereitung und Durchführung des Portugaltribunals,
die Teilnahme an weiteren Hauptversammlungs-Aktionen,

Diese Arbeit wird im Wesentlichen durch Spenden ermöglicht, die allerdings nur sporadisch eintreffen und deren Beschaffung zusätzliche Arbeitsbelastung verursacht. Unsere Organisation hat inzwischen eine Größe erreicht, die es nicht mehr erlaubt, von zufälligen Spenden und Zuschüssen staatlicher und kirchlicher Institutionen abhängig zu sein.

Um Unabhängigkeit und Kontinuität des Informationszentrums Dritte Welt zu gewährleisten und neben den schon jetzt laufenden großen Projekten und Ausgaben eine langfristige Planung zu ermöglichen, bitten wir alle, denen an der Fortführung und Ausweitung unserer Arbeit gelegen ist, um ihre aktive Solidarität durch den Beitritt zum

Förderkreis des Informationszentrums Dritte Welt.

Nur einplanbare Beiträge werden unsere Unabhängigkeit und eine freizügige Planung garantieren können.
Wir appellieren besonders an Mitarbeiter und Sympathisanten politischer Gruppen, die an eigenem zeitlichem Einsatz für Dritte-Welt-Arbeit verhindert sind, die aber durch ihren finanziellen Beitrag in Höhe von 1 bis 3% ihres Monatseinkommens oder mindestens 5,– DM monatlich die Weiterführung unserer Arbeit ermöglichen wollen.

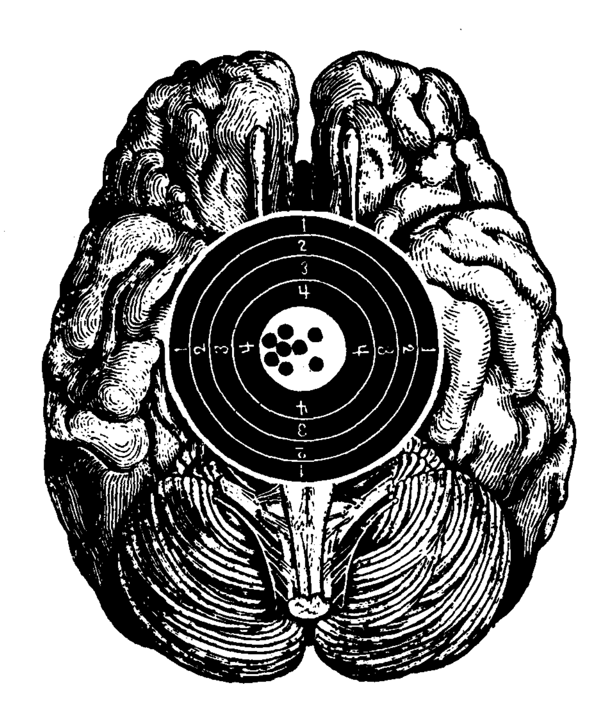
Zur Sache:

1. Beim Versand der Zahlungsmahnungen mit der letzten Nummer sind uns leider einige Fehler unterlaufen. Wir bitten diejenigen, die trotz Zahlung eine Mahnung erhielten, deren Zahlung also bei uns nicht registriert ist, uns Betrag und (wenn möglich) Datum der Zahlung mitzuteilen. Wir werden unsere Kartei dementsprechend berichtigen. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, daß die Zahlungseingänge bei uns nur fehlerfrei gebucht werden können, wenn die Zahlungsformulare deutlich beschriftet sind (dies mögen besonders die Besitzer schwungvoller Unterschriften bei der Ausstellung eines Schecks bedenken). Für die säumigen Leser sei unsere (monotone) Bitte, die blätter regelmäßig zu zahlen, wiederholt. Die Konten unserer Gruppe sind auf dem Titelblatt angegeben.

2. In der Dokumentation zum Pakistankonflikt in Nr. 13/14 wurde leider nicht vermerkt, daß die Tabellen ("statistisches") zu West- und Ostpakistan auf Seite 25 der Zeitschrift Progrom, Hamburg Nr. 11/71, entnommen wurde. Mit der Streichung eines Absatzes wurde versehentlich die Vermerkzahl auf die entsprechende Fußnote ebenfalls entfernt.

3. Der weitere Teil der Dokumentation zum Pakistankonflikt konnte entgegen unserer Ankündigung erst in der nächsten Nummer veröffentlicht werden. Sie wird folgende Abschnitte umfassen: Der ostpakistanische Sezessionskrieg März-April 71; Die Rolle Indiens im Ost-Pakistan-Konflikt; Der 13 Tage-Krieg Dezember 71; Die Großmächte um Bangala Desh.

4. Nr. 13/14 der blätter kann noch bei uns bestellt werden. Alle früheren Nummern sind vergriffen. Nur in Ausnahmefällen können Archivexemplare verliehen werden. Wir weisen nochmals auf die Möglichkeit hin, daß das Buch von Eduardo Ferreira "Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa" bereits jetzt bestellt werden kann. Der Versand wird Anfang nächsten Monat erfolgen.



Gewalt und Gegengewalt

Thesen zur sozialistischen Revolution

Helmut Gollwitzer

„Predigt der Gewaltlosigkeit, die sich nur nach unten richtet und nicht gleichzeitig nach oben, also nur an die Revolutionäre, nicht an die Herrschenden, enthüllt sich als heuchlerisch und ideologisch."

1. Mangelgesellschaft ist Gewaltgesellschaft
Die in ihr vorhandenen Privilegien bei der Verteilung des Sozialprodukts und der Besetzung der gesellschaftlichen Machtpositionen können nur mit Gewalt aufrecht erhalten werden; ebenso können Leben und Rechte der einzelnen gegeneinander nur mit Androhung und Ausübung von Gewalt als letztem Mittel geschützt werden.

Gewaltmonopol des Staates

2. Jeder Staat ist Gewaltstaat. Der bürgerliche Staat setzt Gewalt ein sowohl zur Erhaltung der bestehenden Privilegien wie zum Rechtsschutz für jeden Bürger. Die Monopolisierung der Gewalt beim Staate dient also sowohl der Verhinderung der Beseitigung des Klassenstaates als auch der Verhinderung von Rechtsverletzungen der einzelnen gegeneinander.

3. Der Sozialist bekämpft die Anwendung der Gewalt zur Aufrechterhaltung von Privilegien. Er strebt eine Gesellschaft an, in der das staatliche Gewaltmonopol nur noch den Interessen aller und dem Rechtsschutze jedes Einzelnen dient. Er strebt darüber hinaus nach einer Gesellschaft, die eines solchen staatlichen Gewaltmonopols überhaupt entbehren kann, nach einer gewaltfreien Gesellschaft. Es braucht jetzt nicht darüber entschieden zu werden, ob dies eine realisierbare Utopie ist oder nicht. Als Leitvision entläßt sie aus sich zwei Kriterien für gesellschaftliche Gewalt: ob diese sich auf das im Interesse aller nötige Maß von Gewalt beschränkt, und ob sie wirklich im Interesse aller und nicht im Interesse von Privilegien eingesetzt wird.

4. Der Sozialist steht in solchem kritischen Verhältnis von Gewalt, weil Gewaltanwendung von Menschen gegen Menschen im Widerspruch steht zu einer Zielvorstellung einer friedlichen Gesellschaft freier, gleichberechtigter und gleichverpflichteter Menschen.

Legitime Gewaltanwendung

5. Auf dieser Grundlage ist Gewaltanwendung nur legitim, wenn sie im Lebensinteresse aller erfolgt und zugleich auch dem, dem sie geschieht, zu seinem Besten dient, also von der Liebe auch zu ihm gerechtfertigt wird: erzieherische Gewalt gegenüber dem Kleinkind, ärztliche und pflegerische Gewalt gegenüber dem Geistesgestörten, hindernde Gewalt gegenüber demjenigen, der seine Aggressionen gegenüber seinen Mitmenschen nicht selbst zu beherrschen vermag. Tötende Gewalt kann von hier aus nie legitim sein, selbstverständlich auch nicht als Todesstrafe.

6. In der Menschheit, in der wir leben, nehmen wir alle auch an nichtlegitimer Gewalt teil: unser Lebensstandard ist privilegiert gegenüber den Schlechtweggekommenen; wir leben in nationalen und staatlichen Kollektiven, die sich schützen und gegenseitig bedrohen durch ständig sich steigernde Gewaltmittel; Beseitigung von Unterdrückung ist – mindestens in extremen Fällen – oft nicht ohne Anwendung auch tötender Gewalt durchzusetzen. In dieser Gewaltgesellschaft geschieht Gewalt in sehr verschiedenen Formen, vor allem strukturelle Gewalt in den durch Rechtssetzungen und staatliches Gewaltmonopol gesicherten Privilegien und Herrschaftsstrukturen, verschwiegen, ideologisch verschleiert und als physische Gewalt, einschließlich der tötenden Gewalt (Justiz, Polizei, Militär). Um die Aufhebung dieser legalen, aber nichtlegitimen Formen von Gewalt geht es dem Sozialismus.

7. Dieses Ziel kann angesichts der mächtigen Interessen, die entgegenstehen, nur im politischen Kampf erreicht werden. Politischer Kampf ist – im Unterschied zum Kampf von Überzeugungen, in dem mit Worten und Argumenten gekämpft wird, um Verständigung zu erzielen und sich in gemeinsamer Erkenntnis zu finden – immer Kampf mit Mitteln der Gewalt: Propaganda, Rechtsmitteln, Massendruck, Druck der öffentlichen Meinung, – dies alles mit dem Ziel der Entmachtung der Gegenseite und der eigenen Einsetzung in die politische Macht.
Formale parlamentarische Demokratie ist Legalisierung und Kanalisierung dieses Kampfes, um die Alternative zwischen Unterwerfung und Aufstand, wie sie in den nichtdemokratischen Systemen besteht, zu durchbrechen.

Zweischneidige formale Demokratie

8. Sozialisten erkennen das formal-demokratische System als Fortschritt gegenüber den nichtdemokratischen Systemen an und durchschauen zugleich seinen Klassencharakter, seine Bestimmung zur Aufrechterhaltung der Privilegienstrukturen und seine ungleiche Verteilung der legalen Kampfchancen. Daraus folgt:

a) Sie nützen die formale Demokratie aus und bemühen sich um ihre Erhaltung gegen reaktionäre Tendenzen, die sie aushöhlen.
b) Sie können sich nicht absolut auf die legalen Möglichkeiten des formaldemokratischen Systems festlegen; wie sie auch in ihm ständig von Illegalisierung bedroht sind, werden sie auch illegale Handlungen nicht grundsätzlich ausschließen.
c) Wegen des fortschrittlichen Wertes der formalen Demokratie und des bürgerlichen Rechtsstaates werden sie bei jeder Verletzung des formalen Rechtes sorgfältig reflektieren, ob der Schaden der damit verursachten partiellen Erschütterung des Rechtssystems nicht größer ist als der Nutzen.

9. Ein besonderes Problem für den Sozialismus ist das Problem der tötenden Gewalt wegen ihrer schlechthinigen Inhumanität: Sie nimmt den Betroffenen jede Chance der Änderung: sie kann nicht mehr als Dienst der Liebe an den Betroffenen verstanden werden. Tötende Gewalt widerspricht dem humanen Motiv und dem Ziel des Sozialismus. Wo dieser Widerspruch nicht mehr empfunden oder wo er bagatellisiert wird, ist der Sozialismus entartet und sein Verhältnis zum Ziel mindestens gefährdet.

10. In der Gewaltherrschaft kann politischer Kampf in Situationen führen, in denen prinzipielle Vermeidung von tötender Gewalt der Kapitulation gleichkommt, in denen der Kampf nur mit tötender Gewalt weitergeführt werden kann oder der Sieg dem Gegner überlassen werden muß. Für solche Situationen hat die großkirchliche Tradition die Christen, die an der politischen Verantwortung teilzunehmen haben, zur Beteiligung an der tötenden Gewalt unter begrenzten Bedingungen ausdrücklich ermahnt und zugleich ihnen die Problematik dieser Beteiligung nachdrücklich eingeschärft. Der in diesen Situationen besonders kraß zutage tretende Widerspruch zwischen dem Motiv und Ziel des verantwortlichen politischen Handelns einerseits und der Methode und den Mitteln dieses Handelns andererseits ist ein Hauptthema der sogenannten Zwei-Reiche-Lehre (bes. Luthers). Eine gleiche Zwei-Reiche-Lehre ist für den Sozialismus aktuell, da sein Kampf sich im gleichen Widerspruch bewegt.

11. Inhalt einer solchen Zwei-Reiche-Lehre ist die Reflexion über die begrenzten Bedingungen für die Anwendung von tötender Gewalt. Ihre Begrenzung muß ausschalten das pauschale Todesurteil über die Angehörigen der Gegenseite, die Verhinderung von Haß gegen die Personen der Gegenseite, die Ausbreitung von Sadismus auf der eigenen Seite, die Einbeziehung von Unbeteiligten und Unschuldigen. Das führt zu folgenden Kriterien:
a) Unvermeidliche Notwendigkeit;
b) Abzielung nur auf Kombattanten der Gegenseite;

c) Verwerfung bestialischer Tötungsverfahren. Überträgt man die scholastischen Kriterien des bellum iustum auf die sozialistische Revolution, dann ergibt sich: Jeder an tötender Gewalt sich Beteiligende hat sich zu fragen:
a) Geht es bei der Revolution wirklich um das Recht des unterdrückten Volkes oder um das Machtstreben einer Gruppe (causa iusta)?
b) Hat diese Gewaltanwendung die Bereitwilligkeit der Gegenseite zur Abdankung von der Macht oder ihre Vernichtung zum Ziel (recta intentio)?
c) Bewirken die angestrebten Mittel unterschiedliche Zerstörung oder unnötiges Leiden (bestialische Tötung) (debitus modus)?
d) Wird die Gewaltanwendung von der ganzen Gruppe rational verantwortet oder ist sie mein Privatunternehmen (legitima potestas)?
e) Dient sie dem Kampfziel oder der Rachsucht der Vergeltung, der Befriedigung von Haßgefühlen (subjektive Probabilität)?
f) Ist sie zu verantworten bei sorgfältiger Abwägung der Übel (einerseits der Verletzung der Humanität, andererseits der Niederlage im Kampf), ist sie also schlechterdings unvermeidlich (Übelabwägung)?

12. Zur gerechten Würdigung revolutionärer Gewalt, gegen ihre ideologische und interessierte Diffamierung, ist ständig im Auge zu behalten: Alle politisch-sozialen Systeme in unserer Welt erhalten sich durch latente und manifeste Gewalt. Die Reihenfolge der Gewalt ist darum (nach Helder Camara):
1. die herrschende Gewalt (Gewalt Nr. 1),
2. Die Gegengewalt der Aufständischen (Gewalt Nr. 2)
3. das Zerschlagen der herrschenden Gewa : (Gewalt Nr. 3).
Predigt der Gewaltlosigkeit, die sich nur nach unten richtet und nicht gleichzeitig nach oben, also nur an die Revolutionäre, nicht an die Herrschenden, enthüllt sich damit a.s heuchlerisch und ideologisch. Von da aus ist die traditionelle christliche Verwerfung der revolutionären Gewalt bei gleichzeitiger Rechtfertigung der legalen Gewalt als Ausdruck der Gebundenheit an herrschende Schichten zu erkennen und zu kritisieren. Christliche Predigt der Gewaltlosigkeit müßte sich in erster Linie an die herrschenden Schichten richten mit der Aufforderung, von ihren Machtpositionen friedlich abzutreten.

13. Das besondere Problem der revolutionären Gewalt ist der Terror, auch wenn er als Gegenterror angewendet wird. Terror heißt Schrecken und ist als solcher auch in der legalen Gewalt enthalten, die mit Gewaltandrohung und Abschreckungsmaßnahmen (auch im Strafrecht) arbeitet. Bei Gefährdung des Systems greift erfahrungsgemäß jede herrschende Gruppe, solange sie nicht machtmüde ist, nach offen terroristischen Mitteln (brutale Polizeieinsätze, öffentliche Massenhinrichtungen, pauschale Vernichtungsaktionen, Folterungen usw.). Die Versuchung zum Gegenterror liegt für die revolutionäre Seite nahe. Sie wehrt sich und kämpft mit den gleichen Mitteln und unterliegt damit der gleichen Brutalisierung. Dadurch wird ihr Ziel nicht nur verdunkelt, sondern gefährdet; denn eingetretene Brutalisierung frißt um sich und läßt sich bei den revolutionären Kämpfern nicht ohne weiteres weiter abstellen. Sie dringt als entartendes Element in die Kampforganisation, in das gegenseitige Verhalten und in die postrevolutionäre Zeit ein. Deshalb ist der Versuchung des Gegenterrors äußerster Widerstand zu leisten und seiner Rechtfertigung mit der gerechten Sache zu widersprechen. Ausrottung widerspenstiger Dörfer durch den Vietkong ist nicht besser, sondern noch schlimmer (sozialistisch gesehen) als amerikanische Verbrechen in Vietnam, die nur die bestialischen Möglichkeiten des kapitalistischen Imperialismus bestätigen.

14. Das Wahrheitsmoment in der traditionellen christlichen Warnung vor revolutionärer (tötender) Gewalt ist sozialistisch aufzunehmen (vgl. die Arbeiten von Theodor Ebert, jetzt besonders "Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg", 1970, Fischerbücherei Nr. 1123). In vielen Fällen stehen die Leiden, die ein Bürgerkrieg mit seinen Fanatisierungstendenzen über die Bevölkerung bringt, in krassem Mißverhältnis zu dem, was erreicht wird. Die Entschlossenheit, deshalb einen Bürgerkrieg möglichst zu vermeiden, und der häufig bestehende Zwang, angesichts der ungünstigen Machtverhältnisse vom gewaltsamen Aufstand Abstand zu nehmen, veranlassen Ausschöpfung der legalen Möglichkeiten und setzen zu deren Ausnützung die Phantasie und die moralischen Kräfte der Leidensbereitschaft frei. Gandhi, M. L. King und Helder Camara sind weder unpolitische Parzivale noch sind sie gescheitert, wie Gewaltapostel heute behaupten. Ihre Strategie verdient für die sozialistische Bewegung in einer Zeit mächtiger Konterrevolution größte Beachtung und ist in vielen Fällen die einzige realistische und verantwortbare.

15. Zu unterscheiden ist prinzipielle Gewaltlosigkeit und pragmatische Begründung der Gewaltlosigkeit. Prinzipielle Gewaltlosigkeit liegt dem Christen und dem Sozialisten nahe, darf aber nicht als die einzig mögliche christliche und sozialistische Haltung ausgegeben werden. In Teilnahme am politischen Kampf müssen sie sich auf Gewaltanwendung einlassen (Punkt 12). Darum dürfen sie nicht prinzipielle Gewaltlosigkeit, zu der sie sich eventuell entschließen, zugleich als die beste politische Methode für eine sozialistische Revolution empfehlen. Politische Methoden können immer nur pragmatisch begründet werden.

16. Ebensowenig darf prinzipielle Gewaltlosigkeit prinzipiell verworfen werden. Einzelne und Gruppen, die sich für prinzipielle Gewaltlosigkeit entscheiden und am sozialistischen Kampf teilnehmen, sind für diesen von großer Bedeutung; sie halten das Bewußtsein von Motiv und Ziel und damit das Bewußtsein des Widerspruchs, in dem sich Gewaltmethoden zu Motiv und Ziel des sozialistischen Kampfes befinden, lebendig; sie stehen der Verteufelung des Gegners und dem Verfallen an ein krudes Freund-Feind-Schema entgegen; sie wirken als Samariter zwischen den Fronten; sie sind der Stachel des Gewissens in der sozialistischen Bewegung gegen die so naheliegenden Gefahren der Brutalisierung, der Selbstgerechtigkeit, des engen Parteidenkens, der Wahllosigkeit in der Verwendung von Kampfmitteln, der Machtgier.
Sie sind die lebendige Antizipation des Zieles einer gewaltfreien Gesellschaft und als solche von einer sozialistischen Bewegung als unentbehrlich anzusehen und in ihren Reihen zu begrüßen

Institutionen:

DIE KÜBEL-STIFTUNG

Die Kübel-Stiftung in Bensheim an der Bergstraße ist eine 1966 gegründete, private Stiftung, die ihre Aufgaben selbst so definiert:

- Durchführung von sozio-ökonomischen Entwicklungsvorhaben in Ländern der Dritten Welt
- Studien, Seminare und Publikationen über sozial- und gesellschaftspolitische Probleme unserer eigenen Gesellschaft und der Entwicklungsländer mit der Absicht, Lösungsmöglichkeiten in Form beispielhafter Modelle zu erarbeiten
- Aus- und Weiterbildung von Nachwuchskräften für Führungsaufgaben, insbesondere für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungshilfe.

Die Arbeit der Stiftung wird zum (geringeren) Teil aus Mitteln der Kübel AG, Bensheim ("3K-Möbel"), zum größeren Teil aus öffentlichen Mitteln (BMZ) finanziert.

Seit 1969 verleiht die Kübel-Stiftung auch den "Bensheimer Preis für internationale Zusammenarbeit", mit dem "beispielhafte und richtungsweisende deutsche Beiträge zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Ländern der Dritten Welt" ausgezeichnet werden sollen.

Im Jahre 1972 steht die Preisverleihung unter dem Thema:

> "Die entwicklungspolitische Bedeutung privater deutscher Direktinvestitionen in der Dritten Welt."

Prämiiert werden soll also ein deutscher Unternehmer dafür, daß er - wohl aufgrund von Rentabilitätsüberlegungen (warum sonst ?) - einen Teil seines Kapitals in der Dritten Welt und nicht in der BRD angelegt hat.

Allerdings - das wird man anerkennen müssen - man hat es sich nicht leicht gemacht bei der Kübel-Stiftung mit der Ausschreibung des Preises: man hat nämlich eine Reihe von Kriterien formuliert, anhand derer der Entwicklungsbeitrag der in die engere Wahl kommenden Privatinvestitionen beurteilt werden soll. Dieser, im Grunde relativ vorbildliche, weil auf gesamtwirtschaftliche und gesellschaftspolitische Faktoren abstellende Kriterienkatalog umfaßt insgesamt elf und darunter auch die folgenden Punkte (zitiert nach der Ausschreibung):

- zusätzliche Schaffung produktiver Arbeitsplätze, wobei das Problem der Verdrängung bestehender Produktionsstätten sowie der damit verbundene Wegfall traditioneller Arbeitsplätze berücksichtigt werden muß.
- Anwendung einer Technologie, die unter volkswirtschaftlichen Aspekten eine optimale Nutzung der vorhandenen Produktionsfaktoren ermöglicht.
- Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur des Investitionsgebietes; beispielsweise durch den Bau von Zufahrtsstraßen, Errichtung von Krankenstationen, Installation von Wasserleitungen etc.
- Schaffung einer betriebswirtschaftlich wie gesellschaftspolitisch fortschrittlichen Unternehmensstruktur.
- Optimierung der Einkommensverteilung und Vermögensbildung; z.B. durch Kapital- und Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter, Mitarbeiterwohnungsbau, Einrichtung fortschrittlicher Sozialeinrichtungen.
- Förderung gesellschafts- und sozialpolitischer Initiativen, die die Fähigkeit und Bereitschaft von Gruppen und Personen zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung sowie zu sozialverantwortlichem Handeln ermöglichen und stärken.

Einem entschiedenen Anhänger der "freien Marktwirtschaft" können beim Lesen dieser Kriterien nun allerdings starke Bedenken kommen. Kann es das denn geben? Ein privater Unternehmer, der gesellschaftspolitische Initiativen fördert, der Krankenstationen errichtet, der die Einkommensverteilung optimiert, der seine Technologie nach gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen auswählt etc.? Das sind doch eigentlich alles Dinge, mit denen private Unternehmer in "freien" Wirtschaftssystemen möglichst nicht "belastet" werden sollten, damit sie sich ungehindert der ihnen von der ökonomischen Theorie zugedachten Lieblingsbeschäftigung, nämlich der "Kombination von Produktionsfaktoren", widmen können. Es ist nun allerdings nicht einmal in der Ausschreibung daran gedacht, in Frage kommende Privatinvestitionen auf <u>alle</u> durch die Kriterien bestimmten Bereiche hin zu untersuchen. Man formuliert da sehr vorsichtig (vermutlich weiß man, warum): "Im einzelnen kann der entwicklungspolitische Beitrag von Privatinvestitionen <u>in einem oder mehreren</u> der genannten Bereiche schwerpunktartig erbracht

werden." Diese - sehr bescheidene - Formulierung läßt es also prinzipiell zu, daß schließlich eine Unternehmung prämiiert wird, die vielleicht in einem oder auch in mehreren Bereichen positive Beiträge leistet, diese aber durch negative Wirkungen in anderen Bereichen kompensiert oder sogar überkompensiert. Diese Gefahr ist um so größer, weil die einzelnen Kriterien in ihrer jeweiligen Bedeutung nicht "gewichtet" sind, d.h. man hat bei der Ausschreibung auf eine (allerdings wohl auch recht schwierige) Rangfolge der Bedeutung der einzelnen Bereiche verzichtet.

Schon nach diesem kurzen Überblick drängt sich also dem Anhänger der "freien Marktwirtschaft" die erleichternde Vermutung auf, daß der "Bensheimer Preis" wohl auch 1972 zur Verleihung kommt, d.h. daß man sicherlich eine Privatinvestition in der Dritten Welt finden wird, deren "Entwicklungsbeiträge" eine Preisverleihung rechtfertigen.

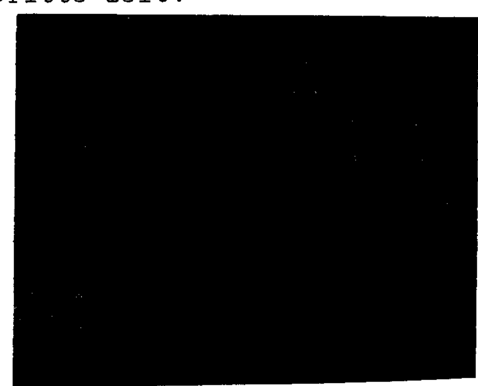
Diese Vermutung wird nun allerdings zur Gewißheit, wenn man sich die personelle Zusammensetzung des Preisrichterkollegiums etwas näher ansieht: unter den acht Mitgliedern dieser Jury, die schließlich über die Zuerkennung des Preises entscheiden, sind allein vier, die ganz unmittelbar, zwar keinem knallharten Kapitalismus, aber doch entschieden dem freien Unternehmertum verpflichtet sind: zwei Unternehmer, ein Public Relations Berater und ein CDU-MdB.
Bei den übrigen vier handelt es sich um einen Mann des BMZ (der vermutlich auch nicht alles so sagen darf, wie er es vielleicht meint), einen Psychologiestudenten, einen Vertreter der internationalen Arbeitsgemeinschaft für sozial-ökonomische Entwicklung in Brüssel sowie um Prof. Theodor Dams, Freiburg, dessen gesamte wissenschaftliche Forschungsarbeit ihn (aus guten Gründen!) noch immer zu dem Ergebnis geführt haben, daß "unsere freie marktwirtschaftliche Ordnung" (so Dams) als die am wenigsten schlechte aller ökonomischen Welten auch den Entwicklungsländern zur Nachahmung zu empfehlen sei.

So weit, so schlecht: der "Bensheimer Preis für internationale Zusammenarbeit" wird auch 1972 mit Sicherheit seinen Träger finden.

Ist diese Tatsache - isoliert betrachtet - noch relativ unbedenklich, so muß man sich doch kritisch fragen, welche objektive Funktion die Prämiierung einer deutschen Direktinvestition in der Dritten Welt hat und ob dadurch insbesondere das von der Kübel-Stiftung angestrebte Ziel einer Versachlichung der Diskussion über die Rolle der Privatinvestitionen in der entwicklungspolitisch interessierten Öffentlichkeit der BRD erreicht werden kann. Unseres Erachtens muß die Antwort auf diese Frage ein klares Nein sein. Denn in die engere Auswahl für die Preisverleihung kommen ja ohnehin nur solche Privatinvestitionen, die in mindestens einem der angeführten Bereiche positive Effekte hervorrufen, d.h. aber, daß man überhaupt nur nach (relativ) positiven Exemplaren von Privatinvestitionen sucht. Glaubt man bei der Kübel-Stiftung also wirklich, eine Diskussion (also ein Pro und Contra) dadurch versachlichen zu können, daß man ausdrücklich nur die positiven Seite einer Angelegenheit (also einseitig das "Pro") ins Auge faßt?

Welches also wird das voraussichtliche Ergebnis der diesjährigen Preisverleihung sein?

Man wird - irgendwo in der Dritten Welt - eine kleinere (und schon allein deswegen untypische) deutsche Privatinvestition aufstöbern. Man wird diesem wackeren (und vermutlich darüber sehr erstaunten) deutschen Unternehmer den Bensheimer Preis (DM 20.000,--) verleihen für seinen Beitrag zur Entwicklung der Dritten Welt und man wird - und spätestens hier wird die Sache fatal - eine publizistische Aktion starten (die regelmäßig mit der Preisverleihung verbunden ist) und das prämiierte Projekt der deutschen Öffentlichkeit vorzeigen und man wird dann von vielen Seiten hören: seht, so entwickelt die deutsche Wirtschaft die Dritte Welt!



Wenn in dieser Hinsicht, d.h. in der Verallgemeinerung der Prämiierung einer untypischen deutschen Privatinvestition zu einem generellen Lobgesang auf die deutsche Industrie in der Dritten Welt, von der Kübel-Stiftung selbst eine ziemliche Zurückhaltung zu erwarten ist, so werden die deutsche Industrie und ihre publizistischen Wasserträger (Handelsblatt, Wirtschaftswoche, FAZ usw.) sich dieses gefundene Fressen sicher nicht entgehen lassen. Man kann sich die Schlagzeilen leicht ausmalen: "Kritik am Engagement deutscher Unternehmen in der Dritten Welt endgültig als linke Ideologie entlarvt! Die Kübel-Stiftung versachlichte die Diskussion und erbrachte den Beweis." usw. usw.

So wird also die Kübel-Stiftung mit dem Bensheimer Preis 1972 der in der Dritten Welt engagierten deutschen Industrie einen wichtigen Dienst erweisen: sie wird den Propagandisten dieses Engagements in Industrie und

Regierung "Munition" liefern durch das Auffinden einiger (untypischer) "Vorzeige"-Unternehmen, die von diesen Propagandisten in öffentlichen Diskussionen dann vermutlich immer aufs Neue linken Kritikern "um die Ohren geschlagen werden".
Das also wird das Ergebnis des Versuches der Kübel-Stiftung sein, durch den Bensheimer Preis 1972 die Diskussion um die Privatinvestitionen in der Dritten Welt zu "versachlichen": eine Stärkung der Position der kapitalistischen Heilbringer in der Dritten Welt und bei uns.
Das ist es auch, was dieser ganzen Angelegenheit einen so bitteren Beigeschmack verleiht: hätte man sich bei der Kübel-Stiftung nicht denken können, nicht denken müssen, daß der so konzipierte Bensheimer Preis 1972 aller Voraussicht nach propagandistisch umfunktioniert werden wird von denjenigen, deren Kapitalinteressen berührt sind?

Man wird kaum behaupten können, daß die Kübel-Stiftung auf diese Weise der wirklich entwicklungspolitisch interessierten Öffentlichkeit in der BRD einen Dienst erweist.

fh

UNCTAD

Die Opec als Vorbild

Die Entwicklungsstrategie der Unctad vor der 3. Weltkonferenz

Von Urs P. Gasche, Genf

Die interne Entwicklungspolitik der Industriestaaten zugunsten der eigenen rückständigen Gebiete soll beispielgebend werden für die Politik der Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern. Das ist die Grundforderung des in Genf veröffentlichten Berichts des Unctad-Generalsekretärs Perez-Guerreros an die dritte Unctad-Weltkonferenz, die im kommenden April in Santiago de Chile abgehalten wird. Das 96 Seiten starke Basisdokument über die «internationale Unctad-Strategie in Aktion» enthält einen Aufruf an die Entwicklungsländer, das geschlossene Vorgehen der erdölproduzierenden Opec-Länder nachzuahmen, um damit auch auf anderen Sektoren die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten zu stärken. Sowohl die sozialistischen Staaten Osteuropas wie auch die privatwirtschaftlichen Staaten Westeuropas und Amerikas werden aufgerufen, ihre wenig rentable Landwirtschaft etwas weniger zu subventionieren und im Rahmen einer weltweiten GATT-Landwirtschaftsrunde ihre Importbeschränkungen abzubauen. Wie die Regierungen der Industriestaaten mit dem Subventionieren und Schützen der eigenen Landwirtschaft eine besondere soziale und politische Verantwortung auf sich nähmen, so sollen sie auch eine entsprechende Verantwortung gegenüber den Ländern der Dritten Welt anerkennen. «Die gleichen Gründe, aus denen sich eine Verpflichtung gegenüber den Armen im eigenen Lande ergibt, führen auch zu einer entsprechenden Verpflichtung gegenüber den Armen im Ausland», heisst es im Guerrero-Bericht.

Vorteile werden zunichte gemacht

Die bescheidenen Vorteile, die man aber den Entwicklungsländern gewährt, würden durch den Kapitalentzug, die landwirtschaftliche Schutzpolitik, die Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse und die wettbewerbswidrigen tarifären und nicht-tarifären Einfuhrhindernisse für Industrieprodukte mehr als nur zunichte gemacht.

«Das Haupthindernis für den Export von Industrieprodukten und verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten aus Entwicklungsländern sind die verschiedensten Massnahmen der Regierungen in den Industriestaaten zum Schutze einheimischer Produzenten gegen Importe», hält der Guerrero-Bericht fest. Diese Schutzmassnahmen verhinderten zum Teil selbst die Bildung von verarbeitenden Industrien in Entwicklungsländern.

Im Jahrzehnt der sechziger Jahre sei dazu eine «substantielle Verschlechterung der Terms of Trade der Mehrzahl der Entwicklungsländer» zu verzeichnen gewesen, was für die Entwicklungsländer eine Stagnation oder sogar einen Rückgang der Weltmarktpreise ihrer Exportgüter bei einem leichten Anstieg der Importpreise bedeute. Die Verschlechterung der Terms of Trade sei namentlich auf die harte Wettbewerbslage in den Rohstoffmärkten, den Preiszerfall bei einer erhöhten Produktion landwirtschaftlicher Produkte (unelastische Nachfrage), auf die Konkurrenz der synthetischen Produkte und auf die Abwertung des Dollars zurückzuführen.

Die Dritte Welt nicht vernachlässigen

Auf einen Kapitalentzug aus den Entwicklungsländern kommt der Guerrero-Bericht, indem er vom Kapitalzufluss (öffentliche Finanzhilfe und Privatinvestitionen) die Fluchtgelder, Kredittilgungen, Zinsen, Gewinne, Patent- und Lizenzgebühren, die aus den Entwicklungsländern in die Industriestaaten transferiert werden, abzieht. Die Fluchtgelder seien «beträchtlich». Der Privatindustrie sind nach einem Bericht des Unctad-Sekretariats 1969 1,6 Mrd Dollar mehr aus den Entwicklungländern zugeflossen, als dort investiert wurde. Die öffentliche (einschliesslich die private, aber staatlich garantierte) Finanzhilfe habe seit 1965 netto von 5,4 Mrd Dollar auf 5,2 Mrd Dollar abgenommen. In Kaufkraft gerechnet würde die Abnahme noch bedeutend höher ausfallen.

Der Generalsekretär der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung warnt schliesslich die Industriestaaten, im Laufe der Währungsreformen und in Folge der eigenen internen konjunkturellen Schwierigkeiten die Entwicklung der Dritten Welt nicht zu vernachlässigen. An die Entwicklungsländer appelliert er, zur Selbsthilfe zu greifen und empfiehlt ihnen, «auf regionaler und subregionaler Ebene eine gemeinsame Front zu bilden, um die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer in Verhandlungen mit Privatunternehmen und öffentlichen Stellen der Industriestaaten zu stärken».

Materialien zur UNCTAD

Kapitalschwund in Entwicklungsländern

Heimgeschaffte Gewinne, Amortisationen und Zinsen auf den Krediten übersteigen den Kapitalzufluss aus Industriestaaten in die Entwicklungsländer / 1969 Abfluss 1,6 Mrd. Dollar

Von unserem Genfer Korrespondenten Urs P. Gasche

Der Netto-Kapitalfluss von den Industriestaaten in die Entwicklungsländer nahm seit 1965 ständig ab. Die Investitionen der Privatwirtschaft verursachten 1969 sogar einen Netto-Abfluss von Kapital in der Grössenordnung von 1,6 Mrd. Dollar. Für den «finanziellen Aderlass» der armen Länder sind heimgeschaffte Gewinne sowie Amortisationen und Zinsen von früher gewährter «Entwicklungshilfe» in Form von Krediten je zur Hälfte verantwortlich.

Zu diesem Resultat gelangt eine vom Unctad-Sekretariat soeben endgültig verabschiedete Studie. Sie wird der 3. Unctad-Weltkonferenz, die im April in Lima stattfindet, unterbreitet werden. Von den 18 Mrd. Dollar, welche im Jahre 1969 in die achtzig berücksichtigten Entwicklungsländer flossen, zieht das Unctad-Sekretariat die 11 Mrd. Dollar wieder ab, welche im gleichen Jahr in Form von Gewinnen, Zinsen und Amortisationen in die Industriestaaten zurückflossen. «Folglich fand ein Netto-Kapitaltransfer von ungefähr 7 Mrd. Dollar statt», heisst es im Unctad-Bericht.

Beträchtliches Fluchtkapital

Um den wirklichen Netto-Kapitalfluss zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern zu bestimmen, müsste man allerdings noch die privaten Fluchtgelder berücksichtigen. Das Kapital, das von den reichen Oberschichten dem Entwicklungsland entzogen und im industrialisierten Westen angelegt wird, bezeichnet das Unctad-Sekretariat als «ziemlich beträchtlich». Doch die «Informationsarmut über die Grössenordnung dieses Kapitalabflusses» lasse keine präzise Schätzung zu. Im Entwicklungsland reinvestierte Gewinne westlicher Unternehmen wurden nach den üblichen Zahlungsbilanznormen zum Kapitalzufluss gerechnet.

Einigen Aufschluss geben die einzelnen Posten dieser globalen Zahlen, die aufgrund von Statistiken der Weltbank, des OECD-Entwicklungsausschusses und des Währungfonds errechnet und zum Teil geschätzt wurden.

Die Kapitalhilfe nimmt ab

Die öffentliche Finanzhilfe (einschliesslich der privaten, aber von den Regierungen garantierten Kredite) an die Entwicklungsländer nahm brutto von 8,8 Mrd. Dollar (1965) auf 10,2 Mrd. Dollar (1969) zu, doch nahmen die Kreditgeber jedes Jahr einen höheren Prozentsatz dieser Hilfe wieder entgegen: Zinsen und Amortisationen von früher gewährten Krediten machten 1965 39 % der im gleichen Jahr gewährten Finanzhilfe aus, 1969 nahmen die Kreditgeber beinahe die Hälfte in Form der Schuldendienste wieder zurück, nämlich 49 %. Die Folge davon ist, dass die öffentliche und garantierte Kapitalhilfe seit 1965 netto abgenommen hat, und zwar von 5,4 Mrd. Dollar auf 5,2 Mrd. Dollar. Die Abnahme dieser Hilfe würde noch etwas stärker ausfallen, berücksichtigte man den Kaufkraftschwund infolge der Inflation.

Als glatthin «negativ» bezeichnete das Unctad-Sekretariat den Beitrag der ausländischen Privatinvestitionen zum Netto-Kapitaltransfer von den Industriestaaten in die Entwicklungsländer. Die Privatindustrie hätte 1969 1,6 Mrd. Dollar mehr aus den Entwicklungsländern herausgepumpt als dort investiert. Die Unctad lässt aber die Frage des gesamten Entwicklungseffekts der Privatinvestitionen offen: «Diese Zahlen geben nicht den gesamten Entwicklungsbeitrag — im positiven oder im negativen Sinn — wieder.» Sie müssten deshalb mit Vorsicht interpretiert werden.

Gewinnheimschaffung in Prozent der neuen Direktinvestitionen

	1965	1968	1969
Nicht-ölexportierende Entwicklungsländer	101	148	128
Davon Afrika	66	171	112
Asien	342	232	232
Mittlerer Osten	64	241	111
Süd- und Mittelamerika	101	156	136
Südeuropa	26	40	41
Oelexportierende Länder	442	958	679

Quelle: Zusammenstellung Unctad, nach IMF Balance of Payments Yearbooks.

Gewinn 128 % der Investitionen

Die repatriierten Gewinne aus den nicht-ölexportierenden Entwicklungsländern betrugen nach den Unctad-Angaben im Jahre 1969 128 % der im gleichen Jahr erfolgten Direktinvestitionen oder 2 Mrd. Dollar. In den ölexportierenden Ländern sollen sie sogar 679 % betragen haben oder 3,4 Mrd. Dollar. Hier wurden allerdings die Gewinne der westlichen Erdölgesellschaften aufgrund des geltenden Referenzpreises für Rohöl berechnet. Der wirkliche Rohölpreis ist jedoch um einiges niedriger als der «Posted Price». Auch wenn anzunehmen ist, dass die Profitmarge in der Erdölbranche in den vergangenen Jahren höher war als in andern Industrien, so dürften die Gewinne die Investitionen der Erdölgesellschaften doch keinesfalls um 679 % übertroffen haben...

Nat. Ztg. Basel Nr. 60

6. 2. 72 S. 11

«Dritte Welt überzahlt Know-how»

Nach einer Studie der Unctad müssen die Entwicklungsländer für technisches Wissen aus den Industrieländern zuviel bezahlen / Bericht soll der Lima-Konferenz vorgelegt werden

Von unserem Genfer Korrespondenten Urs Gasche

Die westlichen Industriestaaten verkaufen ihr technisches Wissen den Entwicklungsländern laut einer eben veröffentlichen Studie der Unctad zu «untragbaren Kosten und Bedingungen». Für die Benutzungsrechte von Patenten, Lizenzen, Know-how und Handelsmarken sowie für übermitteltes technisches Wissen bei der Planung und beim Marketing im Hinblick auf Neuinvestitionen bezahlen die Entwicklungsländer mehr als die Hälfte des Kapitals zurück, das sie von Grossunternehmen industrialisierter Staaten im Laufe eines Jahres in Form von Neuinvestitionen und von im Lande selbst reinvestierten Gewinnen erhalten. Nach einer «vorsichtigen und unvollständigen» Schätzung des Unctad-Sekretariats erhielten die westlichen Industriefirmen 1968 für ihr «übermitteltes technisches Wissen» von den Entwicklungsländern 1,5 Mrd. Dollar. Allein amerikanische Unternehmen haben nach Angaben der Regierung in Washington im Jahre 1968 442 Mio. Dollar für Royalties und Lizenzgebühren aus den Entwicklungsländern hinausgepumpt.

Nach den Angaben des Unctad-Rapports, der im April in Lima der dritten Weltkonferenz der UN-Handels- und Entwicklungsorganisation vorgelegt wird, kommt das westliche Know-how den Entwicklungsländern am Ende der siebziger Jahre auf 9 Mrd. Dollar zu stehen, falls sich die entsprechenden Kosten weiterhin wie im letzten Jahrzehnt um durchschnittlich zwanzig Prozent pro Jahr erhöhen.

Diese «untragbaren Kosten und Bedingungen» stünden dem Fortschritt in den armen Ländern entgegen, da der «leichte Zugang zur Technologie unter vernünftigen Bedingungen» für diese Länder eine Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung sei.

Die Kostenschätzung, nach der 1968 die Entwicklungsländer 56% der ausländischen Direktinvestitionen (einschliesslich der reinvestierten Gewinne) als Preis für das übermittelte technische Wissen (Patente, Lizenzen, Handelsmarken) ans Ausland zurückzahlten, würden unter den tatsächlichen Kosten für den Transfer von Technologie liegen.

Die «gängige Preisübersetzung und -manipulierung für die zwischen der Muttergesellschaft im Ausland und der Tochtergesellschaft im Entwicklungsland verkauften Zwischenprodukte werde zum Teil als versteckter Gewinn (wenn der Staat Gewinne nicht repatriieren lässt) oder als zusätzlicher Preis für das übermittelte Know-how gerechtfertigt.

Eine genaue Falluntersuchung in Kolumbien stellte nach Angaben der Unctad in der pharmazeutischen Industrie «willkürliche Preisübersetzungen von durchschnittlich 155 Prozent gegenüber den Weltmarktpreisen» bloss, und in andern Industrien zwischen 16 und 66%.

Solche Preisübersetzungen seien unannehmbar, meint das Unctad-Sekretariat, und empfiehlt den an der Unctad III in Lima vertretenen Entwicklungsländern «auf regionaler und internationaler Basis gemeinsame, faire und vernünftige Bedingungen für den Erwerb von technischem Wissen und Know-how aufzustellen und durchzusetzen».

Nat. Ztg. Basel Nr. 33
21.1. 72 S. 19

Die braunen Bohnen aus Angola boykottiert ganz Holland

Ganz Holland boykottiert Kaffee aus der portugiesischen Kolonie Angola, um damit auf die Ausbeutung der schwarzen Plantagenarbeiter hinzuweisen. Damit kann das niederländische Angola-Komitee in seiner Unterstützung der Angolesen einen in dieser Art beispiellosen Erfolg erringen.

Vor mehreren Wochen hatte das Komitee eine große Offensive eingeleitet, um die niederländischen Konsumenten im ganzen Lande zu bewegen, keinen Kaffee mehr zu trinken, in dem Angola-Bohnen verarbeitet werden, weil Portugal mit dem Ertrag aus dem Kaffee-Export zu einem beträchtlichen Teil seinen blutigen Kolonialkrieg in Angola finanziere. Die Aktion lief unter dem Motto „Kaffee für Holland — Blut für Angola". Zehntausend Briefe wurden an Institutionen versandt, die auf den Kaffeekonsum in der gewünschten Weise Einfluß auszuüben vermochten. An Schulen, Krankenhäuser und Großbetriebe erging der Aufruf, unterstützt von Rundfunk und Fernsehen, in den Kantinen keinen Angola-Kaffee mehr, an dem ein Blutgeschmack klebe, zu servieren. An die Hausfrauen wurde appelliert, die Aktion zu unterstützen.

Die Union der niederländischen Kaffeeröstereien weigerte sich zunächst, aus der Boykottaktion Konsequenzen für die Einkaufspolitik zu ziehen.

Der Druck der Konsumenten wurde jedoch immer stärker. Die Dienststellen verschiedener Gemeinden untersagten die Benutzung von Angola-Kaffee. Die sozialistischen und die christlichen Gewerkschaften in den Niederlanden stellten sich hinter die Aktion des Angola-Komitees. Unter diesen Umständen haben sich jetzt die größten niederländischen Kaffeebrennereien gezwungen gesehen, den Import von Kaffee aus Angola einzustellen.

Dieser Beschluß ist unter Hinweis auf die Beschwerden der Konsumenten in einem gemeinsamen Kommuniqué bekannt geworden. Er bedeutet, daß nunmehr neunzig Prozent des niederländischen Kaffeemarktes nicht mehr mit Angola-Kaffee eingedeckt wird. Bis vor kurzem wurde noch ein Viertel des gesamten, in Angola angebauten Kaffees aus dieser portugiesischen Kolonie nach den Niederlanden exportiert, die nach den USA der zweitgrößte Abnehmer waren. Der niederländische Import belief sich im Jahre 1970 auf 98 Millionen Gulden. Davon verwendete Portugal nach Angaben des Angola-Komitees zirka neun Millionen Gulden direkt für die Bekämpfung der Freiheitsbewegungen in Angola und Mosambik. Das niederländische Angola-Komitee will seine Aktion fortsetzen und auch im Ausland in der gleichen Weise Kräfte gegen den Kolonialkrieg Portugals mobilisieren.

Die niederländische Regierung hatte übrigens vor einiger Zeit dem Angola-Komitee eine Subvention im Betrag von 9500 Gulden gestrichen, die von der nationalen Kommission für Entwicklungsstrategie unter dem Vorsitz von Prinz Claus, dem Gemahl der Kronprinzessin Beatrix, für die Kaffee-Aktion zuerkannt worden war. Dadurch ist die Position von Prinz Claus als Mitglied der Königsfamilie in die politische Diskussion gebracht worden.

Ministerpräsident Barend Biesheuvel hat erklärt, es würde vielleicht gut sein, die Funktion des Prinzen als Vorsitzender der genannten Kommission näher in Erwägung zu ziehen.

Um zu verhindern, daß Portugal versucht, diesen Ausfall durch Verkäufe an andere Länder wettzumachen, will das Angola-Komitee seine Aktion auf andere Länder auszuweiten. Es wird befürchtet, daß bei einem Erfolg des Boykotts, westdeutsche Kaffeeröstereien die angolesische Absatzlücke auffüllen werden.

HERMANN BLEICH

Frankfurter Rundschau
17.3.72

DEG-SELBSTBEDIENUNGSLADEN DER GROSSINDUSTRIE

Flirt mit kleinen Töchtern großer Mütter

entnommen aus:
epd-Entwicklungspolitik 11/12 71
S. 37

Hinter der apologetischen Benennung Entwicklungshilfe (pastoral: Entwicklungsdienst) verbergen sich "Hilfs"-arten, die inzwischen nicht mehr von allen kritiklos hingenommen werden. Das gilt vor allem für die Privatinvestitionen, deren Rolle auch auf zahlreichen kirchlichen Treffen und in vielerlei Beschlüssen kirchlicher Gruppen und Gremien Gegenstand eingehender Betrachtungen geworden ist. Privatinvestitionen in der Dritten Welt erfreuen sich öffentlicher Förderung - auch aus Mitteln der Entwicklungshilfe: zum Beispiel mit Hilfe der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG). Nun sind aber gerade die Praktiken dieser Institution als Dritte-Welt-feindlich bezeichnet worden

Der folgende Beitrag beschäftigt sich kritisch mit der DEG. Die Bezüge zur kirchlichen Arbeit sind offenkundig und jetzt wieder von Entwicklungshelfern im "Dienste in Übersee" herausgestellt worden. So heißt es in einer Resolution: "Wir kamen zu der Überzeugung, daß die gegenwärtige Entwicklungspolitik auf dem falschen Weg ist. Während Entwicklungshelfer in sozial-orientierten Projekten tätig sind, machen Industrieländer unangemessene Gewinne auf Kosten der armen Länder... Daher fordern wir, daß vor der nächsten Welthandelskonferenz in Chile 1972 die Bundesregierung dafür Sorge trägt, ... daß die Politik mit der die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Investitionen in Entwicklungsländern stützt, der deutschen Öffentlichkeit durchsichtig gemacht wird, ... daß die Überschüsse aus diesen Investitionen nicht in die Taschen einiger Privilegierter fließen, sondern der gesamten Bevölkerung des Entwicklungslandes zukommen, ...". Man wird gespannt sein dürfen, ob sich die jetzt gebildete kirchliche Kommission zu Fragen der Welthandelskonferenz an so konkrete Phänomene und Tabus herantasten wird.

Redaktion

"Das Förderungsinstrumentarium wird vorwiegend von den am wenigsten förderungsbedürftigen Großunternehmen für solche Vorhaben genutzt, die auch ohne Förderung attraktiv genug wären." So Bundesminister Erhard Eppler in seinem Buch "Wenig Zeit für die Dritte Welt", Kapitel "Privatinvestitionen". Eppler hätte zum Belegen dieser Meinung gar nicht die Statistik zu bemühen brauchen. Er hätte sich auch gar nicht nach den Investitionen der Industrie, der das Entwicklungshilfesteuergesetz fette Pfründe zugewiesen hat, umsehen müssen. Den Beweis für seine Meinung findet er im "Vorfeld" seines Ministeriums: bei der DEG. Deren jährliche Geschäftsberichte enthalten auf kostbarem Glanzpapier bunte Weltkarten. Für jede ihrer Investitionen hat sie soviel Punkte gesammelt, daß die Landkarte kaum mehr ausreicht, diese vielen Punkte auch in gebührender Größe aufzunehmen: in Spanien vor allem, aber auch in Portugal, Griechenland, noch mehr in den brasilianischen Industriezentren, um Buenos Aires und in Mexiko.

Sieben Projekte hat die DEG nun in Spanien, drei in Griechenland, 13 in Brasilien, vier in Argentinien, vier in Mexiko. Dort beteiligte sie sich an Investitionen deutscher Unternehmen, zusammen mit einheimischen. In den armen Regionen der Dritten Welt ist das Engagement der DEG hingegen dünn gesät. In Afghanistan etwa gibt es ein Vorhaben der DEG, in ganz Indien bescheidene vier. Daß die brasilianischen, griechischen etc. "joint ventures" auch ohne die DEG zustande gekommen wären, ist kaum zweifelhaft. In derartigen Ländern mit "gesundem Investitionsklima" nicht zu investieren, ist für viele Unternehmen unter dem Gesetz der kurzfristigen Gewinnmaximierung und langfristigen Gewinnsicherung mehr als eine Unterlassungssünde. Aber die DEG bietet eine zusätzliche, billige Kapitalspritze. Außerdem ist es immer gut, den "großen Bruder" DEG dabei zu haben, wenn Schwierigkeiten bei Zollbefreiungen, Schutzzöllen für das, was man produziert oder beim Gewinntransfer - ebenso wie bei Enteignungen - auftreten. Denn ein großer Bruder ist die DEG zweifellos: eine hundertprozentige Gesellschaft der Bundesregierung, finanziert vom Steuerzahler - regiert von einem Aufsichtsrat, in dem die Bundesregierung gegenüber der Großindustrie und den Großbanken keine nennenswerte Rolle zu spielen hat.

Daß an der regionalen Verteilung der Aktivitäten der DEG Bundesminister Eppler schon lange einiges auszusetzen hat, ist ein offenes Geheimnis. Doch die DEG geht mit vornehmem Bankerlächeln darüber hinweg. In ihrer Schublade (Prüfungsstadium) liegen

weiterhin Investitionsvorhaben in Ländern mit "gesundem Investitionsklima". Am Jahresende 1970 waren es rund ein Dutzend in Ländern und Regionen, in denen nach Vorstellungen der SPD Investitionen nicht einmal mehr in die steuerliche Begünstigung einer Neuauflage des Entwicklungshilfesteuergesetzes (EHStG) einbezogen werden sollen. Rund 15 Millionen DM sollte die DEG für diese Vorhaben aufbringen. Allein für Portugal - das nach internationaler Konvention nicht einmal Entwicklungsland ist - sollte vier Projekte erhalten, Spanien drei. Inzwischen ist eines der portugiesischen Vorhaben vom Aufsichtsrat beschlossen, weitere Beschlüsse dieser Art sind zu erwarten. Und neue Anträge deutscher Firmen rollen schon.

Die DEG redet gerne über ihre "Geländerfunktion". Sie wolle - laut Satzung - kleineren Unternehmen bei Investitionen in Entwicklungsländern helfen. Aber sie hat erstens an echten Entwicklungsregionen wenig Interesse, und zweitens bemüht sie sich bis jetzt überwiegend um deutsche Großunternehmen. Unter den Partnern der DEG brillieren Namen wie "Demag", "Steigenberger", die in Afrika fast allgegenwärtige Jos. Hansen & Söhne GmbH, Klein, Schanzlin & Becker AG, Farbwerke Höchst, Haus Siemens, Henkel, GHH, Daimler Benz, Metzeler. Und die meisten Namen der weniger bekannten mittleren und kleineren Unternehmen, mit denen sich die DEG zusammengetan hat, sind als die Namen kleiner Töchter großer Konzerne, bei denen die Großbanken direkt oder indirekt ebenfalls beteiligt sind, vertraut. So sitzen denn im Aufsichtsrat zum Teil die gleichen wie auf der Antragssteller-bank. Soll heute die Ehe eines Töchterchens der X-AG mit der DEG eingesegnet werden, so wird sich die Deutsche Bank AG hüten, zu kritisch zu werden, denn mit Sicherheit ist demnächst eines ihrer Töchterchen dran. Die DEG ist ein Selbstbedienungsladen der deutschen Großindustrie und der Großbanken. Nur das Zahlen, das bleibt dem Steuerzahler überlassen.

Aber vielleicht sollten die Entwicklungsländer ganz froh sein, daß die DEG nicht aktiver wird. Es passiert ihnen dann auch nicht, daß eine große deutsche Porzellanfabrik mit modernsten und kapitalintensivsten Methoden Qualitätsporzellan herstellt und damit die einheimischen Keramikbrenner und Eßgeschirrschmiede um ihren Absatz bringt - wie in Chile ...

Raul Wechmann

In Zusammenarbeit mit der Aktion Dritte Welt hat die Redaktion der Freiburger Studentenzeitung "basis" ihre Nr. 1/72 über Dritte Welt herausgebracht. Die Nummer umfaßt folgende Aufsätze: Georg Herbert: Prolegomena zu einer Strategie friedlichen Wandels unter besonderer Berücksichtigung der Ausbeutung der Dritten Welt; Friedhelm Hemmerich: Entwicklungsschwindel oder Wem nützen Privatinvestitionen?, eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Papiers bei der Aktion Dritte Welt; C.S. Küster/ S.M. Rao: Militärische Dynamik als Ausweg aus der ökonomischen Stagnation? Eine historisch-politische Analyse des Pakistankonflikts; Georg Stingl: Studentenbewegung und Imperialismus im südlichen Afrika; Arabische Studentenvereinigung über die Befreiungsbewegungen im Südosten der arabischen Halbinsel; Michael Jung: Kritik der Lehrinhalte: Ökonomie, Der Beitrag einer Wachstumstheorie zu einer Theorie der Entwicklung ("Das eklatante Versagen der ökonomischen Theorie wird von ihren professionellen Vertretern offenbar kaum zur Kenntnis genommen") und außerhalb des Themas der Nummer der Versuch einer Einschätzung des Hochschulgesamtplans durch Karl Ebert, im WS 71/72, AStA-Vorsitzender in Freiburg.

Die Nummer kann beim iz3w Freiburg zum Preis von DM 1,50 bestellt werden. Nr. in unserer Versandliste: C-12.

ÜBRIGENS:

FROHE OSTERN

(FALLS SIE IHR ABONNEMENT GEZAHLT HABEN)

Unabhängige Republik bietet Bestallungen zum
Honorarkonsul
Interessenten schreiben bitte unter HG 7836 an Handelsblatt, 4 Düsseldorf, Postfach 1102

Handelsblatt
18.2.72

WAFFENHANDEL

MUSIK IM DEUTSCH-GRIECHISCHEN RÜSTUNGSGESCHÄFT

"Wehrdienst, der Informationsbrief für die Verteidigungswirtschaft", heißt ein wöchentlich erscheinendes unter Verteidigungswirtschaftlern und -Bürokraten kursierendes Blatt, das seine Aufgaben in möglichst raschen Informationen über Absatzmöglichkeiten im Wehrbereich sieht, wobei es sich besonders um den Ausbau der Koordination zwischen Wirtschaft und Bürokratie verdient macht. Wie man dem Blatt entnehmen kann, scheinen diese Bemühungen Erfolg gehabt zu haben. Zeitschriften dieser Art wenden sich an ein exklusives Publikum. Bei "Wehr und Wirtschaft", einer Zeitschrift ähnlicher Funktion, hat nicht einmal das SPIEGEL-Archiv eine regelmäßige Belieferung erreichen können.

Haupttip der Ausgabe vom 29.11.71, die uns in die Hände fiel, sind die Lieferungsmöglichkeiten im Rahmen der Wiederaufnahme der NATO-Verteidigungshilfe an Griechenland, wobei die Vermittlung der privaten Lieferungen freundlicherweise vom Referat "Bedarfsdeckung befreundeter Streitkräfte" in dem dem Bundesverteidigungsministerium (BMVg) unterstellten Koblenzer Amt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) übernommen wird, das "die griechischen Wünsche kennt". Hier der betreffende Abschnitt:

> "Zweifelhaft ist, ob mit der Wiederaufnahme der NATO-Verteidigungshilfe wieder Musik in das deutsch-griechische Rüstungsgeschäft reinkommt.
>
> Derzeit fehlt den Griechen jedenfalls noch das Vertrauen in die Kontinuität deutscher Lieferungen. Wegen der Verzögerung in den Bundestagsausschüssen (vgl. Wehrdienst 339/71) kann die deutsche Verteidigungshilfe für Griechenland auch kaum noch in diesem Jahr (71) neu beginnen. Die Materiallieferungen an Griechenland werden wieder teils aus Überschuß-Beständen der Bundeswehr und teils aus der Neufertigung deutscher Firmen kommen. Für Auftragnehmer, die über die NATO-Verteidigungshilfe an Griechenland liefern wollen, hier die sicherste Adresse: Regierungsdirektor Paul Scholze (App. 2350) im Koblenzer BWB Referent von AB 15 (Bedarfsdeckung befreundeter Streitkräfte). Scholze kennt die griechischen Wünsche und nennt den Griechen listenweise deutsche Lieferanten. Im Moment ist es für Auftragnehmer wichtig, auf diesen Listen zu stehen."

Aber auch einige andere Informationen sind bezeichnend: So muß eine Prüfgruppe des Bundesrechnungshofes, Frankfurt, also die zuständige Kontrollinstanz bei der aus Bundesmitteln finanzierten GFS-Midias Gesellschaft für Führungssysteme mbH bitten, deren Finanzen nachprüfen zu dürfen. "Um die Besuchs- und Recherchiererlaubnis im GFS-Laden mußten die Frankfurter bescheiden bitten. Auf Rechte konnten sie nicht pochen. Nur auf den Goodwill der GFS-Midias."

Bei der Auseinandersetzung um das Material-Informationszentrum, dessen Mittel im Schiffserhaltungs-Titel des BMVg-Haushalts für 1972 gestrichen wurden, und das vielleicht durch ein technisches Büro Marine ersetzt werden soll, zeigt sich die Durchdringung der Rüstungsbürokratie durch Rüstungswirtschaftler.

> "Kreisen um Rüstungs-Staatssekretär Mommsen (zuständig für Technik und Beschaffung, ehem. Top-Manager in der Rüstungsindustrie, iz3w) wird nachgesagt, der LABG (Industrie-Anlagen-Betriebs-GmbH) zusätzlich zum TB-F (Technisches Büro Flugzeuge) und TB-L (Technisches Büro Land) auch ein Technisches Büro Marine bzw. Schiffe bescheren zu wollen. Da doch Mommsen der LABG schon seinen Intimus Dr. Hans-Georg Kanno als Geschäftsführer vermacht (vgl. Wehrdienst 336/71), wäre das kein Wunder." (Erklärung der Abkürzungen: iz3w)

Auch im BMVg sind die Lobbyisten durch den Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis fest etabliert:

> "Nicht mehr in diesem Jahr, aber gleich im Januar 1972, trifft sich der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis ein weiteres Mal im BMVg in Bonn. Präsidieren wird in dieser Sitzung schon Dr. Joachim Zahn, Vorstands-Vorsitzender von Daimler-Benz ... die rund 30 Big-Bosse der Industrie im Arbeitskreis knüpfen an die Januar-Sitzung mit den BMVg-Leitenden besondere Erwartungen: Soll doch auch die sog. 'neue Einkaufspolitik' des BMVg-Ressorts zur Sprache kommen."

Das Blatt gibt einen kurzen Überblick über die Wehrforschung im Bereich Datenverarbeitung und bietet mit der Bekanntgabe der Bauplanung von insgesamt mehreren Soldatenheimen, von denen 72 ca. 50 vergeben werden, einen Markt an, den "so richtig erst die von Verteidigungsminister Schmidt geliebte Sozialwelle sichtbar gemacht hat".

Oh schöne, heile, zynische Welt.

Waffen für die Ärmsten dieser Welt

Ursachen und Folgen der Rüstungsexporte nach Entwicklungsländern / Eine Untersuchung von Rudolf H. Strahm

Dass Frieden und Entwicklung zwei Dimensionen sind, die zusammengehören, hat schon mancher Ethiker dargelegt. Aber nirgends zeigt sich diese gegenseitige Bedingtheit deutlicher als bei der Aufrüstung der Entwicklungsländer und den Waffenlieferungen an die Ärmsten dieser Welt. Bei den etablierten Institutionen, die für sich in Anspruch nehmen, Träger der Entwicklungshilfe zu sein, ist dieses Thema bislang mit merkwürdiger Hartnäckigkeit eine *Tabufrage* geblieben, obgleich heute sonst alle Beziehungen zur Dritten Welt zur Sprache kommen.

Unter unsern mannigfachen Beziehungen zu den Entwicklungsländern, etwa Entwicklungshilfe, Finanzhilfe, Handel, Investitionen, Rüstungstransfers, spielen die letzteren eine absolut *entscheidende Rolle*. Die vielen Kriege und militärischen Staatsstreiche, die hohen Rüstungsausgaben, gemessen an den verfügbaren Ressourcen, und die internen Funktionen der Armee sind ein determinierendes Element für den Verlauf des Entwicklungspfades in den einzelnen Ländern und in ganzen Kontinenten der Dritten Welt.

Eine ernsthafte Entwicklungspolitik darf die Waffentransfers in die Dritte Welt und eine Analyse der Funktion der Rüstung im Entwicklungsprozess nicht mehr vernachlässigen. Wer heute die entwicklungspolitische Relevanz von Waffenlieferungen in die Dritte Welt herunterspielt, hat kaum verstanden, was Entwicklung heisst.

Rüstungsexplosion

Die Rüstungsausgaben der Dritten Welt erreichen heute einen solchen Anteil der verfügbaren Ressourcen, dass sie den *Wachstumsprozess entscheidend behindern.* Von den 180 Milliarden Dollar Weltrüstungsaufwendungen im Jahre 1969 (1970: 204 Mrd.) entfallen nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes 14 Milliarden auf die Entwicklungsländer, Nach unseren Berechnungen binden diese Aufwendungen durchschnittlich 29 Prozent der gesamten internen Ersparnisse der Entwicklungsländer oder 24 Prozent der internen Bruttoinvestitionen, die letztlich für das Wachstumstempo entscheidend sind. Durchschnittlich könnte also das wirtschaftliche Wachstum der *Armen Welt um einen Viertel rascher voranschreiten,* wenn dieser Teil der verfügbaren Ressourcen nicht auf unproduktive Art verschwendet würde.

In den fünfziger und sechziger Jahren stiegen die Rüstungsaufwendungen der Entwicklungsländer um durchschnittlich zehn Prozent pro Jahr (ohne Vietnam neun Prozent), während deren Wirtschaft um jährlich fünf Prozent wuchs. Die Finanzierung des Todes stieg also doppelt so rasch wie die nationale Produktion. Schon gibt es Experten, die ernsthaft fragen, ob dieses Wettrüsten der Armen nicht längst den «*point of no return*» überschritten habe.

Die Rüstungskäufe der Entwicklungsländer, die hauptsächlich harte Devisen binden, beliefen sich 1969 auf 1,5 Milliarden Dollar allein für Grosswaffen wie Flugzeuge, Schiffe, Helikopter und Raketen (ohne Vietnam). Dies entspricht einer Devisenbindung von rund 30 Prozent der *netto* zugeflossenen Entwicklungshilfe des gleichen Jahres aus öffentlichen und privatwirtschaftlichen Quellen; («netto» nach UNO-Begriff bedeutet hier die Differenz zwischen totalen Zuflüssen und Abflüssen in Form von Zinszahlungen, Tilgungen und Gewinnen).

Am schlagendsten zeigt sich die Absurdität der Rüstungsaufwendungen, wenn man, wie das *Bruno Fritsch* getan hat, die prozentualen Verteidigungsausgaben des Bruttosozialproduktes in Vergleich setzt mit den Pro-Kopf-Einkommen dieser Länder und zum Schluss kommt, *dass zahlreiche Entwicklungsländer um so mehr für Rüstungsausgaben aufwenden, je ärmer sie sind.*

Waffenbedarf - warum?

Es gehört in letzter Zeit, nach Erscheinen der Berichte des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes und der UNO, geradezu zur bürgerlichen Journalistentugend, über die ständig zunehmenden «unerlaubten» Waffenkäufe der «Unterentwickelten» zu klagen, ohne jedoch den Ursachen der Aufrüstung der Entwicklungsländer und den Mechanismen der Bedarfsentstehung auf den Grund zu gehen. Offenbar spüren es viele selber: Wer die Beweggründe der absurden Aufrüstung in fernen Ländern untersucht, dem erscheint sehr bald auch der Rüstungsmythos in der Nähe absurd. Die Analyse des Fernen tangiert auch das Nächste. Die Analyse aber konsequent zu Ende zu denken, erfordert nicht nur intellektuelle Gaben, sondern vor allem Mut, denn unsere Gesellschaft hat gegen solches Unterfangen einige höchst wirksame *Diffamierungsstrategien* entwickelt.

Das wichtigste Charakteristikum beim Rüstungstransfer nach der Dritten Welt besteht in der Art der Bedarfsschaffung. *Der Waffenbedarf der Entwicklungsländer ist keine autonome Grösse, die sich lediglich durch interne Faktoren von selbst ergibt. Vielmehr wurde der Bedarf nach Waffen durch äussere Einflussinstrumente erst geschaffen.* Dieser Mechanismus der Bedarfsschaffung enthüllt uns den undurchsichtigsten und zugleich perfidesten Hebelarm, den die entwickelten Länder zur nachkolonialen Einflussnahme eingesetzt haben.

Wenn wir die Zusammensetzung der Waffenexporte nach Entwicklungsländern betrachten, fällt auf, dass in allen exportierenden Industriestaaten eine *Verschiebung von Schenkungen zu Verkäufen* stattgefunden hat. 1961 erfolgten nur 18 Prozente der Kriegsmaterialexporte der Vereinigten Staaten in Form von Verkäufen, der grosse Rest war geschenkweise. 1966 schon war das Verhältnis umgekehrt, 70 Prozent waren kommerzielle Verkäufe. In absoluten Beträgen konnten die USA ihre Waffen*verkäufe* an Entwicklungsländer zwischen 1963 und 1967 um das Dreizehnfache erhöhen. In Frankreich und England zeigte sich der gleiche Trend, während die Sowjetunion sich ihre Lieferungen zumeist innert eines Jahrzehnts in ratenweisen Rückzahlungen in Form von Rohstoffen bezahlen liess.

«Militärhilfe»

Das Ablaufsschema dieses Vorganges ist klar: Bei der Erlangung der Unabhängigkeit der jungen Staaten, deren Zahl in 15 Jahren um 80 zugenommen hat, wird keine Chance verpasst, der neuen Nation zugleich Militärhilfe angedeihen zu lassen. Durch geschenkweise Lieferungen von Altwaffen und durch Heranbildung einer militärischen Elite wird die Schaffung von zunächst kleinen Armeen erleichtert oder beschleunigt. *Entwicklungshilfe und Militärhilfe werden als synonym behandelt,* letztere gilt als «technische Hilfe auf militärischem Gebiet» (so in einer Verlautbarung der deutschen Bundesregierung von 1963).

Nach einer gewissen Konsolidierung dieser Kerne militärischer Aktivität entfalten sie eine *Eigengesetzlichkeit,* nehmen an Zahl und Grösse zu und entwickeln einen gesteigerten Waffenbedarf, der nicht mehr nur durch Geschenksendungen befriedigt bleibt. Die ursprüngliche Militärhilfe induziert Rüstungskäufe und Ersatzteilkäufe, die ein Mehrfaches ausmachen können. Die Militärhilfe der Bundesrepublik Deutschland an den Iran betrug 22 Millionen Mark. Die kommerziellen Anschluss*käufe* dieses Entwicklungslandes in Deutschland beliefen sich seither auf rund 250 Millionen Mark.

Heute, da die Armeen in allen Entwicklungsländern soweit konsolidiert sind, dass sie sich den Waffenexportländern als gute Kunden offenbaren, bedienen sich die Lieferanten viel *härterer Praktiken.* Der Wettbewerb unter den Exportländern hat sich in den letzten Jahren ungeheuer verschärft. In zunehmendem Mass spielt er sich jetzt unter den Regierungen ab, die für ihre nationalen Waffenkonzerne den internationalen Vertrieb vornehmen. Er ist längst kein Preiswettbewerb mehr, sondern spielt sich in den Domänen von Politik, Diplomatie und Technik ab.

Der Preis ist nicht mehr die wichtigste Konkurrenzwaffe: Die Amerikaner lieferten das leichte Kampfflugzeug F-5 an das rüstungspolitisch eher unabhängige Spanien, wie man jetzt weiss, zum Preis von 2,3 Millionen Franken, an Marokko dagegen für 3,4 Millionen Franken, bei sonst gleichen Lieferbedingungen. Marokko war durch ein politisch ausgehandeltes Militärlieferungsprogramm an amerikanische Waffenkäufe gebunden.

Verkaufsförderung

Alle grossen Lieferländer haben *staatliche Stellen,* die sich um den Vertrieb von Waffen der privaten Firmen bemühen. Das amerikanische Amt für internationale Logistik, das dem Verteidigungsdepartement eingegliedert ist, hat einen Stab von 42 Leuten und kann, wie dessen Leiter, *Henry Kuss,* bekanntgab, auf 11 000 Spezialisten in aller Welt zählen: Militärattachés, Militärinstruktoren, Verbindungsleute und Vertreter, die sich stets in zuvorkommender Weise um die Hege, Pflege und Erneuerung des jeweiligen Waffenarsenals kümmern. Die Gründung

dieses Amtes für Waffenverkäufe ist auf *McNamara* zurückzuführen, den gleichen Mann, der jetzt für die Entwicklungspolitik der Weltbank, des grössten Entwicklungsinstitutes der Welt, verantwortlich ist und heute diese Tätigkeit ebenso tüchtig führt wie ein Jahrzehnt zuvor die Militarisierung derselben Länder. Technokraten sind ja überall brauchbare Leute, unabhängig davon, ob es um die Förderung des Friedens oder des Krieges geht!

Andere Länder kopierten das erfolgreiche System der staatlichen Verkaufsförderung: England, indem die Labourregierung neben dem Abrüstungsminister auch einen aus einer Waffenfabrik stammenden Minister für Rüstungsverkäufe ernannte; Frankreich, mit einer Staatsstelle im Verteidigungsministerium. Für die britischen Militärattachés ist die Verkaufspromotion von Waffen insbesondere in Entwicklungsländern im Pflichtenheft gleich festgelegt. Alle diese Regierungen erteilen den Entwicklungsländern *Kredite mit einer staatlichen Bürgschaft und verbilligten Zinsen.* Die Gesamtsumme der Kredite für solche Rüstungsverkäufe wird überall verschleiert. Die amerikanische Regierung verteilt die Militärhilfekredite taktisch auf acht verschiedene Budgetstellen; im vorigen Jahr entstammten sogar 700 Millionen Dollar dem Posten «Nahrungsmittel für den Frieden», wie Senator Fulbright kürzlich enthüllte...

Die Bedarfsförderung für Waffen erstreckt sich auf weitere Praktiken, zum Beispiel mit vertraglich festgelegten Anschlusslieferungen und vor allem durch die *militärpolitische Beratung.* Die Evaluationsverfahren für moderne Waffen sind heute so anspruchsvoll, dass die Rüstungsfirmen gleich die eigenen Ingenieure in die Entwicklungsländer schikken, die den Armeestäben bei der Aufstellung der militärischen Ziele und Beschaffungsprogramme behilflich sind, ihnen die Waffen vorführen und mithin den Bedarf entscheidend lenken.

Selbst Firmen kleiner Staaten pflegen durch aufwendige Einladungen an hohe Militärs und Minister oder durch Waffendemonstrationen ins Geschäft zu steigen. So wurde im vorigen Jahr in zahlreichen afrikanischen Hauptstädten das *schweizerische Pilatusflugzeug* vordemonstriert. «Im Verlauf vieler Vorführungen begegneten wir einer Vielzahl hoher afrikanischer Persönlichkeiten, Ministern, Kabinettschefs, Generälen, Obersten und Direktoren», berichteten Mitglieder der werkeigenen Equipe anschliessend über ihre Tournée mit dem Flugzeug, das sich als «Counter-Insurgency-Waffe» zur Guerillabekämpfung vorzüglich eignet. Die Maschine des Pilatus-Bührle-Werks wurde unter anderem in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique gleich fünfmal vorgeführt.

Die Anbieter von Waffen schaffen sich die Nachfrage in der Dritten Welt weitgehend selber. Von keiner, auch noch so kleinen (auch schweizerischen) Waffensendung kann man behaupten, dass sie auf jeden Fall anderswo beschafft worden wäre. Möglicherweise, ja – vielleicht wäre sie aber unterblieben, wenn nicht zuvor ein Bedarfsanreiz geschaffen worden wäre. Man kann auch nicht sagen, dass die Grossmächte durchwegs in die Lücken springen würden, wenn die Kleinen einmal aus dem Geschäft aussteigen sollten. Denn im Grunde genommen können die Waffenlieferanten kaum Stücke aus dem Marktkuchen herausschneiden, sondern nur in den Besitz von Marktanteilen kommen, wenn sie selber den ganzen Kuchen vergrössern.

Dunkles Kapitel

«Entwicklungshilfe – Hilfe für wen?» So lautete der Titel einer Untersuchung, die wir im vergangenen September an dieser Stelle veröffentlicht haben. Die Untersuchung des jungen Nationalökonomen Rudolf H. Strahm fand starke Beachtung und erregte nicht geringes Aufsehen – weil sie in nüchterner Beweisführung einen widersinnigen Sachverhalt erhärtete: «Wir verdienen mehr an der Dritten Welt, als wir leisten.»

In seinem heutigen Aufsatz «Waffen für die Ärmsten dieser Welt» legt Strahm, ausgewiesener Spezialist in Fragen der Entwicklungshilfe, seinen Finger auf einen besonders wunden Punkt, leuchtet er in ein besonders dunkles Kapitel sogenannter Entwicklungshilfe – die weder Hilfe ist noch der Entwicklung dient. Der Verfasser, gründlich dokumentiert, bringt fatale Wahrheiten über Ursachen und Folgen der Rüstungsexporte in die Dritte Welt an den Tag, Wahrheiten, die auch und gerade uns Schweizer erschrekken müssen, Tatsachen, die zumal unseren Volksvertretern bekannt sein sollten, wenn sie demnächst das Thema «Waffenausfuhr» behandeln.

Nicht weniger als 65 Prozent der schweizerischen Rüstungsexporte gingen 1970 in die Dritte Welt – wo «die Finanzierung des Todes doppelt so rasch gestiegen ist wie die nationale Produktion» (Strahm). Gibt es stichhaltige Beweggründe für solche Exporte? Wer den rationalen Darlegungen von Rudolf H. Strahm folgt, wird es schwer haben, die Absurdität der Waffengeschäfte mit ebenso rationalen «innenpolitischen» Motiven zu rechtfertigen. **A. E. H.**

Auf Kosten der Armen

Unter den verschiedenen Experten und Schulen der Friedensforschung herrscht derzeit ein Hypothesenstreit darüber, ob eher macht- und hegemonialpolitische Systemsicherungsinteressen oder eher ökonomische Zwänge den massgeblichen Antriebsfaktor für die zunehmenden Waffenexporte der Industrieländer darstellen. Es gibt Belege für beide Thesen, jedoch ist es eindeutig, dass *in zunehmendem Masse wirtschaftliche Zwänge eine Rolle spielen.* Gewisse Regierungen hoffen, durch Waffenexporte ihre Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen. Jeder Konzern ist bestrebt, die Forschungs- und Entwicklungskosten der teuren Waffensysteme auf möglichst grosse Serien zu verteilen, um die Stückpreise für die inländische Armee nicht zu hoch werden zu lassen.

Die Entwicklungskosten für die hochmodernen Waffensysteme und Flugapparate, die durch Staatssubventionen mehr und mehr sozialisiert werden – während die Gewinne, die immer noch doppelt so hoch sind wie im zivilen Sektor, weiterhin privat verteilt werden –, wären kaum mehr tragbar, wenn man sie nicht auch exportieren könnte. Selbst von der Sowjetunion ist anzunehmen, dass die immensen Exporte modernsten Materials auf die technologischen Zwänge zurückzuführen sind: Die militärische Bürokratie ist dort an der fortwährenden Auslastung der Produktionskapazitäten und an möglichst langen Produktionsläufen interessiert und bemüht sich deshalb um den laufenden Absatz modernster Apparate in machtpolitische Vakuumgebiete.

Ungeachtet, welcher Hypothese man den Vorrang gibt, die Hauptfaktoren der Aufrüstung in den Entwicklungsländern liegen in der industrialisierten Welt. Sind es machtpolitische Ursachen des Waffenexportes, so gibt man zu, dass imperialistische und hegemonialpolitische Interessen im Spiel sind; sind es ökonomische Motive, so *beweist dies wieder einmal mehr, wie die eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftsprobleme auf die Arme Welt überwälzt werden.* Man lässt sich die eigenen Rüstungskäufe durch die Entwicklungsländer verbilligen und mitfinanzieren. *Die polit-ökonomische Struktur des internationalen Systems, die monopolkapitalistischen Produktionsverhältnisse des Westens, die staatskapitalistischen des Ostens und die Abschreckungsstrategien der Militärblöcke waren letztlich also die Triebkräfte der Übertragung des Rüstungswahns auf die arme Zweidrittelswelt.*

Nach Statistiken des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes entfallen im Jahr 1969 *45 Prozent* aller Grosswaffenexporte nach Entwicklungsländern auf die *Vereinigten Staaten,* 25 Prozent auf die Sowjetunion, 15 Prozent auf England, sieben Prozent auf Frankreich und die restlichen acht Prozent auf etwa neun weitere Länder. Statistisch kaum erfassbar und für den Laien fast unglaubhaft sind die *Praktiken des privaten Waffengeschäfts* auf den grauen Märkten. Grosse Teile der ausgemusterten Altwaffen der Nato und einzelner Armeen finden ihren Weg über private Waffenhandelsgesellschaften, die dieses Material überholen, erneuern, umbauen und wieder absetzen, wo es sich ergibt: an Armeen der Entwicklungsländer, indem sie dort wiederum ausgemustertes Material an Zahlung nehmen, an Guerillatruppen, fremde Geheimdienste, Polizeikorps.

Die grösste dieser Gesellschaften, die «Interarms» des Samuel Cummings, hat in den USA Lagerbestände an Waffen, die grösser sind als die von den aktiven Truppen in USA oder England benutzten Waffenbestände. Cummings, der beste Kunde in der Dritten Welt, bestätigte selber: «Diktatoren haben Sinn für Ordnung und bezahlen pünktlich.» Cummings allerdings ist nicht der einzige Waffenschieber; viele Waffenfabriken, selbst Bührle, haben eigene Waffenhandelsabteilungen, die kaum nur zu Luxuszwecken unterhalten werden.

Das teuerste Geschäft

Wir haben eingangs die Behauptung aufgestellt, dass die Rüstung der Entwicklungsländer sowie die Waffenlieferungen und die Militärhilfe der entwickelten Staaten als entscheidender Faktor für den Verlauf des Entwicklungspfades angesehen werden müssen. Dieser These wollen wir durch Untersuchungen der Funktionen der Aufrüstung näher auf den Grund gehen.

Seit 1945 erlebte die Welt 57 Kriege. Davon fanden 55 in der Dritten Welt statt. Wenn wir alle bewaffneten Aufstände und Gewaltaustragungen einbeziehen, so waren es mehrere hundert; allein in den neun Jahren zwischen 1958 und 1966 waren es deren 164. Nur ein kleiner Teil der Kriege wurde zwischen zwei Staaten ausgetragen, und höchst selten erfolgte eine formelle Kriegserklärung. Kriegerische Auseinandersetzungen sind das *teuerste Geschäft,* das sich eine Nation kosten lassen kann. Alle Wachstumsanstrengungen können um Jahre zurückgeworfen werden.

Untersuchungen der Konfliktgenese zeigen oft, dass *Waffenlieferungen* an die Dritte Welt den *entscheidenden Auslösungsfaktor* für kriegerische Auseinandersetzungen darstellen. Wo die Waffendichte hoch ist, sind Kriege wahrscheinlicher. Eine graphische Kurve des Volumens an konventionellen Waffen, die seit 1945 von den Industrieländern und privaten Waffenhändlern an Entwicklungsländer abgegeben und verkauft wurden, steigt parallel zur Kurve der kriege-

rischen Konflikte an. Das bedeutet: es werden mehr Waffen benützt, wenn sie leichter zu beschaffen sind. Je mehr Waffen vorhanden sind, desto stärker wird die Kaste, die stets Kriege vom Zaun reissen, aber nie Kriege beenden kann – das Militär. «Die Waffe ist die Mutter des Krieges» (Thayer).

Zahlreiche Kriege wären nie ausgebrochen, wenn nicht die bereits lange zuvor bestehenden Spannungen und Spaltungen durch Waffenlieferungen genährt worden wären. *General Ojukwu* hätte, wie das Studium der Konfliktgenese des *Biafrakrieges* zeigt, nie die Sezession Biafras in Gang gesetzt, wenn er nicht zuvor von den privaten Ölgesellschaften die Zusicherung für Devisen- und Waffenhilfe erhalten hätte. Die ethnischen Spannungen unter den nigerianischen Provinzen waren allerdings schon seit der Unabhängigkeit vorhanden, sie wären aber – gesetzt den Fall, es hätte keine Waffenlieferungen stattgefunden – wahrscheinlich auf politische, gewaltfreiere Art ausgetragen worden.

Der Kaschmirkrieg, der Jemenkrieg, der zentralamerikanische Fussballkrieg, Sukarnos Interventionen in Malaysia, die Katanga-Sezession und unzählige bewaffnete Auseinandersetzungen hätten nicht stattgefunden ohne Lieferung von Waffen. In vielen Fällen waren sogar *Kleinwaffen* eher ausschlaggebend als militärische Grossapparate. 60 000 ältere Gewehre können das Geschehen entscheidender bestimmen als sechs Düsenflugzeuge, die ein Mehrfaches kosten.

Es ist nicht zu erwarten, dass die ansteigende Kurve des Krieges in der Dritten Welt sich senkt, denn die Spannungsmomente sind überall bereits vorhanden: soziale Ungleichheit, politische Elitenbildung, ethnische und regionale Spannungen, die bereits seit Jahren oder Jahrzehnten bestehen. In Afrika wurden durch den Kolonialismus und durch die künstlichen Grenzziehungen rund 4000 ethnische Einheiten (Stämme, Clans) durchschnitten, was viele Spannungen aufrechterhält.

Armee und Nation

Man kann auch mit grosser Wahrscheinlichkeit voraussagen, dass im *südlichen Afrika* im laufenden oder nächsten Jahrzehnt ein bewaffneter Rassenkrieg ausbricht, denn die Waffenhandelsströme aus Westeuropa nach Südafrika und in die portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique, aus China und Osteuropa nach Ostafrika übersteigen alles Bisherige. Die Schwelle des «Kein-Zurück-mehr» in der Aufrüstung dieser Region ist längst überschritten, und bald droht die Voraussage Wirklichkeit zu werden, dass sich die Europäer im südlichen Afrika ihr Vietnam schaffen.

Die Spannungen sind vorhanden, sie «warten» auf Waffen! *Die restriktive Waffenexportpolitik, wie sie in Schweden, Deutschland und der Schweiz bisher praktiziert wurde, nämlich Waffenlieferungen erst dann zu stoppen, wenn ein Konflikt ausbricht oder auszubrechen droht, stellt sich als Fiasko dar, denn Waffenlieferungen schaffen gerade den Zustand, der das Verbot legitimieren soll. Wenn das Verbot verhängt wird, ist es bereits zu spät.* Überdies liefern gewiegte Waffenhändler ihre Waffen, bevor der Krieg ausbricht.

Die *Armee* in jungen Staaten ist oft ein wesentlicher Motor zur Bildung eines *Nationalbewusstseins* und wird als Heilmittel gegen die stammesmässigen Zersplitterungen verstanden. Die Streitkräfte sind auch in der Dritten Welt die Verkörperung des Nationalmythos, die Luftwaffe mit ihren Kampfflugzeugen ist sehr oft das Objekt des höchsten Nationalstolzes, und die Militärs geniessen als eine im Westen gesuchte Elite ein hohes Prestige bei den Massen. Nicht selten wird die militärische Ausbildung als Instrument für die Sozialisation der Jungmänner eingesetzt. In Dahomey, Tunesien, der Türkei und vielen andern Ländern werden die Soldaten während der Dienstzeit alphabetisiert, in Mali und anderswo erhalten sie sogar Ausbildung in landwirtschaftlicher Praxis und verrichten zivile Dienste.

Diese an sich positiven Seiten militärischer Aktivität verursachen nicht unwesentliche Einbussen an reformerischem und demokratischem Potential. In einer sozio-ökonomisch schwachen Gesellschaft hat die Armee, oft als einzige funktionierende und durchorganisierte Institution im Staate, geradezu entscheidende politische Funktionen. Die meist im Ausland ausgebildete militärische Führungsschicht hat das Monopol des technischen *Know-how* und der Organisationsfähigkeit, zeichnet sich durch hohen beruflichen Zusammenhalt aus und wird dadurch zu einer *Elite* im Staat, die auch vor politischer Einflussnahme nicht zurückschreckt.

Die aus dem Ausland stammenden Armeeeigenen Kommunikationsmittel wie Funk, Telefon und Fahrzeuge ermöglichen politische Aktivitäten, die in zunehmendem Masse auch zur *Regierungsübernahme* führen. In Lateinamerika gibt es zwölf Militärregierungen, und in fast allen andern Ländern sind sie ein politischer Machtfaktor, der als Drohmoment im Hintergrund steht. Selbst in *Chile*, das eine zivile Regierung kennt, ist die Armee das wichtigste Bedrohungselement des Reformexperiments.

In afrikanischen Ländern hatten die Militärkorps eine hohe Erfolgsrate zu verzeichnen. In ganz Afrika ist heute das Militär zu einer politischen Macht geworden, nicht nur durch die erfolgreichen Staatsstreiche, sondern auch durch das Wissen, zu was allem es in Zukunft fähig ist. Dies hat Rückwirkungen auf die Regierungspolitik, indem es eine Verunsicherung der politischen Führerschaft darstellt, die oft den Generälen in der Weise entgegenkommt, dass sie deren Waffenwünsche möglichst zufriedenstellend erfüllt. Dieser Bedrohung Rechnung tragend, hat Nyerere in Tansania eine Volksmiliz ausgebildet, die eher unter der politischen Kontrolle seiner Partei steht und ein Gegengewicht zum militärischen Apparat bilden soll. Aus den gleichen Gründen trägt sich auch Chiles Präsident Allende mit einem ähnlichen Plan.

Stabilitätsfaktor?

Man mag sich fragen, ob die Armee nicht den so oft fehlenden *Stabilitätsfaktor* darstellen kann, sozusagen *das* Mittel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, die von ausländischen Investoren und von der Weltbank so sehr geschätzt werden. Eine gewisse Kontinuität zwar ist in jeder *Entwicklung* nötig. Entwicklung aber, unter der mehr zu verstehen ist als nur wirtschaftliches Wachstum, ist ein *emanzipatorischer Prozess*, der auch Unruhe verursacht, der soziale Konflikte schafft, der neue Eliten an die Führung bringen muss. Die Unterbindung des sozialen Wandels durch eine Ordnungspolitik des Militärs ist ein gefährliches Bremsen. Irgendwann werden sich die aufgestauten Reformbedürfnisse vehementer und abrupter durchsetzen, die sozialen Opfer werden grösser sein.

Eine hohe, durch Militär und Polizei garantierte Stabilität in Entwicklungsländern wird, so zeigt sich immer deutlicher, nur um den Preis unterdrückter Reformen und mithin verhinderter Entwicklung erkauft. *Weil Waffenlieferungen die Macht der Militärs fördern, die ihrerseits im Gang der Entwicklung keineswegs neutral sind, stellen Waffen an die Dritte Welt stets ein politisches Element dar, selbst wenn sie aus neutralen Staaten stammen. Das Gerede vom notwendigen Ersatz der Grossmächte durch kleine und neutrale Waffenlieferanten ist nicht stichhaltig und entpuppt sich weitgehend als Rechtfertigungsversuch.*

Von vielen Entwicklungsländern kann man behaupten, dass sie kaum einer objektiven äusseren Bedrohung unterliegen. Lateinamerika, das am weitesten militarisiert ist, kennt zwar gewisse Grenzstreitigkeiten unter den Staaten, aber zwischenstaatliche Kriege sind unwahrscheinlich, solang in allen Ländern die gleiche gesellschaftliche Klasse regiert. Seit 1945 erlebte Lateinamerika nur einen zwischenstaatlichen Krieg. Um so mehr wurden die Armeen zur *internen Disziplinierung* eingesetzt, zur Verhinderung von Reformen, zur Entfernung reformfreudiger Regierungen und in letzter Zeit zur Bekämpfung von Guerillas, die letztlich das Resultat zuvor unterdrückter Reformen sind.

Ohne die Funktion des Militärs und ohne ausländischen Einfluss wäre wahrscheinlich ganz Lateinamerika sozialistisch oder zumindest linksliberal regiert, würden Afrika und Asien ein ganz anderes politisches Gesicht aufweisen.

Die Militärs sind heute das wichtigste Instrument machtpolitischer *Einflussnahme durch das Ausland.* Durch subtile Abzahlungsverträge für die Waffenlieferungen, durch eine restriktive Ersatzteillieferungspolitik, durch das Hinschicken von Wartungspersonal für die modernen Kampfflugzeuge (1 Flugstunde erfordert 60 Wartungsstunden an höchstqualifizierter Arbeit) und du n Militärausbildung haben die Industrieländer zahlreiche Hebelarme zur Einflussnahme.

Den modernen Imperialismus praktiziert man nicht mehr durch Kanonenboot-Interventionen, sondern viel subtiler, verborgener und risikofreier. In Panama unterhalten die USA eine Militärschule für lateinamerikanische Offiziere, in der bisher 30 000 Absolventen für die Guerillabekämpfung, den Staatsschutz und für technische Aufgaben ausgebildet wurden. In Bolivien wurde im letzten Sommer die reformfreudige Regierung Torres von einem Ranger-Regiment gestürzt, das von Amerikanern ausgebildet worden war, nachdem schon 1963 beim Sturz von Victor Paz Estenssoro der amerikanische Luftattaché in La Paz eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Im Militärputsch, der 1964 in Brasilien das heutige Regime an die Macht brachte, spielte ein amerikanischer Brigadegeneral eine entscheidende Rolle, der mit General Branco im Zweiten Weltkrieg in Italien Zimmergenosse gewesen war und einen Tag nach dem erfolgreichen Putsch mit ihm zum Essen fuhr.

Die Rolle der Schweiz

Die Entwicklung der Waffenlieferungen der Schweiz, die ausschliesslich auf kommerzielle Art erfolgten, verlief parallel zum Waffengeschäft der andern Länder. Zu Beginn der sechziger Jahre gingen zehn Prozent aller Waffenexporte in die Dritte Welt, 1970 waren es bereits 65 Prozent und 1971 ebenfalls mehr als die Hälfte. Der Umfang dieser Waffenlieferungen nach Entwicklungsländern – 80 Millionen Franken im Jahre 1970 für hartes Kriegsmaterial, unter Einbezug weiterer Rüstungsgüter und der Flugzeuge wären es sicher mehr – erreicht die Grössenordnung der staatlichen Entwicklungshilfe.

Wir möchten behaupten, dass diese Waffen-

exporte in gewissen Ländern soviel beigetragen haben, Entwicklung zu verhindern, wie die schweizerische Entwicklungshilfe andernorts, um die Entwicklung zu fördern. Die Träger und Befürworter der Entwicklungshilfe sollten sich endlich dieses Zielkonflikts unserer Aussenpolitik klar bewusst werden. Im internationalen Vergleich sind die schweizerischen Exporte nach Entwicklungsländern klein, rund anderthalb Prozent aller Rüstungsexporte. *Wenn wir sie aber am Bruttosozialprodukt messen – was wir auch mit unserer Entwicklungshilfe tun – figuriert die Schweiz in der Spitzengruppe aller Waffenexportländer nach der Dritten Welt.* Wenn wir unsere Ausfuhren nach Entwicklungsländern von 1970 mit den vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut angegebenen Grosswaffenexporten des Jahres 1969 in Vergleich stellen, stehen wir vor Amerika und nach England *im zweiten Rang.* Pro Kopf der Bevölkerung gemessen, stehen wir in der Rangliste mit 2,9 Dollar Waffenexport nach Entwicklungsländern vor der Sowjetunion (1,3 Dollar) und Frankreich (1,8 Dollar), etwa gleich wie die USA (2,8 Dollar) und nach England (3,6 Dollar).

Nicht nur bezüglich der hauptsächlichen Empfängerländer wie Persien, Argentinien, Indonesien, Singapur und selbst Chile (wo die Armee einen den Reformkurs bedrohenden Faktor darstellt), hätten wir zahlreiche Fragen über die entwicklungspolitischen Implikationen von Waffenlieferungen zu stellen, sondern auch über die Gewähr des *Endverbleibs* dieses Kriegsmaterials. Über den Endverbleib der Waffenlieferungen an *Persien* ist man skeptisch, wenn man bedenkt, dass 1966 ein Teil der gebrauchten Kampfflugzeuge F-86, die die Bundesrepublik an die persische Regierung verkaufte, ihren Weg direkt nach *Pakistan* fanden, das zu dieser Zeit gerade (wie heute wieder) unter einem amerikanischen Waffenembargo stand (beide Länder gehören dem CENTO-Pakt an).

Über den Endverbleib von Waffen an Singapur muss man ebenfalls skeptisch sein, wenn man bedenkt, dass das Polizeidepartement von *Singapur* Waffenauktionen durchführt, und Beamte der Welthandelskonferenz im privaten Gespräch daraufhinweisen, dass Singapur als *Waffenumschlagplatz* für den ganzen ostasiatischen Raum fungiert. Über den Verbleib der Waffen in *Portugal* besteht ebenso wenig Gewähr, seit man weiss, dass die portugiesische Reigerung trotz gegenteiligen Verpflichtungen aus Deutschland bezogene Waffen im Kolonialkrieg in Angola und Mozambique einsetzte. Trotz amtlichen Endverbleibszeugnissen haben wir Schweizer keine Garantie, dass schweizerisches Kriegsmaterial nicht immer wieder zum Einsatz gelangt.

Was wäre zu tun?

An Vorschlägen und grossen Szenarien für die Eindämmung des Wettrüstens in der Dritten Welt fehlt es nicht. Sie gehen von einem globalen Nichtverbreitungsvertrag von konventionellen Waffen über die Lieferungsbeschränkung von hochmodernen und komplizierten Grosswaffen bis zur bescheidenen, aber doch nicht unbedeutenden Offenlegung des Rüstungstransfers nach Entwicklungsländern. Die Zügelung des Wettrüstens in der Dritten Welt erscheint nur erfolgversprechend durch eine Therapie der Ursache, die im wesentlichen im Rüstungsboom des internationalen Systems liegen.

In Ländern wie Frankreich und den Vereinigten Staaten hätten abrupte Waffenexportbeschränkungen einige wirtschaftliche Konsequenzen, In Schweden und in Deutschland sind von den sozialdemokratischen Regierungen neue Exportrestriktionen und Kriterien in Kraft gesetzt worden, die die Waffenlieferungen nach Entwicklungsländern in engste Grenzen bringen. Die deutsche Bundesregierung will nach Ablauf der jetzigen Verträge überhaupt keine Waffen mehr an Nicht-Nato-Länder liefern.

Dem Leser sei empfohlen, in der nächsten Zeit die Abwehrmanöver des militärisch-industriellen Komplexes (dessen Präsenz auch in der Schweiz mehr denn je bemerkbar wird) gegen an sich rationale Postulate gewissermassen im eigenen Lande zu studieren – Postulate, die wahrscheinlich sogar den Konsens einer vielbeschworenen «schweigenden Mehrheit» in Anspruch nehmen könnten. Die öffentliche Diskussion um die *Volksinitiative für ein Waffenausfuhrverbot* zeigt uns, wie ein komplexes Problem mit seinen aussenpolitischen, entwicklungspolitischen, ökonomischen und nicht zuletzt ethischen Implikationen durch die offiziellen Stellen und die Propaganda eindimensional gedeutet und auf ein militärpolitisches reduziert wird.

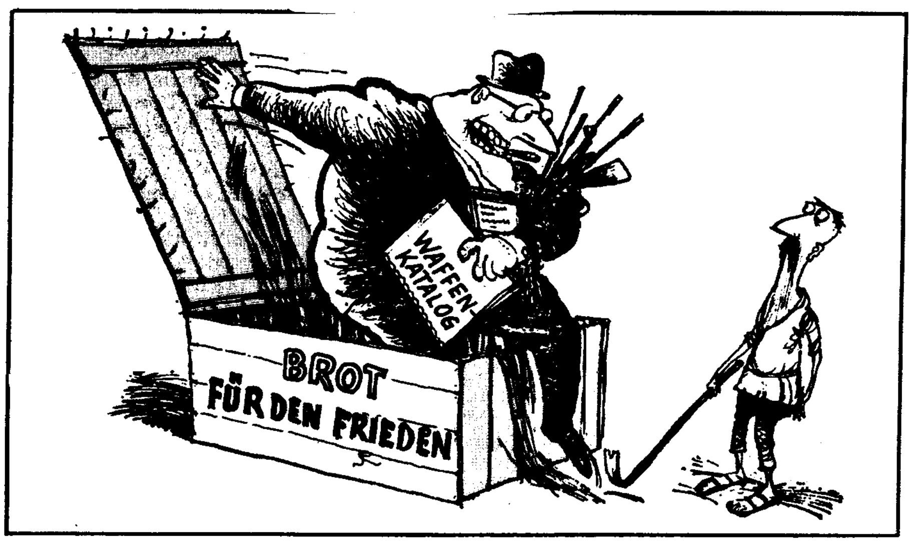
Die einzige beleghare und ins Gewicht fallende Konsequenz eines Waffenausfuhrverbots, nämlich die Verteuerung der schweizerischen Rüstungskäufe um vielleicht 20–30 Millionen Franken – was ein bis anderthalb Prozent des Militärhudgets ausmacht oder jeden Schweizer fünf Franken kostet – wird umfunktioniert in eine «Schwächung der Wehrbereitschaft» oder gar einen «perfiden Angriff gegen die Armee».

Dieses auf das Mass eines durchschnittlichen militärischen Bewusstseins reduzierte Argument gilt als Quasi-Ersatz für die fehlenden Einwände anderer, zum Beispiel wirtschaftlicher Art: da die gesamten Waffenexporte im Verhältnis zur internen privaten Kriegsmaterialproduktion (weniger als ein Drittel) oder im Verhältnis zu den Gesamtexporten (0,6 Prozent für 1970) so wenig ins Gewicht fallen, können weder die Preisgabe der einheimischen Rüstungsproduktion noch konjunktur- oder beschäftigungspolitische Rückwirkungen im ohnehin dauernd überlasteten Exportsektor ernsthaft behauptet werden. Leute, die daraus das Eingehen der Rüstungsindustrie prognostizieren, rechnen etwa gleich falsch und zweckgerichtet, wie seinerzeit bei der Miragerechnung oder der Floridarechnung (diese «Rechnungen» stammen ja alle aus den gleichen Bundesstellen).

Test und Chance

Durch diese Strategie wird das Problem aus seinem Zusammenhang gerissen, die aussenpolitischen Zielkonflikte werden negiert, und die Argumentation wird auf die Ebene gespielt, auf der sich offenbar am eindrücklichsten vermeintliche Sachzwänge vorspiegeln lassen, und wo die Eigengesetzlichkeit irrationalen Denkens selbst in der Bevölkerung immer noch Triumphe feiert. Für die Intellektuellen und Politiker unseres Landes wird die Volksabstimmung zu einem Testfall, ob sie diese Eigengesetzlichkeit geistig und materiell zu durchbrechen in der Lage sind. Für die Entwicklungshilfe-Organisationen und alle Befürworter einer Welt-Entwicklung wird sie zu einer Chance, exemplarisch an einem didaktisch wichtigen Aufhänger aufzuzeigen, dass Aufrüstung ungefähr das Gegenteil von Entwicklung darstellt, dass letztlich Friedenspolitik und Entwicklungspolitik zusammengehören.

Unter allen Faktoren, die den Frieden in der Welt gefährden, sind Waffenlieferungen zweifellos entscheidend. Diese müssen zu einem wichtigen Gegenstand empirischer Friedensforschung werden, und eine Initiative zu deren Eindämmung auf internationaler Ebene könnte – sofern die Kraft vorhanden ist, zuerst die eigene Weste reinzubringen – zum Gegenstand einer aktiveren Aussenpolitik der Schweiz werden. **Rudolf H. Strahm**



Denver Post

„Haben Sie etwa Brot erwartet?"

ASIATISCHE KRANKENSCHWESTERN IN DER BRD

Der wohltemperierte Skandal

Die Vermittlung von Krankenschwestern aus Entwicklungsländern in die Bundesrepublik begann bereits 1960; damals wurden hauptsächlich ungelernte Kräfte zur Ausbildung angenommen, da man dies als günstige Kombination von "Entwicklungshilfe" sowohl für die Ausländerinnen als auch für die schlechte Personallage der deutschen Krankenhäuser betrachtete.

Die Vermittlung von Inderinnen erfolgt hauptsächlich über kirchliche und private Kontakte. Momentan arbeiten in deutschen Krankenhäusern etwa 1200 Inderinnen, davon 7 - 800 in Nordrhein-Westfalen; außerdem sind ca. 300 Inderinnen in Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern tätig, wo sie in religiösen Gemeinschaften, den sog. "Nirmala"-Gruppen, zusammengefaßt sind.

Die Zahl der Schwestern aus den Philippinen ist nicht genau erfaßt, sie wird etwa auf 1200 geschätzt. Die Vermittlung erfolgt über eine Vielzahl von konkurrierenden philippinischen Unternehmen, meist Reisebüros (!), die zum Teil ihre "Vertreter in Deutschland herumreisen und den deutschen Krankenhäusern Gruppen von Mädchen anbieten lassen" (1).

Der größte Exodus von medizinischem Personal findet aus Südkorea statt. Nach Angaben des südkoreanischen Gesundheitsministeriums befanden sich 1970 4521 Angehörige des Gesundheitswesens außerhalb des Landes; während in den USA 1804 Personen arbeiteten (hauptsächlich Ärzte), befanden sich in der Bundesrepublik Deutschland 2229 Personen (49,3 %) (hauptsächlich Krankenschwestern). Inzwischen ist diese Zahl weiter angestiegen: augenblicklich (Anfang 72) befinden sich bereits über 3000 Koreanerinnen in der BRD (2), schwerpunktmäßig in Nordrhein-Westfalen und den Großstädten Frankfurt, Berlin (3), München, Hannover, Hamburg, Mainz, Freiburg etc. (4)

Diese programmierte Abwerbung koreanischer Schwestern (25-30 % aller arbeitenden Krankenschwestern Koreas (5)) findet mit dem ausdrücklichen Einverständnis der deutschen und koreanischen Regierungen statt. Zwar sagte Bundesarbeitsminister Arendt im Juli 1971 in der Fragestunde des Bundestages, daß nach Auffassung der Bundesregierung nur von Entwicklungsländern Schwestern angeworben werden sollen, die selbst keinen Schwesternmangel haben (6), aber schon im Februar 1971 war ein Vertreter der Deutschen Krankenhausgesellschaft in Südkorea, um einen Vertrag für 2200 Koreanerinnen (!) abzuschließen; dies wurde durch Dr. Mulder aus Seoul in einem Lesebrief an das deutsche Ärzteblatt bekannt (7). Darüber hinaus sollen im Bedarfsfall bis zu 14 000 (!) Pflegehelferinnen mit einjähriger Ausbildung aus Korea angeworben werden. Indes hat Südkorea einen empfindlichen Schwesternmangel.

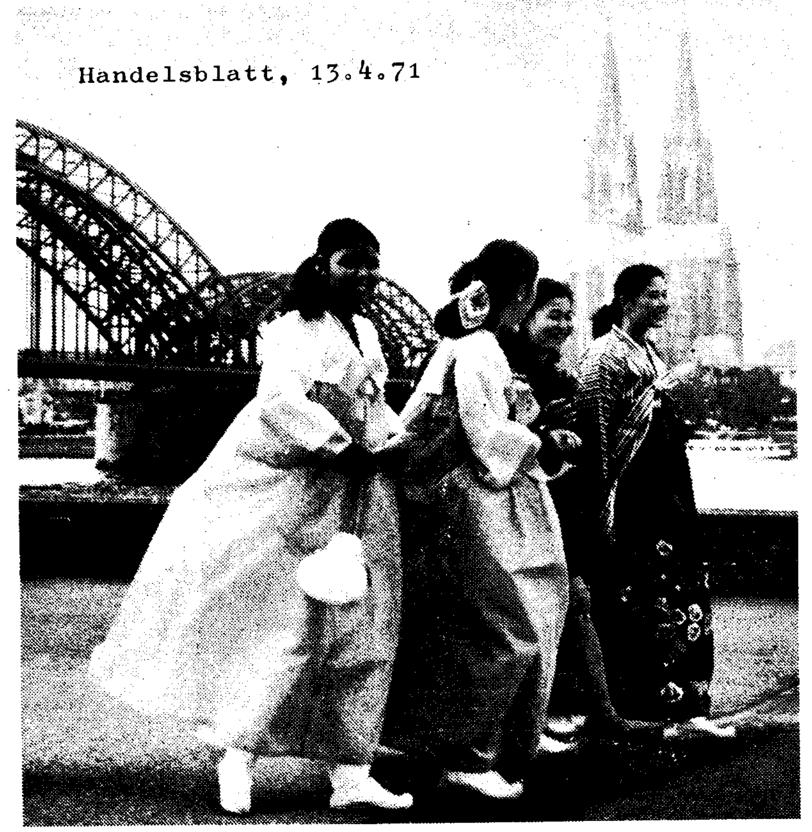
Es gibt in Korea (33 Millionen Einwohner) 12-13 000 registrierte Schwestern, von denen 7-9 000 wirklich arbeiten (Rest verheiratet etc.). Nach den von Prof. Johnson gelieferten Zahlen waren 1970 über 25 % der Schwesternstellen in staatlichen und Provinzkrankenhäusern unbesetzt, und nach einer Studie von 1970 aus der Provinz Kyonggi waren nur 20 % der "health center workers" Schwestern im Gegensatz zu 1967, wo das noch 80 % waren (8). Das ist insofern alarmierend, weil in Korea 46 % dieser Health Centers in Gegenden liegen, wo es keine Ärzte gibt, wo aber immerhin 6 Millionen Koreaner leben.

Warum verlassen so viele Schwestern Südkorea?

1) Die mehrjährige Ausbildung als Krankenschwester in Südkorea ist sehr kostspielig und muß von den Schwestern selbst bezahlt werden. Die große Mehrzahl der Krankenschwestern kommt daher

aus den finanziell gut gestellten Familien des Landes. Sie lehnen es von vorneherein ab, allein in den schlechtbezahlten und ärmlichen Stellen auf dem Lande zu arbeiten, wofür sie auch nicht primär ausgebildet worden sind.

2) Die koreanischen Krankenschwestern sind für klinische Tätigkeiten, für die kurative Medizin in den Städten, ausgebildet worden. Besonders nach dem 2. Weltkrieg haben subjektiv gutwillige amerikanische Missionsgesellschaften hochqualifizierte Schwestern an "Show"-Krankenhäusern ausgebildet. Was aber in Entwicklungsländern erforderlich ist, sind Maßnahmen der präventiven Medizin (Hygiene, Gesundheitserziehung) und der Basismedizin auf dem Lande (wo etwa in Tanzania der Aufbau der Health Centres und Dispensaries vorangetrieben wird).



Handelsblatt, 13.4.71

Daß sich die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik auch zu einem fernöstlichen Entwicklungsland nicht auf den Güteraustausch beschränken müssen, beweist das Beispiel dieser jungen Koreanerinnen in Köln. Sie gehören zu einer Gruppe von 155 ausgebildeten Krankenschwestern, die sich als „Gastarbeiterinnen" für drei Jahre zum Dienst in der BRD verpflichtet haben, um den Schwesternmangel lindern zu helfen.

Die Kombination von 1) und 2) ergab nun die paradoxe, aber für ein privatwirtschaftlich aufgebautes Entwicklungsland nicht überraschende Situation, daß bei einem ungeheuren Mangel an Ärzten und Schwestern - bezogen auf die Gesamtbevölkerung - ein relatives Überangebot in den großen Städten auftrat. In den großen Städten freiwerdende Stellen werden meist aufgrund von Familienbeziehungen und Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ausbildungsstelle vergeben.

Hier bot sich nun das Ausland - BRD, USA - als willkommenes Ventil für eine total verfahrene Gesundheitspolitik an, und auf Kosten der armen Bevölkerung Südkoreas gab es drei Nutznieser:

a) Die Schwestern selbst, die in den westlichen Ländern relativ gut verdienen und für die eine Arbeit im Ausland außerdem ein Statussymbol ist; in den Städten wären die jetzt in der BRD arbeitenden Schwestern ja arbeitslos, und auf das Land zu gehen ist für sie von der Bezahlung und von der Ausbildung her unzumutbar;

b) die südkoreanische Regierung, die damit ihre verfehlte Strukturpolitik verschleiern kann und außerdem willkommene Deviseneinnahmen (auf Kosten der ländlichen Massen) hat. Daher bremst die Regierung die Abwerbung nicht nur nicht, sondern fördert sie in jeder Weise. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen betragen in Südkorea 1,5 % des Staatshaushalts. Bei einer solchen "öffentlichen Armut" sind die Gehälter im staatlichen Gesundheitsdienst auch so niedrig, daß sich die Ärzte so bald wie möglich in Privatpraxen niederlassen (jüngerer Regierungsarzt: 500 DM monatlich, Privatarzt: 3 300 DM durchschnittlich monatlich);

c) die Bundesrepublik, die um Strukturreformen im Pflegesektor dadurch herumkommt (Arbeitszeiten, Bezahlung, Hierarchieprobleme), daß sie Ausländerinnen auf den "Markt" holt, die ihre Arbeitskraft hier für die BRD letztlich relativ billig verkaufen. Damit wird eine Reform des deutschen Gesundheitswesens, die infolge des zunehmenden Arbeitskräftemangels unvermeidlich schien, verhindert.

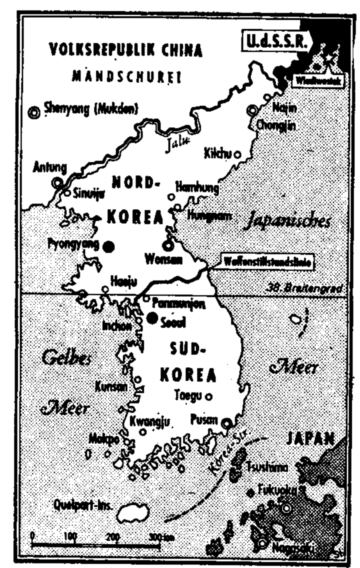
Die von den Apologeten dieser Auspowerung des Gesundheitssektors von Entwicklungsländern angegebene Erklärung, damit nütze man ja dem Land durch Transfer von medizinischer Ausbildung, sticht aus folgenden Gründen nicht:

1) sind die koreanischen Krankenschwestern meist im kurativen Sektor bereits höher qualifiziert als deutsche Krankenschwestern, wenn sie hier ankommen. Und selbst wenn sie hier z.B. auf neurochirurgischen und psychiatrischen Abteilungen unerwarteterweise doch etwas gelernt haben sollten (z.B. über psychiatrische Störungen im abendländischen Kulturkreis oder die Nachfürsorge nach hochkomplizierten Gehirnoperationen), so haben nicht einmal die Krankenhäuser in den Städten Südkoreas Nutzen davon. Denn die meisten koreanischen Gesundheitsspezialisten meinen, daß nur eine Minderheit der Pflegerinnen nach Korea zurückkommt, um dort zu arbeiten. Dr. Sich berichtet sogar da-

von (9), daß mit dem verdienten Geld oft versucht wird, dem Ehemann eine Reise nach den USA oder Kanada zu finanzieren, wo sich die Familie dann für immer niederlassen will.

2) falls sie hier ausgebildet werden, lernen sie nur den kurativen klinischen Sektor der europäischen Medizin kennen. Wie wir aber vorhin gesehen haben, nützen gerade <u>diese</u> Kenntnisse den Entwicklungsländern <u>wenig</u>, und Südkorea selbst hat ja schon ein Überangebot dieser Schwestern im eigenen Land ausgebildet.

Womit der Teufelskreis geschlossen ist. Den Teufel zu erraten, ist nach dem vorangegangenen nicht schwer: Die sozioökonomische Gesamtstruktur Süd-Koreas, eines Vorpostens der "freien Welt" in Asien.

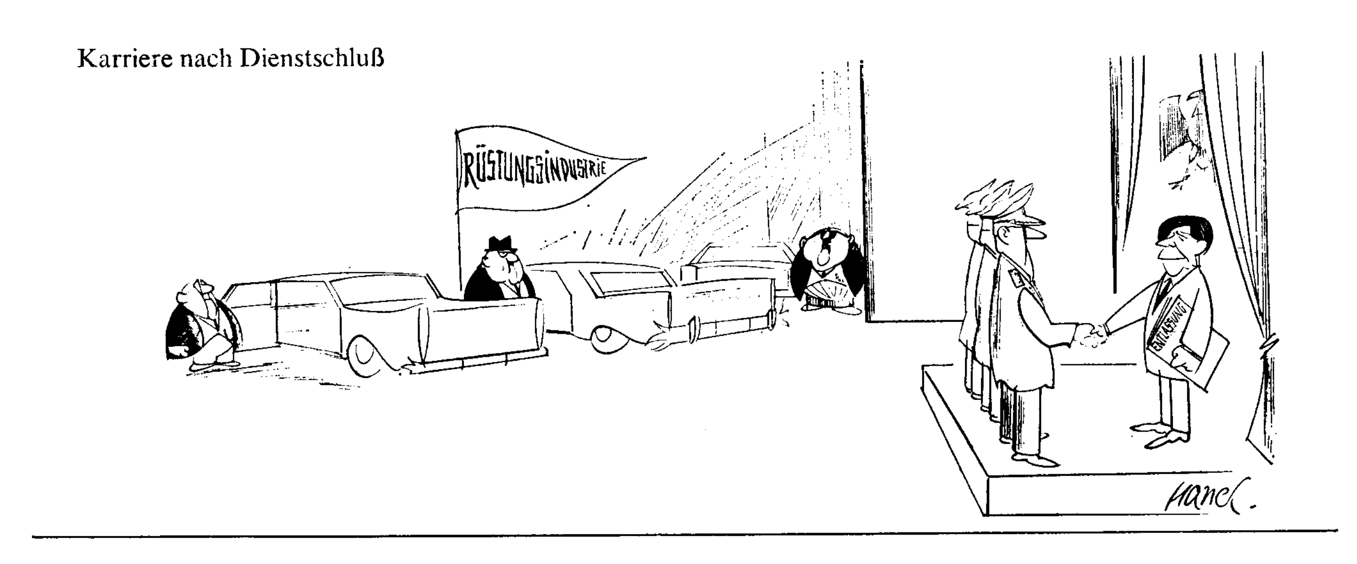


Anmerkungen

1) zit. nach "Ärztliche Praxis", 25. Sept. 71, S. 3479. Daraus stammen auch die vorangegangenen Zahlen.
2) Berechnung von Prof. Johnson, Yonsei-Universität Seoul, zit. nach Dt. Ärzteblatt, 16.9.71, S. 2551.
3) In der Neuropsychiatrischen Abteilung der Städt. Klinik Havelhöhe in Berlin-Spandau, Kladower Damm 221, befinden sich zu über 50 % koreanische Schwestern, in der Landesnervenklinik Spandau, Griesingerstraße, sind ca. 15 % des Personals Koreanerinnen, die aus einem völlig anderen Kulturkreis nach 3 Monaten Goetheinstitut auf psychiatrischen Stationen eingesetzt werden.
4) In Freiburg befindet sich im Operationssaal der Chirurgischen Universitäts-Klinik eine Koreanerin als OP-Schwester. Entwicklungshilfe für wen?
5) Nach Berechnungen von Prof. Johnson, a.a.O.
6) "Krankenschwestern aus Entwicklungsländern" (Fragestunde des Deutschen Bundestages), DEUTSCHES ÄRZTEBLATT, Heft 28/1971, S. 2226.
7) Deutsches Ärzteblatt, 29.4.1971, S. 1329.
8) Deutsches Ärzteblatt, 16.9.1971, S. 2552.
9) Deutsches Ärzteblatt, 16.9.1971, S. 2554.

pr

Karriere nach Dienstschluß



Südliches Afrika
Hintergrundinformationen

Zusammengestellt aus "Facts & Reports", Presseausschnittsdienst des Angola-Comité Amsterdam, Da Costastraat 88

Angola

In einer MPLA-Erklärung zum neuen Jahr wurde darauf hingewiesen, daß die Entwicklung des Kampfes in der Ersten Region, nördlich von Luanda, keine so guten Fortschritte macht, wie man es wünscht. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Republik Zaire (bisher: Kongo-Kinshasa) es konsequent ablehnt, die MPLA Versorgungslieferungen nach Angola über Zaire einführen zu lassen. Zaire unterhält sogar diplomatische Beziehungen zu Portugal, dessen Botschaft in Kinshasa bestens ausgerüstet ist, die angolesischen Patrioten in Zaire zu überwachen. Das und die steigenden Handelsbeziehungen zwischen Portugal und der Republik Zaire können zu Schwierigkeiten für die MPLA, sogar zu ihrer Verbannung aus Zaire, führen. (Radio Brazzaville, 2.2.72)

Der erste Kongress der MPLA wird geplant. Mehr als 300 Vertreter der MPLA mit dem Präsidenten Agostinho Neto trafen sich im September/Oktober letzten Jahres, um den ersten nationalen Kongress vorzubereiten. Dieser Kongress, der seine Sitzungen "irgendwo in Angola" halten wird, soll die Strukturen der Bewegung neu überprüfen: es steht zur Debatte, ob die MPLA eine Front bleiben oder in eine Partei verwandelt werden soll. Weitere Tagesordnungspunkte sind die Revision des MPLA-Programms, die Bildung einer regulären Armee, die Gründung einer nationalen Volksversammlung und die Schaffung einer Währung. (AfricAsia, 27.12.72)

Namibia

Verwirrten Berichten aus Namibia zufolge sollen streikende Ovambos den Zaun zwischen dem Stammesland Oukwanyana und Namibia durchbrochen und das ganze Gebiet bis zum Cunene-Fluß in Anspruch genommen haben. In der südafrikanischen Presse wird berichtet, daß die Ovambos die Ausweisung aller Weißen aus Ovamboland verlangen. Die Portugiesen in Angola schickten schwer bewaffnete Truppen (nach einigen Meldungen vier Bataillone) zur Grenze. (Guardian, 24.1.72)

Die MPLA hat eine neue militärische Front - die Sechste Region - eröffnet. Sie umfasst die Regionen von Mocamedes und Huila im Süden Angolas, d.h. die Kämpfe werden in der Nähe des Cunene-Flußes und des Staudammprojektes ausgetragen, das dort schon von den Portugiesen und Südafrikanern angefangen worden ist.

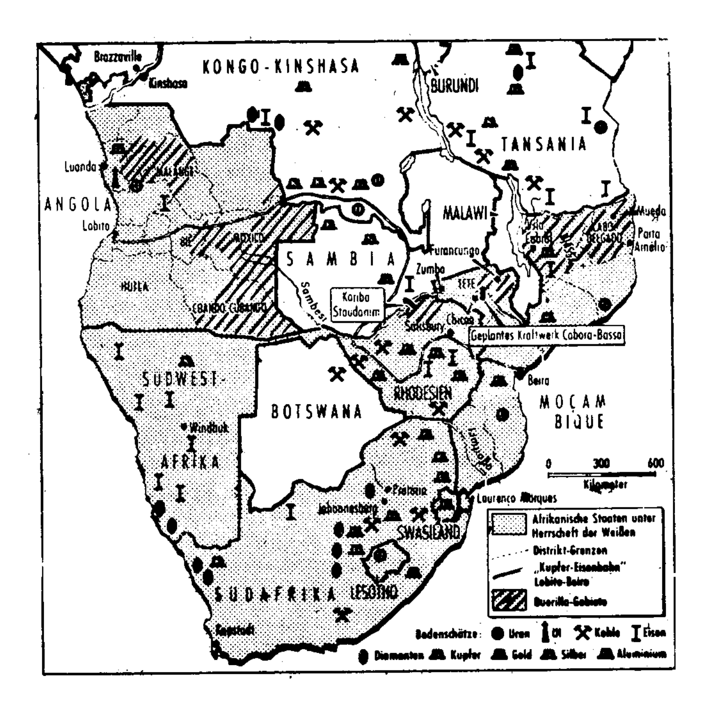
Mozambique

In einem Artikel in der englischen Zeitung "The Guardian" vertritt der Mozambique-Korrespondent die These, daß der Cabora-Bassa-Staudamm zu einem nutzlosen Wertstück für die Portugiesen werden könnte. Zwar gelingt es den FRELIMO-Kämpfern nicht, dem Staudamm selbst großen Schaden anzurichten, aber die Aktionen der FRELIMO im übrigen Tete-Gebiet (z.B. Verunsicherung der Kommunikationen) kosten den Portugiesen ungeheuere Summen: ein großer Teil der afrikanischen Bevölkerung mußte evakuiert werden, 20 000 Soldaten müssen in der Tete-Provinz allein unterhalten werden, und dazu kommt die Ausrüstung für diese Kräfte. Mit einem solchen Aufwand ist es zwar möglich, ein einzelnes, großes Projekt wie den Staudamm zu verteidigen. Der Staudamm soll aber nach dem Vorhaben der Portugiesen auch Siedler und Investitionen in das Gebiet ziehen; er soll einige Millionen Hektar bewässern und für die Landwirtschaft brauchbar machen. Aber wer wird in ein solches unsicheres Gebiet einziehen wollen? Außerdem besteht keine Hoffnung für die Portugiesen, daß die Aktionen der FRELIMO nachlassen werden. Im Gegenteil bringt die portugiesische Politik der FRELIMO nur mehr Anhänger: "Wir geben den Schwarzen zwei Wochen, um in die strategischen Dörfer zu kommen. Wenn sie nicht kommen, dann erschiessen wir sie", sagte ein portugiesischer Kommandant.
Obwohl also die Produktion von elektrischem Strom genügt, um den Staudamm wirtschaftlich lebensfähig zu machen, wird dies eher Südafrika, dem Hauptabnehmer, nützen als den Portugiesen, die auf Siedler und Investitionen angewiesen sind. (Guardian, 7.1.72)

Wenn das Abkommen zwischen Großbritannien und Rhodesien trotz afrikanischen Widerstandes zustande kommt, wird der Cabora-Bassa-Staudamm durch eine Lei-

tung mit Norton (in der Nähe von Salisbury) verbunden werden. Norton steht mit dem Kariba-Kraftwerk in Verbindung. Sambia, das den Kariba-Damm zusammen mit Rhodesien betreibt, wird wenig dagegen unternehmen können. (Jerusalem Post, 17.1.72)

In diesem Jahr sind 90 000 contos (3 1/4 Mio. Dollar) dafür bestimmt, Mozambique mit portugiesischen Emigranten zu besiedeln. Jede Familie wird 300 contos ($ 11.000) erhalten. (Diario de Noticias, 29.1.72)



Unterstützung für die Kolonialisten

In einem Brief an den Präsidenten der Anglo-Portugiesischen Handelskammer soll der britische Botschafter in Lissabon erklärt haben, daß Großbritannien bereit ist, Portugal ähnliche finanzielle Hilfe zu leisten, wie die USA sie als Gegenleistung für die Benutzung der Azoren schon versprochen hat. Der Brief war die Antwort auf Befürchtungen der Handelskammer, daß das amerikanische Darlehen ($ 430 Mio), mit dem Portugal den Kauf von amerikanischen Gütern finanzieren wird, den englischen Handel mit Portugal bedrohen würde. (Standard, Tansania, 7.2.72, zit. nach Financial Times)

Der französische Waffenkonzern "Société Nationale des Poudres et Explosifs" (SNPE) wird in nächster Zeit ganze Waffenfabriken verkaufen. Die ersten Kunden sind Portugal und Indien. 98 % der Aktien der SNPE gehören dem Staat.

Zwei Flugzeuge des Typs Boeing 707-3F5C, die an einen bisher unbekannten Kunden geliefert worden waren, sind identifiziert worden. Es sind die Nr. 6801 und 6802 der Serie, sie gehören jetzt der portugiesischen Luftwaffe. (Aviation Letter, Sweden, Feb. 1972)

Unterstützung für die Befreiungsbewegungen

Das Befreiungskomitee des OAU beschloß in der 19. Sitzung, die finanzielle Unterstützung der afrikanischen Befreiungsbewegungen, FRELIMO, MPLA, PAIGC und SWAPO ab sofort zu erhöhen. Das Komitee führte Gespräche mit Führern der ZAPU und ZANU, den zwei sich bekämpfenden Parteien, um die Einheit wiederherzustellen. Die Führer waren bereit, eine Erklärung zu unterschreiben, die die Bildung einer gemeinsamen Front vorsieht, und sie wurden gebeten, ein Programm auszuarbeiten. (Standard, Tansania, 10.2.72)

Die schwedische Regierung, die in diesem Fiscaljahr den afrikanischen Befreiungsbewegungen 18 Mio Schillinge gegeben hat, will diese Summe um 25 % erhöhen. Wenn dieser Vorschlag vom Parlament akzeptiert wird, werden künftig 22,5 Mio/- für den Kampf gegen den Rassismus ausgegeben werden. (Standard, Tansania, 1.2.72)

Uganda will seine Beiträge zum Befreiungsfond der OAU wieder bezahlen. Präsident Amin bot außerdem sein Land als Ausbildungsstätte für die vieldiskutierte gesamtafrikanische Armee und Luftwaffe an, die zur Befreiung der von weißen Minderheitsregierungen beherrschten Staaten gebildet werden soll. Sein Vorschlag wird von der OAU-Verteidigungskommission geprüft. (Times, GB, 14.12.71)

Aktionen in den USA und in Holland

Die Kritik am Azoren-Abkommen zwischen den USA und Portugal nimmt in den USA zu. Ein Komitee der "African Heritage Studies Association", eine Organisation von 2 000 schwarzen Akademikern und Studenten, gab bekannt, daß es Pläne ausgearbeitet hat, um amerikanische Schwarze gegen das Abkommen zu mobilisieren.
George M. Houser ("American Committee on Africa") meinte, daß das $ 430 Mio-Darlehen der finanziell schwachen portugiesischen Regierung helfen wird, die Kriege in Afrika weiterzuführen.
Senator James Pearson kritisierte, daß das Abkommen als eine Exekutiventscheidung behandelt wurde, d.h. daß es dem Senat nicht zur Ratifizierung vorgelegt wurde.
Die "African Heritage Studies Association" nahm Kontakte mit politischen

Parteien und Kandidaten auf, um sie für den Kampf gegen die amerikanische Unterstützung Portugals, Rhodesiens und Südafrikas zu engagieren. Direkte Aktionen werden auch geplant, z.B. Demonstrationen auf den Werften von New Orleans bei der Verladung der ersten Chromlieferung aus Rhodesien, Lobbies in Washington, Unterstützung der Befreiungsbewegungen. (Washington Post, USA, 3.2.72)

Fünf der größten protestantischen Kirchen in den USA mit einer gesamten Mitgliederzahl von 21 Millionen bereiten für nächsten Frühling eine große Aktion gegen amerikanische Firmen vor, die Niederlassungen im südlichen Afrika haben. Es sind die "Episcopal Church", "United Church of Christ", "United Presbyterian Church in the USA", "American Baptist Convention" und die "United Methodist Church". Die Kirchen hoffen, einen großen Teil der Aktionärsstimmen für ihre Resolutionen zu gewinnen. Die Kirchen werden fünf große Firmen, in denen sie Millionen Dollar investiert haben, angreifen: General Motors, Gulf Oil, Goodyear Tire and Rubber Co., Mobil Oil und IBM. Die Resolutionen, die von den Kirchen für die HVs eingereicht werden, sind weniger radikal als im letzten Jahr. Letztes Jahr haben sie z.B. General Motors aufgefordert, das Tochterwerk in Südafrika zu schließen. Dieses Jahr verlangen sie Informationen über die Politik der Firmen. Sie wollen u.a. Angaben über Löhne und Arbeitsbedingungen der schwarzen Arbeiter und über die Beziehungen der Firmen zur südafrikanischen Regierung und zur Apartheid erhalten. Durch diese weniger radikale Methode wollen die Kirchen bestimmte Institutionen (wie Banken, Versicherungsgesellschaften und Universitäten) gewinnen, die bis jetzt nur "moralische" Unterstützung für die Resolutionen geleistet haben, ohne dafür zu stimmen.
Mindestens einer der Konzerne soll schon bereit sein, im Sinne der Kirchen zu handeln, ohne es zu einer Abstimmung und einer Konfrontation in den HVs kommen zu lassen. (Wall Street Journal, USA, 15.2.72)

Infolge einer Aktion des holländischen Angolakomitees erklärte einer der größten holländischen Kaffeeimporteure, der Albert-Hejm-Konzern, er werde ab Mitte des Jahres keinen Kaffee mehr aus Angola einführen. Das Angolakomitee kämpft schon seit einiger Zeit dafür, daß holländische Firmen den Kaffeeimport aus Angola reduzieren oder gar aufgeben, da die Erlöse des angolanischen Kaffeeexportes ($ 4.000.000 von Holland allein) für die Führung der afrikanischen Kriege verwendet werden. Die Niederlande importieren 29 % ihres Kaffeebedarfs (240 Mio Pfund im Wert von $ 100.000.000 im Jahre 1970) von den portugiesischen Kolonien, insbesondere Angola. Drei andere Kaffeeimporteure haben auch den Kaffee aus Angola gesperrt. Außerdem beschlossen mehrere Schulen und Firmen, den Kaffee aus Angola zu boykottieren.
Einige holländische Firmen fürchten jetzt, daß die Regierung ein Verbot des Kaffeeimports aus den Kolonien überlegen wird. (Alegemeen Handelsblad, 13.1.72)

Die holländische Regierung lehnte einen Antrag ab, dem Angolakomitee ca. £ 1.000 Sterling für diese Aktion zur Verfügung zu stellen. Der Vorschlag war von dem regierungssubventionierten "Nationalen Komitee für Entwicklungsstrategie" ausgegangen, das Projekte für Entwicklungsländer ausarbeitet. (Nationalist, Tansania, 11.2.72)

Namibia

Bonn streicht Zuschüsse für Uransuche in Südwestafrika

Bonn, 8. Februar (dpa)

Die Beteiligung der deutschen Urangesellschaft an einer Wirtschaftlichkeitsstudie über den Abbau von Uranvorkommen in Südwestafrika wird vom Bundeswissenschaftsministerium nicht mehr gefördert. Wie ein Sprecher des Ministeriums mitteilte, hat die Bundesregierung Ende vergangenen Jahres ihre finanzielle Unterstützung eingestellt.

Als Grund wird angegeben, daß es genügend andere aussichtsreiche Uranprospektionen gibt. Politische Beobachter vermuten allerdings auch politische Rücksichten auf die schwarzafrikanischen Staaten. Das Bundeswissenschaftsministerium will in diesem Jahr mit 25 Mill. DM Uranprospektionen in der Oberpfalz, Österreich, Niger, Ghana, Togo, Kanada, den USA und Australien fördern. Der Gesamtbedarf der Bundesrepublik an Urankonzentrat wird bis 1980 auf 35 000 bis 40 000 Tonnen geschätzt.

(Die Welt, 9.2.72, S.14)

Das Rössingprojekt befindet sich noch in der Untersuchungsphase. Es ist aber fast sicher, daß die Uranvorkommen dort billig ausgebeutet werden können. Es ist deshalb möglich, daß die Frankfurter Urangesellschaft ohne die Beteiligung der Regierung dort investieren wird. (Financial Times, 9.2.72)

(Zum Komplex "Namibia - Uranprojekt" vgl. Georg Stingl, Die Lage Namibias und das Uranschürfungsprojekt bei Swakopmund, Paper des iz3w)

RHODESIEN

Die selbsternannte weiße "Republik Rhodesien", von Prime Minister Jan Smith am 2. März 1970 ausgerufen, erlebte eine blutige zweite Januarhälfte. Innerhalb von 10 Tagen (12.-21. Januar 1972) fielen - polizeilichen Angaben zufolge - mindestens 15 Schwarzafrikaner den Kugeln der Ordnungskräfte zum Opfer. Über 50 Verletzte und mehrere hundert Verhaftete, darunter der ehemalige Premierminister Todd und seine Tochter, ergänzten die traurige Bilanz (cf. "Entwicklung der Unruhen").

Anlaß zu den aufstandähnlichen Unruhen und den brutalen Polizeieinsätzen bot die Ankunft und Arbeitsaufnahme einer britischen Abgeordneten-Gruppe, der Pearce-Kommission (1), die gekommen war, das "Einverständnis" der "gesamten Bevölkerung" Rhodesiens zu dem Abkommen einzuholen, welches Smith mit dem britischen Außenminister Sir Alec Douglas-Home am 24. November 1971 erfolgreich ausgehandelt und abgeschlossen hatte. Die "Befragung der Mehrheit", die sanfte Extorkierung der Zustimmung der Schwarzafrikaner, mit welcher die Pearce-Kommission beauftragt war, sollte der letzte formelle Schritt zur beiderseitigen Besiegelung der Unabhängigkeit sein. Im Frühjahr 1972, so hoffte man, würde Großbritannien seine Kronkolonie Rhodesien, sein abtrünniges Kind, der Welt als wiedergefundenen Sohn und freies Land vorstellen.

Doch mit der Formierung einer starken schwarzen Widerstandsbewegung hatte man nicht gerechnet (2). Demonstrationen unter dem Slogan NO, NO, Arbeitsniederlegungen, Protestmärsche von den townships, den ghetto-ähnlichen Ansiedlungen der Schwarzen am Rande der "weißen" Städte, in Richtung Stadtzentrum, Plünderung von Geschäften und brennende Autos folgten beharrlich dem Erscheinen von Mitgliedern der Kommission. Die politisch entmündigten Farbigen, denen man aufgrund ihres "tiefen Bildungsniveaus" ein Referendum versagt hatte, lehnten das Butterbrot ab; sie bekamen die Peitsche zu spüren. Überall, wo sich auch nur Anzeichen von schwarzen Ansammlungen anbahnten, erschien die Polizei. Blindwütige "Schießübungen" bezahlten die Sabotageakte der erbitterten Demonstranten (3). Und als man den Rückzug der Pearce-Kommission forderte, drohte Sir Alec von London aus, wenn die Afrikaner das Abkommen verwerfen würden, welches die Kommission ihnen unterbreite, opferten sie eine Chance, die sich erst nach vielen Jahren wieder bieten würde, wenn überhaupt (4) ... Die Kommission blieb, die Opposition in Rhodesien selbst ist beängstigend ruhig geworden.

Die Kommission wird es nun allerdings kaum mehr wagen, der alarmierten Weltöffentlichkeit ein mehrheitliches YES zu übermitteln. Was die betroffenen Regierungen unternehmen werden, bleibt abzuwarten.

Vorerst hat also das weiße Minderheitsregime der faschistoiden "Rhodesian Front" Jan Smiths, welches seit Jahren einen Kurs der "getrennten Entwicklung" nach südafrikanischem Muster steuert, diese unruhigen, wenn auch streßreichen Tage überdauert. Trotz moralischer Bedenken der "Weltmeinung" und mit getreulicher Unterstützung u.a. seitens einiger BRD-Wirtschaftspartner (5) hat es nun schon sechs volle Jahre über die Runden gebracht. Was vor den Augen europäischer Beobachter und der ganzen Weltöffentlichkeit als erratische Unmutsexplosion erschien, ist nur die vorläufige Spitze einer Bewegung, welche sich gegen ein rassistisches Wirtschafts- und Sozialsystem zusammengefunden hat.

Ein Blick zurück in die Vergangenheit erklärt manches.

Das britisch-rhodesische Abkommen

Fast genau sechs Jahre nach der einseitigen rhodesischen Unabhängigkeitserklärung vom 11. November 1965, und knapp zwei Wochen nach der erneut erfolgten einjährigen Verlängerung der Wirtschaftssanktionen durch das britische Unterhaus, überraschte der englische Unterhändler, Außenminister Douglas-Home, mit dem erfolgreichen Abschluß der "Gespräche der letzten Chance", - wie man sie gerne vorsorglich-pessimistisch hochstilisiert wußte -, mit der rhodesischen Regierung.

Der strahlende Rhodesien-Heimkehrer mußte sich aber gefallen lassen, daß man schon bald sein Abkommen als Kuhhandel und Ausverkauf der Schwarzafrikaner mißbilligte. Anspielungen an München 1938 machten die Runde. Hatte nicht ein gewisser Lord Home, Chamberlains parlamentarischer Privatsekretär, an den Gesprächen teilgenommen, die das Schicksal der Tschechoslowakei als Preis für einen kurzen Frieden mit Hitler besiegelten?

Unleugbar hatten beide Seiten, die britischen wie die rhodesischen Ge-

sprächspartner, unter Druck gehandelt. Doch wie schon bei den Gesprächen mit Harald Wilson war Gibraltar, 1966 auf dem Kreuzer "Tiger" und 1968 auf der "Fearless", hatte sich Smith als der zähere erwiesen, mit dem Unterschied allerdings, daß diesmal sein britischer Kollege kapitulierte. Man einigte sich auf eine Verständigung, die Großbritannien erlauben sollte, das Gesicht zu wahren. Nach seiner Heimkehr erklärte Sir Alec dem britischen Unterhaus: "Alle fünf von uns aufgestellten Prinzipien wurden eingehalten" (FR, 28.11.71). Aber nicht mehr.

Auf diese "Five Principles" pochte das Mutterland seit 1963, als die Zentralafrikanische Föderation (die heutigen Staaten Sambia-Malawi-Rhodesien) zerbrach und die weiße rhodesische Führungsschicht auf baldige Unabhängigkeit drängte. Ihr radikaler Apartheid-Kurs mißfiel aber selbst der damaligen konservativen Regierung der Metropole. Niemand anders als Sir Alec Douglas-Home formulierte deshalb fünf Bedingungen, welche zur Erlangung der Unabhängigkeit erfüllt sein mußten:

1. Ungehinderter Fortschritt auf dem Weg zu einer Regierung der afrikanischen Mehrheit.

2. Eine Garantie gegen nachträgliche Verfassungsänderungen, die diesen Weg behinderten.

3. Unmittelbare Verbesserungen für den politischen Status der Afrikaner.

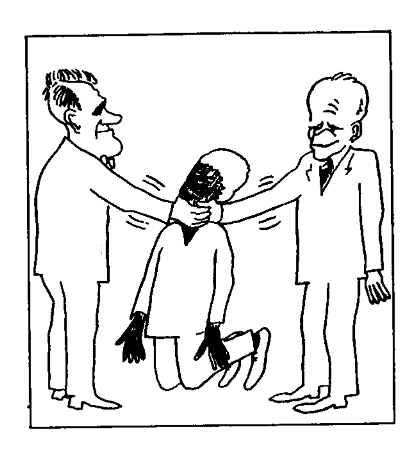
4. Fortschritte zur Beendigung der rassischen Diskriminierung.

5. Annehmbarkeit der ausgehandelten Lösung für die gesamte rhodesische Bevölkerung (6).

Die rhodesischen Siedler weißer Hautfarbe haben sich nie diesen Forderungen gebeugt. Sie zogen es vor, einen offenen Konfliktkurs zu steuern: Einseitige Unabhängigkeitserklärung, Wirtschaftssanktionen des UNO-Sicherheitsrats, Kampf gegen die einheimischen Befreiungsbewegungen, Ausschluß aus internationalen sportlichen Veranstaltungen (Olympische Spiele, Davies-Cup).

Es darf deshalb nicht verwundern, wenn Horst Schreitter-Schwarzenfeld in der Frankfurter Rundschau (28.11.71) über das Vertragswerk schreibt:

"... sieht man genauer auf den Vertragstext, wird deutlich, daß ihre (der fünf Prinzipien, pa) Einhaltung einzig und allein vom guten Willen des Smith-Regimes abhängt. Was fehlt, ist eine internationale Kontrollinstanz (Hervorhebung von uns, pa). Zwar hat Smith Zugeständnisse gemacht: Rassendiskriminierungen sollen abgebaut werden, Afrikaner bekommen mehr Land, ein Teil der Gefangenen wird freigelassen, Lebensstandard und Bildungsstand der Afrikaner werden - mit englischem Geld - angehoben. Doch bleibt das Landteilungsgesetz in Kraft, das alle Elemente von Wirtschaftsdiskriminierung und Apartheid in sich birgt, weil es die Afrikaner in die weniger fruchtbaren Siedlungsgebiete verbannt. Es bleibt auch die rassistische Rebellenverfassung.
Die entscheidende Frage, wann die überwältigende Mehrheit über sich und ihr Land selbst regieren darf, blieb unbeantwortet. Vereinbart ist eine schrittweise Vergrößerung der Zahl der wahlberechtigten Afrikaner, abhängig vom Bildungsstand und Einkommen (Steuer). Zur Zeit haben die Afrikaner 16 Sitze im Parlament von Salisbury gegenüber 50 europäischen. Angestrengt ist nun eine 50:50 Parität - sofern die Afrikaner in rhodesischer Sicht 'wahlfähig' geworden sind. Danach soll eine Unabhängigkeitskommission entscheiden, ob das inzwischen auf 100 Sitze angewachsene Parlament um weitere zehn Sitze vergrößert wird. Diese zehn Abgeordneten würden von der Gesamtbevölkerung gewählt, was einen gesamtafrikanischen Anteil im Parlament von mindestens 58 bedeuten würde und damit endlich die 'Regierung der Mehrheit'."

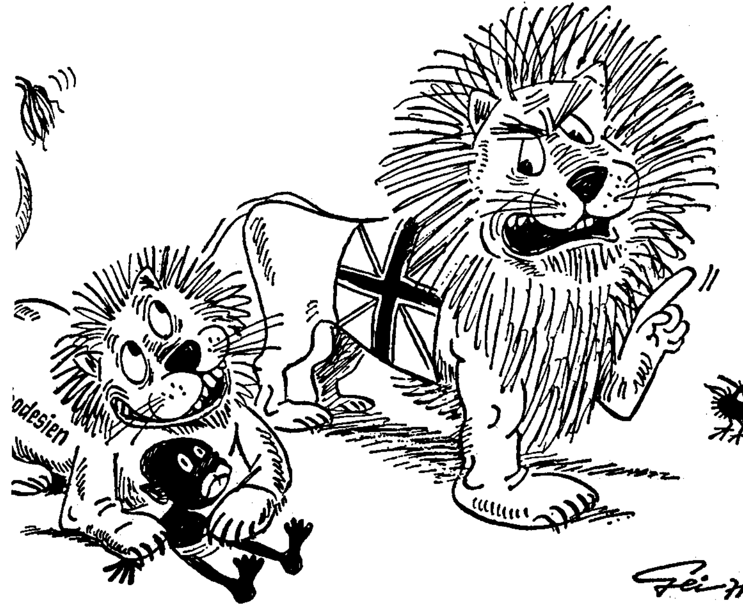


Wirtschaftspolitische Hintergründe

Die Vermutung, das Vertragswerk sei nicht "vom Himmel gefallen" und diene handfesten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, wird wohl unwidersprochen bleiben. Eine genauere Analyse würde zweifelsohne erhebliches Stützmaterial für diese These ans Tageslicht fördern. Wir begnügen uns mit einigen Hinweisen:

1. Bestimmt hat Rhodesiens Wirtschaft unter der Handelsblockade gelitten. Doch in geringerem Maße als erwartet: Die Exporte (1965: 442 Mio US-Doll.) (7) sanken zwar 1968 auf einen Tiefpunkt (257 Mio), während die Importe (1965: 335 Mio) weniger litten (Tief-

punkt 1966: 237 Mio). Die offene Unterstützung der Nachbarländer im "weißen Gürtel" Australafrikas, Portugal und Südafrika ging Hand in Hand mit der heimlichen Umgehung der Maßnahmen durch die großen Industrienationen. Der beschränkte Boykott genügte allerdings, um die Wirtschaft Rhodesiens stagnieren zu lassen. Nach UN-Daten (8) plafonnierte das Bruttosozialprodukt seit 1965 auf einer Höhe von ungefähr 1000 Mio US-Dollar, das Pro-Kopf-Produkt sank entsprechend in geringem Umfang. Soweit als möglich versuchte man, den Exportausfall durch den Aufbau von Import-Substitutionsbetrieben auszugleichen. Dennoch dürfte es stimmen, wenn Rolf-Henning Hintze (FR, 8.3.72) schreibt: "Rhodesische Wirtschaftsexperten bestätigen, daß die Smith-Regierung das Abkommen hauptsächlich akzeptiert hat, um die wachsenden sozialen Spannungen durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze (9) und den Ausbau des Schul- und Gesundheitswesens mildern zu können. Dazu bedarf es internationaler Anleihen, die nur nach einer politischen Anerkennung durch London zu haben sind. Die Afrikaner glauben, daß das Regime bei einer Aufrechterhaltung der bisherigen internationalen Isolierung des Landes - trotz Durchlöcherung der Sanktionen - die nächsten fünf Jahre nicht überstehen würde."



Du mußt mir aber versprechen, nett zu ihm zu sein!

2. Hintze schränkt seine letzte Aussage aber gleich ein wenn er schreibt: "In weißen Kreisen Salisburys meint man dagegen, daß das Land keineswegs existentiell auf die internationale Anerkennung angewiesen sei. 'Dann machen wir eben weiter wie die letzten fünf Jahre', sagen die Anhänger der Rhodesischen Front, der Partei der niederen Angestellten und Arbeiter."

Dies mag ein Hinweis sein, daß die bedingungslosen Befürworter, d.h. jene, die aus wirtschaftspolitischen Gründen auf eine Durchbrechung des Isolierzustandes dringen, nicht unbedingt im Lande zu suchen sind. Nach UN-Untersuchungen (10) stellen ausländische Interessen mehr als 80 % des investierten Kapitals, welches weitgehend im Extraktionssektor (Chrom, Asbest, Nickel, Kupfer) und im Bankbereich angelegt ist. Die auferlegten Handelsbeschränkungen stören deren Verwertungsmöglichkeiten; dem langfristigen Interesse dieser Leute widerspricht auch nicht ein langsames Durchbrechen der strikten Apartheid, eine bessere Ausbildung der einheimischen Arbeitskräfte und das Anwachsen der schwarzen Kaufkraft. Der harte Kern der Parteigänger einer "getrennten Entwicklung" wird von den weißen Farmern und Arbeitern sowie den niederen Angestellten gestellt. Rhodesien ist eine Siedlerkolonie. Die beschränkte Konkurrenzfähigkeit des Landkapitals drängt die weißen Farmer in einen rigiden inneren Agrarprotektionismus: Aufteilung des Landes in fruchtbaren, weißen Besitz, Druckmittel, um billige afrikanische Landarbeiter zu erhalten, Schutz gegen die billiger produzierenden schwarzen Bauern (11). Der weiße Arbeiter muß die erdrückende Konkurrenz des schwarzen Proletariats fürchten, will er nicht die Gefahr laufen, in den Sog des sozialen Abstiegs gerissen zu werden.

3. Auf ein "ehrenhaftes" Abkommen drängte vor allem Großbritannien. Seine Position in den ehemals britischen Kolonien wird immer mehr von Ländern wie der USA, der BRD und Japan unterlaufen, im Gegensatz etwa zum französischen Westafrika, das sich derartigen "fremden" Einflüssen nur langsam öffnet. Ist man bereit, 55 Mio Pfund für Bildung und Erziehung der Schwarzafrikaner zu opfern und (wie gemunkelt wird) weitere 45 Mio für die Auslandschuldentilgung Rhodesiens auf den Tisch zu blättern, ohne darauf zu bauen, ein entsprechendes Entgeld einzubringen? Laut Handelsblatt (26./27.11.71) hat die britische Leistungsbilanz durch den Disput mit Rhodesien jährliche Verluste von 40 Mio Pfund erlitten, nachdem sich der Warenaustausch vor Abbruch der Beziehungen (1965) auf 30 Mio Pfund belief. Man konnte es nicht einfach hinnehmen, daß andere Länder offen den Rahm abschöpften: So fehlen Tabak und Asbest (wichtige Ausfuhrgüter) aus dem "Meutererland" heute kaum mehr auf dem europäischen und nordamerikanischen Markt, und die USA machte schon 1971 keinen Hehl mehr daraus, daß ihr die Einfuhrsperre für Chrom lästig geworden war. Noch während die Pearce-Kommission ihre Erhebungen durchführt, beschloß man, eigenmächtig das Embargo aufzuheben.

Der schwarze Widerstand

Die Aussagen über die verschiedenen einheimischen Widerstandsbewegungen sind zu unsicherer Natur, als daß es

möglich wäre, ein abschließendes Bild zu erarbeiten. Drei Hinweise dürften genügen:

1. Wenn Smith auf eine Kristallisierung des Widerstands in den Städten tippte, haben ihn die Ereignisse nur in ihrem Ausmaß widerlegt. Zwar haben sich schlußendlich auch Häuptlinge, mittels derer die Bewohner der Einheimischen-Reservate politisch entmündigt werden, zu einem "Nein" durchgerungen. Die Unruhen aber blieben auf die schwarzen "bidonvilles" beschränkt, in denen die Diskriminierung am unmittelbarsten erfahren wird.

2. Öffentlichen Ausdruck erhielt die Opposition im "African National Council" (ANC). Vorsitzender und Wortführer ist ein Bischof der Methodisten-Kirche, Abel Muzorewa. Diese Bewegung gab die Losung des passiven Widerstands aus, um nicht unter den Hammer der Apartheid-Gesetzgebung zu gelangen, welche eigenmächtig Parteien verbietet und anerkennt. Durch Aufklärung der Bevölkerung hoffte man ans Ziel zu kommen und die Anwesenheit britischer Beobachter auszunutzen, um einen weltweiten Widerhall zu finden.

3. Inwiefern der ANC einer Anregung (und Zusammenarbeit) der verbotenen Untergrundsbewegungen ZANU (Zimbabwe = Rhodesien African National Union) und ZAPU (Zimbabwe African People's Union) entsprungen ist, scheint fraglich. Zu erhoffen bleibt es ...

pa

Entwicklung der Unruhen

12.1. In Shabani, 350 km südlich von Salisbury, wird ein Arbeiter von der Polizei (welche dies frei zugibt) erschossen, 9 werden verletzt.
Unmittelbarer Anlaß der Demonstration: Entlassung von 12 Arbeitern (Lohnstreik?). Offiziell werden die Unruhen dem ANC (African National Council) in die Schuhe geschoben.

16.1. In Gwelo legen, nach Erscheinen einer Abteilung der Pearce-Kommission, viele schwarze Arbeiter die Arbeit nieder. 8000 Demonstranten sprechen sich gegen das Abkommen aus.
Tags darauf erneut Demonstration: Brandstiftungen, Versuch, eine Eisenbahnlinie zu blockieren.
1 Toter, 2 Jugendliche verletzt.

19.1. In Salisbury-Harare kommt es zu Zusammenstössen zwischen Manifestanten und Polizei, die das Quartier von der übrigen Stadt abriegelt.
In Fort Victoria bricht die Pearce-Kommission ihre Sitzung unter dem Druck der Manifestanten ab. Die Unruhen breiten sich auf die Stadt aus: 3 Schwarze erschossen, 24 Verletzte, 200 Jugendliche festgenommen.
R. Sadomba, von der oppositionellen Centre-Party, tritt als schwarzer Parlamentarier zurück.
Garfield Todd und seine Tochter werden verhaftet und interniert.

20.1. Der Präsident der (farbigen) Centre-Party fordert die Pearce-Kommission auf, das Land zu verlassen, um nicht weitere Unruhen heraufzubeschwören. Eine angesagte Versammlung der Partei in der township Salisbury-Highfield wird verboten.
Ein Demonstrationszug erreicht den Rand des Stadtzentrums: Plünderungen, Brandstiftungen.
3 Schwarze werden erschossen, 24 verletzt, 44 verhaftet.
In Umtali werden 8 Farbige erschossen, 14 verletzt.
Josiah Chinamano vom ANC wird verhaftet, niedergeschlagen und ins Krankenhaus gebracht.

21.1. In Que Que demonstrieren Farbige gegen das Eintreffen von Mitgliedern der Pearce-Kommission.
7 Verletzte.

22.1. In einer Radio- und Fernsehansprache warnt Prime Minister Jan Smith, wer Gesetz und Ordnung störe, werde den Kürzeren ziehen. Die Demonstranten bezeichnet er als irregeführte Jugendliche, hinter denen ein harter Kern erfahrener Unruhestifter stecke.

24.1. Acht schwarze Deputierte verwerfen das Abkommen.

Anmerkungen

1) Zusammensetzung: Lord Pearce als Leiter, Lord Harlech, Sir Glyn Jones (früher Gouverneur von Njassaland) und Sir Maurice Dorman (früher Gouverneur von Sierra Leone) als Stellvertreter. "Ihnen stehen sechzehn 'Ermittler', die alle über lange Afrika-Erfahrungen im britischen Kolonialdienst verfügen, zur Seite." (FAZ, 12.1.72, S. 6)

2) In einem Interview für die südafrikanische Zeitung "To the Point" (zit. nach Die Welt, 15.1.72, S. 5) hatte Smith noch auf Großzügigkeit gemacht: "Wir haben akzeptiert, daß jeder Afrikaner seine Meinung äußern kann. Wir wissen, daß die Häuptlinge die Mehrheit der Afrikaner vertreten. Das ist kein Traum, das ist beweisbar. Wir geben aber zu, daß es eine bestimmte Anzahl Afrikaner gibt, die verstädtert und zum Teil dem Stamm entfremdet sind. Diese Leute können ruhig ihre Meinung äußern." Zu bemerken ist, daß die Häuptlinge von der Regierung entlöhnt werden und einen

Teil der schwarzen Parlamentarier stellen "dürfen". Smith mußte bald seine Meinung doppelt revidieren: Nach den Unruhen sprach er der Pearce-Kommission Objektivität ab. Neuerdings sind auch einige Häuptlinge, die vor dem Eintreffen der Kommission noch geschlossen für den Vertrag gestimmt haben, zu den Gegnern übergeschwenkt. (Hintze in der Frankfurter Rundschau, 8.3.72)

3) Die Anwendung von Gewalt ist den Ordnungskräften gesetzlich erlaubt (Constitution of Rhodesia 1969, Section 92,1,(a), zit. nach H.P. Jenni, Rassismus in Rhodesien, Bern 1971, S. 22), u.a. in folgenden Fällen: Beim Schutz von Eigentum und bei der Unterdrückung von Aufruhr und Aufstand, Meuterei und Terrorismus oder beim Auflösen von gesetzeswidrigen Zusammenkünften. Was unter "Gewalt" zu verstehen ist, haben die teils selber farbigen Polizeitrupps deutlich durchexerziert.

4) Le Monde, 26.1.72

5) Laut UNO-Generalsekretär U Thant (Juni 1968) haben, außer Südafrika und Portugal, folgende Länder weiterhin einen intensiven Warenaustausch mit Rhodesien betrieben: BRD, USA, Schweiz, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Japan. (Jenni, S. 19/20)

6) Eben gerade diesen "acceptability test" durchzuführen, war die Pearce-Kommission nach Rhodesien gereist.

7) UNCTAD, Handbook of International Trade and Development Statistics, Genf 1969. Zit. nach Jenni, S. 49.

8) UN, Statistical Yearbook 1969, New York, zit. nach Jenni, S. 49.

9) "Die Zahl der arbeitslosen Afrikaner nimmt laufend zu. Den 50.000 neuen Arbeitsplätzen, die in den letzten zehn Jahren für Afrikaner geschaffen wurden, stehen 400.000 neue Arbeitslose gegenüber." (Jenni, S. 21)

10) Jenni, S. 35

11) Das Land ist ziemlich genau in zwei Hälften aufgeteilt. Den einen Teil beanspruchen die 250.000 Weißen, der andere "gehört" den über 5 Mio Schwarzen. Diese Trennung geht auf den "Land Apportionment Act" (1930) zurück. Es darf dabei nicht verwundern, daß sich die weißen Siedler das bessere Land zugeschanzt haben. Um den Aufbau einer einheimischen Kleinbauern-Schicht zu verhindern, sind deren Möglichkeiten, in Land-Besitz zu gelangen, gering. Nur 8 % des rhodesischen Bodens, die "Native Purchase Area", darf von ihnen gekauft und in Privateigentum umgewandelt werden. Der Andrang ist groß, die Hoffnung auf Erfolg klein; die Betriebe sind entsprechend klein (1-2 ha), während in den weißen Gebieten 1957 nur 3-4 % bebaut waren (Jenni, S. 29). Obwohl die Transportmöglichkeiten schlecht sind und die Wasserlage nicht immer die beste ist, haben die Afrikaner im Lauf der Zeit ihre Fähigkeit bewiesen, in scharfe Konkurrenz zu den weißen Farmern zu treten. In den 30er Jahren brachen sie das Mais-Kommerzialisierungsmonopol der Europäer, die auf Tabak umsattelten und seither dieses Produkt argwöhnisch als ihre Exklusivität beanspruchen. Die Schwarzen sind, "dank" ihres tiefen Lebensstandards, fähig, viel billiger zu produzieren. Andererseits braucht der weiße Farmer für die Bewirtschaftung seiner weiten Flächen Arbeiter. Deshalb soll die schwarze Kaufkraft auf dem Land nur so stark anwachsen, daß genügend Leute gezwungen sind, in seinen Dienst zu treten.

Die mehrmals zitierte Broschüre von Hans Peter Jenni "Rassismus in Rhodesien", Bern 71, kann bezogen werden bei der Arbeitsgruppe Dritte Welt, Bern, Pavillionweg 7

„Fahnenflucht als Mittel gegen Rassismus"

Brisante Empfehlungen der Arnoldshainer Konferenz an den Weltkirchenrat

World Council of Churches
Unit II - Programme to Combat Racism
CUNENE RIVER SCHEME SYMPOSIUM
Evangelical Academy Arnoldshain
February 29th to March 3rd, 1972

P R Ä A M B E L

Abschlußprotokoll

Um die echte Bedeutung und die zukünftige Tragweite des Cunene-Projektes in Angola und Namibia zu verstehen, müssen wir es in dem erweiterten Zusammenhang des Südlichen Afrika untersuchen, wo rassistische und kolonialistische Minderheitsregime sich gemeinsam bemühen, den Fortschritt der Afrikanischen Freiheit aufzuhalten. Das Ziel des Projektes ist es, die weitere Integration von Angola und Namibia voranzutreiben, Bedingungen für die zukünftige Anwesenheit einer halben Million zusätzlicher Siedler in dieser Gegend zu schaffen, und durch internationale finanzielle Anleihen und andere Bindeglieder auswärtige Interessengruppen immer tiefer in den Konflikt im Südlichen Afrika zu verwickeln. Übereinstimmend behaupten Portugal und Südafrika, daß das Projekt ein "Entwicklungs"-Projekt sei, welches einen wichtigen Teil in ihren Programmen und den Plänen bildet, das Gebiet zu entwickeln und dem Besten des Volkes diene. Das Cunene-Projekt wie auch das Cabora-Bassa-Projekt stellt deshalb ein Bestreben dar, das System der weißen Vorherrschaft im ganzen Südlichen Afrika zu erhalten, zu bestärken und zu festigen. Es ist offensichtlich kein "normales" Entwicklungsprojekt, sondern ein lebenswichtiges strategisches Vorhaben, das den Kampf der afrikanischen Völker für Freiheit und Demokratie verzögern und vereiteln soll.

Die Beteiligung des internationalen Kapitals am Cunene-Projekt ist kein isoliertes Phänomen. Sie ist Teil eines weitverzweigten Netzwerkes wirtschaftlich finanzieller und anderer Verbindungen, das in bestürzend zunehmendem Maße in den letzten Jahren angewachsen ist, um den Bedürfnissen des Unterdrückungssystems im Südlichen Afrika entgegenzukommen. Konfrontiert mit dem tapferen Kampf des afrikanischen Volkes für die Befreiung, brauchen die weißen Regimes ein mächtiges und sich steigerndes ausländisches Unterstützungssystem, um ihre Vorherrschaft zu sichern. Dieses ökonomische und finanzielle Unterstützungssystem wird zur Zeit verstärkt durch die Notwendigkeit einer offenen politischen und militärischen Bündnisbeziehung zwischen größeren westlichen Mächten und den weißen Regimes im Südlichen Afrika. Die afrikanische Befreiungsbewegung sieht sich deshalb der doppelten Aufgabe gegenüber, gegen die weißen Regimes und zusätzlich gegen jene ausländischen Mächte zu kämpfen, die ein wohlverstandenes Interesse entwickelt haben, der Mehrheit der Bevölkerung Menschenrechte und Freiheit zu verweigern und die Sicherheit und Standfestigkeit ihrer Unterdrücker zu schützen.

Der internationale finanzielle und wirtschaftliche Beistand für das Cunene-Projekt stellt deshalb einen vitalen und direkten auswärtigen Beitrag für die Aufrechterhaltung und Bestärkung des Kolonialismus und Rassismus in Afrika dar. Aus diesem Grund fordern die afrikanischen Völker ein Ende der ausländischen Investitionen, indem sie durch eine Politik der sofortigen Loslösung und des Rückzugs der Unterstützung der weißen Regimes verhindert werden.

Es gibt einen offenen Konflikt und Kriege unterschiedlichen Ausmaßes im Südlichen Afrika. Die weißen Regimes haben es vorgezogen, dem Wunsch nach Afrikanischer Befreiung durch systematischen und fortgesetzten Gebrauch von Terror und Gewalt zu widerstehen, mit dem Ergebnis, daß der Befreiungsbewegung keine andere Wahl übrigblieb, als ihre Zuflucht im bewaffneten Kampf zu suchen, um ihre Freiheit zu gewinnen.

Völker in aller Welt und besonders die Bürger von Ländern, die unterstützende Verbindungen für die weißen Regierungen zur Verfügung stellen, haben eine Verpflichtung, den rechtmäßigen Kampf des afrikanischen Volkes für Gerechtigkeit und Freiheit zu unterstützen. Sie müssen sicherstellen, daß die weißen Regimes nicht in der Lage sind, weitere Investitionen und Unterstützungen für Projekte wie Cunene abzusichern und darauf hinarbeiten, daß all die Hilfen aufhören, die kolonialistische und rassistische Vorherrschaft im Südlichen Afrika aufrechterhalten.

Wir müssen jeglichen moralischen, politischen und materiellen Beistand für die Befreiungsbewegungen leisten.

Die folgenden Vorschläge sind Wege, einen direkten Beitrag für den Befreiungskampf zu liefern, weil es nicht dem Interesse der Menschen in den westlichen Ländern und der ganzen Welt dient, wenn diese Länder Verbündete der weißen Minderheitsregimes sind. Das Cunene-Projekt ist schon im Bau unter fremder Hilfe. Unsere Antwort ist es, intensiv an der Beendigung der Unterstützung der weißen Regimes zu arbeiten, und wir stellen uns auf die Seite der afrikanischen Freiheit.

DAS CUNENE-PROJEKT

Im Zusammenhang einer umfassenden Strategie für den ganzen südafrikanischen Raum empfehlen wir eine besondere Kampagne gegen das Cunene-Projekt (Anhang I).

1. Priorität sollte gewissen Firmen gegeben werden, die wir als Primärziele ausgewählt haben.
   Das sind Firmen, die an dem Projekt beteiligt sind und in Angola und Namibia daraus Nutzen ziehen. Diese Gesellschaften sollten gezwungen werden, sich aus jenen Ländern zurückzuziehen, und sie sollten Gegenstand von Aktionärs-Aktionen, Boykotten und anderen Formen des Protestes werden, wenn sie sich entschließen, ihre Beteiligung fortzusetzen.
2. Alle Banken, die an den Konsortien beteiligt sind, die das Cunene-Projekt finanzieren (Anhang 2). Der Weltkirchenrat soll alle Mitgliedskirchen auffordern und auch an die römisch-katholische Kirche appellieren, ihre Konten von diesen Banken zurückzuziehen. Aktionärsgruppen und Kirchen sollten in einer Kampagne zusammenarbeiten, den Rückzug aller persönlichen Konten von diesen Banken zu fordern.
3. Kirchen und Aktionsgruppen müssen sich der Gefahr der zukünftigen Beteiligung neuer Firmen am Cunene-Projekt und ähnlichen Projekten bewußt werden und deshalb äußerste Wachsamkeit üben und jede Anstrengung unternehmen, solche Beteiligungen zu verhindern und zu vermeiden.
   Der Weltkirchenrat soll ferner die finanzielle Unterstützung des Cunene-Projektes untersuchen, um weitere Kapitalquellen sowie die Beteiligung weiterer Firmen im wirtschaftlichen Komplex von Angola und Namibia aufzuspüren.
   In Erkenntnis der strategischen Bedeutung dieses Projektes sollte der Weltkirchenrat eine dringende Studie über das Projekt durchführen, um alle wichtigen Informationen zu bekommen und Kampagnen dagegen zu erleichtern.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

In Erkenntnis der gefährlichen Möglichkeit, daß Südafrika und Portugal besondere Beziehungen zur EWG einrichten könnten und unter Hinweis auf den Vorschlag, Angola, Mozambique und Guinea-Bissao in diejenigen Länder einzubeziehen, denen als Entwicklungsländern eine vorrangige Behandlung durch die EWG garantiert wird, rufen wir den Weltkirchenrat in dringender Angelegenheit auf:

1. ein Treffen von EWG-Parlamentariern und Parlamentariern von Ländern, die sich um die Mitgliedschaft bewerben, zu organisieren, um Wege zu diskutieren, solche Verbindungen zu verhindern, die der SAU oder Portugal zum Vorteil sein könnten;
2. dem Beratungskomitee der Kirchen vor seinem Exekutivtreffen im April eine zusammenfassende Darstellung des Sachverhalts unter Berücksichtigung der EWG zu geben;
3. eine Studie über das Problem zu verfassen in der Absicht, die öffentliche Meinung innerhalb von Wochen zu mobilisieren.

NAMIBIA

Die Besetzung von Namibia durch Südafrika seit 1966 stellt eine völlig illegale Situation dar. Wir begrüßen die Ablehnung dieser illegalen Lage durch alle Staaten mit der bedauernswerten Ausnahme von England und Frankreich, die sich in geheimem Einvernehmen mit Portugal und Südafrika befinden. Im Hinblick darauf wollen wir die Aufmerksamkeit aller Personen, Verbände und Länder auf die rechtlichen Folgen lenken, besonders darauf, daß Plünderung vorliegt, wenn Mineralien und andere Produkte des Landes illegal aus Namibia entfernt werden. Weiterhin weisen wir darauf hin, daß alle Abgaben und Steuern, die bisher bezahlt wurden, an eine illegale Besatzungsmacht gegangen sind.

Wir fordern die Staaten auf, die ihren Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit proklamieren, den Schutz der rechtmäßigen Besitzer dieser Güter in ihren nationalen Gerichtshöfen sicherzustellen.

Unter Hinweis auf die Initiative der SWAPO, eine internationale Konferenz in Brüssel im Mai 1972 einzuberufen, empfehlen wir, daß dort diese Frage voll ausdiskutiert wird.

Wir rufen den Weltkirchenrat außerdem auf, auf den Generalstreik der Arbeiter in Namibia und den Widerstand des Volkes gegen die verstärkte südafrikanische Unterdrückung hinzuweisen.

a) In Anbetracht der fortgesetzten illegalen Anwesenheit von englischen und westdeutschen offiziellen Vertretern in Namibia sollen Kirche und Aktionsgruppen nachdrücklich darauf hinarbeiten, daß sie abberufen werden.

b) Schließlich veranlassen wir den Weltkirchenrat, durch die Kommission der Kirchen für auswärtige Angelegenheiten die Aufmerksamkeit der Mitgliedskirchen und Räte auf die entsprechenden UN-Resolutionen über Namibia zu richten, besonders auf die Resolution Nr. 283 des Sicherheitsrates, und sich an sie zu wenden, damit sie ihre Regierungen dazu zwingen, ihnen stattzugeben.

MILITÄRISCHE UNTERSTÜTZUNG

Angesichts der Gefahr wachsender militärischer Unterstützung für Portugal durch den Westen, rufen wir in Übereinstimmung mit den UNO-Beschlüssen alle Staaten auf:

1. alle Unterstützungen an Portugal innerhalb des NATO-Bündnisses durch militärische Übungen, Waffen, militärischen Patenten usw. einzustellen;

2. alle bilateralen Beziehungen einzustellen – vor allem durch Staaten wie die USA im Rahmen des Azorenpaktes, Großbritannien, Frankreich, Westdeutschland, Argentinien, Brasilien und anderer Staaten;

3. wir rufen den Weltkirchenrat, die daran beteiligten Kirchen, die römisch-katholische Kirche auf, jederzeit und mit größtmöglicher Publizität den Einsatz von Pflanzenvernichtungsmitteln, Entlaubungsgiften und Napalm gegen die Bevölkerung des Südlichen Afrika zu verurteilen. Wir weisen darauf zurück, daß die Abteilung des Weltkirchenrats für Kirche und Gesellschaft diese Forderung unnachgiebig bei der UNO-Konferenz für Umweltsprobleme vorbrachte, die im Juni in Stockholm stattfinden soll.

   Schließlich versichern wir nochmals unsere Unterstützung für das vollkommene Waffenembargo gegenüber allen weißen Regimes einschließlich einer Ächtung jeglicher nuklearer Zusammenarbeit und betonen die Notwendigkeit für politische Arbeit unter Gewerkschaftsmitgliedern, die in die Produktion solcher Mittel verstrickt sind.

UNTERSTÜTZUNG FÜR BEFREIUNGSBEWEGUNGEN

Wir stellen einen wachsenden Bedarf an materieller Unterstützung für die Befreiungsbewegungen fest und glauben, daß der Weltkirchenrat und seine Mitgliedskirchen nur jenen Bewegungen Hilfe gewähren sollte, die zur Zeit von der OAU unterstützt werden.

PORTUGIESISCHE DESERTEURE UND KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

Wir drängen den Weltkirchenrat, in folgenden Fragen aktiv zu werden:

a) internationale Anerkennung des Status von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern der Portugiesischen Armee als politische Flüchtlinge;

b) Erstellung von Unterstützungsplänen durch Kirchen und andere Organisationen entsprechend dem Programm in Kanada für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus den USA. In diesem Zusammenhang betonen wir die bedeutende Verantwortung der römisch-katholischen Kirche;

c) ein besonderer Aufruf des Weltkirchenrats an die Portugiesen, die in Opposition zu den Kolonialkriegen stehen, zu desertieren und den Militärdienst zu umgehen.

KIRCHENVERTRETUNGEN

Kirchen mit Vertretungen im Südlichen Afrika sollten sich versichern, daß diese Vertretungen nicht dazu dienen, den Rassismus zu unterstützen. Wir drängen deshalb darauf, daß Kirchen mit getrennten Gemeinden weder finanzielle noch sonstige Unterstützungen erhalten.

Auf dem wirtschaftlichen Gebiet sollten die Kirchen die Bedeutung ihrer Finanzen und Kapitalanlagen überprüfen, um sich zu versichern, daß sie nicht die Gönner eines Unterdrückungssystems im Südlichen Afrika sind.

ERZIEHUNG, KOMMUNIKATION UND FORSCHUNG

Wir fordern, daß sich der Weltkirchenrat dem AAC, dem WACC und anderen Vereinigungen, regionalen Körperschaften und Aktionsgruppen anschließt, um massive Erziehungskampagnen zu veranstalten, um die öffentliche Meinung aufzuklären und zu mobilisieren, damit sie die Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika unterstützt. Zugleich begrüßen wir die Entscheidung der Landeskirche des Rheinlandes, DM 100.000,- für diesen erzieherischen, informativen Zweck bereitzulegen.

Besondere Aufmerksamkeit sollte man der notwendigen gegenseitigen Kommunikation zwischen Kirchen und Aktionsgruppen zollen.

Der Weltkirchenrat sollte sich an der Koordination von Forschung und sachdienlicher Dokumentation beteiligen, in Zusammenarbeit mit unabhängig finanzierten Dokumentationszentren, die eindeutig dem Befreiungskampf verpflichtet sind. Eine eigene Arbeitsgruppe sollte von dem Weltkirchenrat berufen werden, um sich mit dieser Koordination zu befassen.

ANHANG I

Die folgenden Unternehmen sind ausgewählt worden als vorrangige Zielscheiben für Kampagnen:

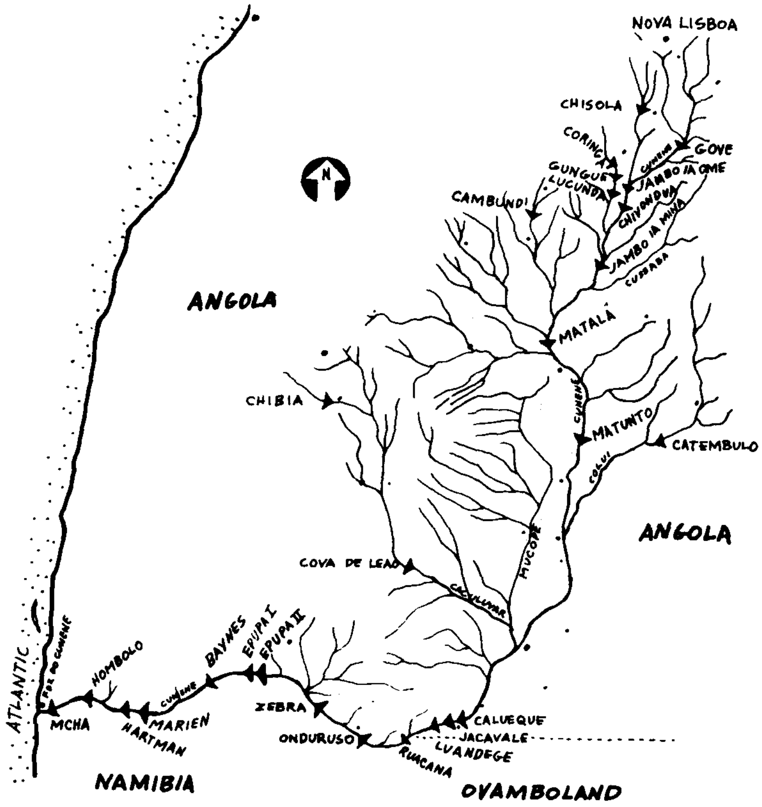
GULF OIL (USA), gewinnt Petroleum in Angola
KRUPP (BRD), beteiligt sich am Bergbau in Angola
WIMPEYS (Großbritannien), baute die Zugangsstraße von Windhoek zu dem Bauplatz des Staudamms und ist ein aussichtsreicher Bewerber für zukünftige Verträge
AMERICAN METAL CLIMAX und NEWMONT MINING (USA). Besitzer der Tsumeb Corporation, dem größten Arbeitgeber in Namibia
PECHNEY (Frankreich), fördert Aluminium in Angola
INTERNATIONAL TELEPHONE AND TELEGRAPH (USA), stattet durch ihre Tochtergesellschaften das Fernmeldenetz für die Portugiesen in Angola aus.
DIAMANG, eine supranationale Firma mit belgischem, britischem, südafrikanischem und US-Kapital, ist an dem Bergbau in Angola beteiligt.

ANHANG II

Entsprechend der augenblicklich verfügbaren Information sind die folgenden Banken an Konsortien beteiligt, die den Cunene-Staudamm finanzieren:

BRD - Dresdner, Deutsche und Commerzbank
FRANKREICH - Credit Commercial de France und Credit Lyonnais
USA - Hill Samuel und Bamler's Trust
NIEDERLANDE - Niederländische Bank
LUXEMBURG - Credit Bank S.A. de Luxembourg.

Übersetzung aus dem Englischen: iz3w



Ökumenischer Rat der Kirchen
"Cunene Staudamm-Projekt und der Kampf um die Befreiung des Südlichen Afrika" 50 S., DM1,50

Bestellungen an: Evangelische Kirche in Deutschland
-Herrn Claus Kemper
6 Frankfurt/Main
Bockenheimer Landstr.109

ANGOLA
LUANDA
GOVE
MATALA
RUACANA
ZAMBIA
KATUE
KARIBA
C. BASSA
MALAWI
MOZAMBIQUE
ZIMBABWE
BOTSWANA
NAMIBIA
L. MARQUES
SOUTH AFRICA
CAPETOWN

Bestehendes Wasserkraftwerk
Geplantes Wasserkraftwerk
Geplantes Atomkraftwerk
Bestehendes Elektrizitätsnetz
Geplantes Elektrizitätsnetz
Geplante Staudämme

Auszug aus einem

INTERVIEW MIT ERZBISCHOF MILINGO

Aktionskreis Dritte Welt Dortmund

Frage:

Exzellenz, Ihre Osteransprache von 1970 im sambischen Fernsehen, in der Sie die rassistischen Regimes in Rhodesien, Mozambique, Angola und Südafrika und ihre Stützung durch die katholische bzw. niederdeutsche reformierte Kirche scharf kritisiert haben, hat in Deutschland Aufsehen erregt. Können Sie uns in kurzen Zügen die Hauptpunkte Ihrer Kritik nennen?

Milingo:

Ich wende mich gegen die Unterdrückung in Südafrika, Angola und Mozambique, weil ich Christ bin. Deshalb halte ich es für meine Pflicht, meine Kollegen über die Situation in diesen Ländern aufzuklären. Wenn das Evangelium die Menschen nicht von Unterdrückung befreit, sehe ich keinen Grund für Missionare, das Evangelium zu verkünden. Ein Farbiger, das heißt ich selbst sehe, daß Apartheid und nach Rassen getrennte Entwicklung von der Kirche unterstützt werden. Die Kirchen sind so sehr eingeschüchtert worden, daß sie behaupten, sie müßten sich an die Staatsgewalt halten. Die Staatsgewalt muß sich aber von uns sagen lassen, daß jede Macht dem Menschen dienen muß. Und wenn eine Staatsgewalt nicht das Glück und Wohlergehen des Volkes will, dann hat sie eben kein Recht auf Existenz. Ich kann einfach nicht begreifen, wie man auf der einen Seite das Evangelium verkünden kann, während auf der anderen Seite die Brüder aus der eigenen Gemeinde unterdrückt werden durch andere Glieder eben desselben Leibes Christi. Und genau das ist der Fall in Südafrika, Angola und Mozambique. Bei einer solchen Art von Christentum können wir nicht mehr mitmachen.

Frage:

Können Sie uns einige Beispiele für konkrete Unterdrückung nennen?

Milingo:

In Angola und Mozambique gibt es Zwangsarbeit. Die Leute dort können zwangsverpflichtet werden, kleine Kinder werden zur Arbeit herangezogen, und ein allgemeiner Fortschritt ist nirgendwo zu sehen. Die Sozialenzykliken scheinen nicht bis dorthin gekommen zu sein. Ein anderes Beispiel: In Angola gibt es Waffen zur Vernichtung von Nahrungsmitteln. Man vernichtet die Kassava-Wurzel, ein Hauptnahrungsmittel für die Menschen dort. In ihrer Wut schießen die Portugiesen auf alles, was nach Befreiungsbewegung aussieht, sie bombardieren Dörfer, sie setzen die Felder in Brand, daß niemand mehr die verbrannten Wurzeln essen kann. Ein Unrecht, worüber Sie in Europa nicht sprechen! Kürzlich hat di. rhodesische Aimee 7 FRELIMO-Männer erschossen, die lediglich einen Landzipfel Rhodesiens berührt hatten. Sie wurden erschossen - einfach so - und Sie sprechen nicht darüber. Wer tut so etwas? - Leute, die einen nationalen Überlegenheitskomplex haben. Doch weiter: Vor etwa einem Jahr kamen Befreiungskämpfer über den Sambesi nach Sambia. Die Rhodesier erschossen sie, steckten sie in Säcke und brachten sie nach Salisbury. Darüber sprechen Sie in Europa nicht! Sie meinen ja, die Befreiungskämpfer sind Kommunisten. Und weil sie Kommunisten sind, sind sie Atheisten - und die muß man erschießen. Sie sagen, die Befreiungskämpfer greifen die rechtmäßige Staatsgewalt an, sie bringen Unruhe ins Land: deshalb müssen sie erschossen werden, ohne Verteidigung. Das glaubt man doch bei Ihnen! Wir fragen da nach Ihrem Christentum. Sie finden uns an diesem Punkt, und wir fragen uns: Wie wahr ist eigentlich das Christentum? Bringt es den Menschen wirklich Erlösung? Ich bin da im Zweifel.

Frage:

Der Weltrat der Kirchen hat vor einigen Tagen beschlossen, ein zweites Mal 200.000 Dollar für das Programm zur Bekämpfung des Rassismus zur Verfügung zu stellen. Diese neuerliche Unterstützung scheint noch wesentlicher als die erste zu sein, hat doch der ökumenische Rat trotz der massiven Kritik sein Anti-Rassismus-Programm konsequent weiterverfolgt. Die meisten der Gruppen und Organisationen, die unterstützt werden, sind wie beim ersten Mal Befreiungsbewegungen aus dem südlichen Afrika. Welchen Stellenwert im Rahmen der Bewußtseinsbildung innerhalb der ökumenischen Bewegung messen Sie diesem Beschluß zu?

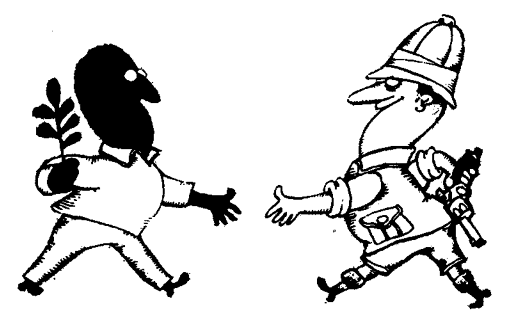
Milingo:

Darauf möchte ich in zweifacher Hinsicht antworten:
1. Sie erwähnten, daß die Vergabe von Geldern an Befreiungsbewegungen Kritik gefunden hat. Dazu möchte ich ergänzen: Als der Papst die drei Befreiungskämpfer in Rom empfing, reagierte darauf auch die ganze Welt. Der portugiesische Botschafter verließ Rom und es sah aus, als wolle er dadurch die katholische Kirche blamieren: Die Reaktion eines Mannes, der Rom verließ aus

Protest, um zu zeigen, daß die gesamte katholische Kirche einschließlich Papst im Unrecht sei, nur weil Portugal sich nicht damit abfinden konnte, daß vom Papst Menschen wie Menschen empfangen wurden. Jesus Christus sagte, er sei nicht nur für die Gerechten gekommen, sondern für die Gefallenen, die Armen, die Unterdrückten, um sie aufzurichten. Portugal gedachte seine Macht über die katholische Kirche zu zeigen, weil ihm in einem Konkordat Zugeständnisse gemacht worden waren: Portugal - ein einziges Land, während wir 800 Millionen Katholiken sind! Warum soll Portugal Rom unter Druck setzen, so, als gäbe es nur Portugal auf der Welt? Spielt denn Portugal die bedeutendste Rolle in der katholischen Weltkirche? Kann denn die katholische Kirche, nur weil Portugals Botschafter abreist, einen Kniefall machen oder sich auflösen? Die Portugiesen verachten uns, die Unterdrückten, wir sind für sie die Unterklasse, die von der Welt nur bekommen dürfen, was von ihren Tischen fällt, deshalb reagieren sie so. Sie passen auf uns auf, und als sie uns beim Papst sahen, da konnten sie das nicht ertragen, weil wir doch unter ihnen stehen. Sie wollen dem Papst zeigen, daß sie wichtiger sind als wir in Afrika, im Augenblick noch unterdrückt durch Leute, die das Christentum hierhergebracht haben.
Auch auf unserer Konferenz in Dar es Salaam haben wir über diese blamable Reaktion gesprochen. Die farbigen Kirchenführer aus Amerika und wir haben die Reaktionen aus Europa auf die ÖRK-Beschlüsse und den Papstempfang betrachtet. Wir sind der Meinung, daß so etwas das Christentum unglaubwürdig und billig macht. Einige Mitglieder des Weltrates der Kirchen zogen ihre Hilfe zurück: Eine sehr oberflächliche Kenntnis der Situation der unterdrückten Menschen in Afrika.
2. Nun zum Teil der Frage, die die zweite Hilfe des ÖRK betrifft. Man kann doch der Tatsache nicht ausweichen, daß man die Menschen nach einer 'natürlichen Struktur' einteilt. Sie entspringt dem Überlegenheitskomplex der westeuropäischen Völker, die in dieser Struktur natürlich die erste Gruppe bilden. Die zweite Gruppe sind die sogenannten 'Intellektuellen zweiter Hand', die in Europa ausgebildet werden; Europa scheint überhaupt das Genie zu sein, dazu geboren, alles zu können und diese Welt zu gestalten. Die dritte Gruppe sind sie, die sie mit Füßen treten: die Schwarzen. Wenn man nicht an den Wert des schwarzen Menschen glaubt, nur weil man ihn so lange unterdrückt gehalten hat, dann ist die erste wie die zweite Hilfe des Weltrates der Kirchen wertlos. Wenn der ÖRK aber die ganze Christenheit repräsentiert und will, daß die Menschen sich frei fühlen und ihre Würde erkennen, ist es höchste Zeit, ernsthaft etwas zu tun. Wenn die Kirche das nicht schafft, wird sich in Afrika Hoffnungslosigkeit breit machen. Wir werden unsere eigene schwarze Theologie schaffen und die weiße Theologie hinauswerfen. Wir brauchen Euch nicht als Kanal oder Weg zu Gott. Ihr könnt uns nicht mehr glauben machen, daß nur Ihr die Vollkommenheit bringen könnt, Ihr, die Ihr immer nur Kompromisse macht, wenn es um unsere Unterdrückung geht.

Frage:

Der Rückzug von 38 Weißen Vätern im Mai dieses Jahres hat zu erregten Auseinandersetzungen innerhalb der katholischen Kirche geführt. Meines Wissens ist dies das erste Mal innerhalb der Missionsgeschichte der katholischen Kirche, daß sich eine größere Gruppe von Missionaren offiziell aus ähnlichen Gründen wie die Weißen Väter zurückzogen aus einem Land. Bisher hieß die Devise doch immer: Ausharren, ganz gleich, unter welchen Verhältnissen. Könnte der Schritt der Weißen Väter zu einem Signal für andere, z.B. in Brasilien, werden?



aus: Jeune Afrique Nr. 540, Mai 1971

Milingo:

Nun, da die Weißen Väter gegangen sind, was glauben Sie, was die portugiesische Regierung da getan hat? - Sie haben portugiesische Missionare gebeten, die Stelle der Weißen Väter einzunehmen. Das bedeutet, daß die Unterdrückung der Menschen in Mozambique weitergehen soll. In Sambia haben wir Missionare aus den verschiedensten Ländern; in Angola und Mozambique gibt es nur Portugal genehme Missionare, und das alles wegen der Dummheit der katholischen Kirche und wegen des Konkordates mit Portugal. Trotz der Reaktion der Weißen Väter werden sie so weitermachen und genau das tun, was sie wollen. Die Bischöfe von Angola und Mozambique haben 1970 noch an europäischen Bischofskonferenzen teilgenommen, obwohl sie doch zu Afrika gehören. An den afrikanischen Bischofskonferenzen nehmen sie nicht teil, wie etwa Südafrika, Rhodesien, Tansania, Uganda, Kenia, Malawi und Sambia das tun. Sie halten sich an ihre Regierung, und sie werden von Europa aus dirigiert. Die Probleme Afrikas werden nicht von den Bischö-

fen Angolas oder Mozambiques behandelt. Die Reaktion auf den Auszug der Weißen Väter hat sich nicht grundsätzlich gegen Portugal gerichtet. Portugal wird weiter von der Kirche verwöhnt und verhätschelt wie ein kleines Kind.

Frage:

Das Vorgehen der Weißen Väter wirft über den konkreten Einzelfall hinaus einige grundsätzliche Fragen zur Mission der Kirche auf. Wie würden Sie die Funktion der Mission heute definieren?

Milingo:

Auf dem Stand unserer heutigen Entwicklung müssen wir versuchen, den Menschen ihre Würde bewußt zu machen. Außerdem müssen wir ihnen helfen in ihrer Situation, wo sie, so sehr unterdrückt, sich fragen: Wo ist denn Gott? Wenn wir Gottes Liebe repräsentieren, müssen wir auch materiell helfen, so gut wir können. Und das tun unsere Missionare: Wir predigen auch über das Brot, über die Einrichtung von Krankenhäusern und über materielle Entwicklung. Wir meinen, es muß beides zusammenkommen: die Sorge für die Seele und die Sorge für den Leib. Unsere Missionare versuchen das. Wenn sie aber in ein Land kommen, wo es dafür keine Chance gibt, wo Staatsgesetze das unmöglich machen, dann können sie nichts tun.

Frage:

Exzellenz, die Begründung für den Rückzug der Weißen Väter aus Mozambique war, sie könnten in der gegenwärtigen kirchenpolitischen Situation Mozambiques kein glaubhaftes Zeugnis, sondern nur ein Gegenzeugnis geben. In einem Land, in dem offen Unterdrückung und Ausbeutung praktiziert werden, ist es für die Weißen Väter wie für Sie eine wesentliche Funktion der Kirche, gegen Repression und Diskriminierung einzutreten. Wie aber sehen Sie die Funktion der Kirche in einem unabhängigen, freien Land wie Sambia?

Milingo:

Wir sehen die Kirche in Sambia als Sauerteig. Ich persönlich habe keine Ambitionen auf ein Ministeramt, ich träume nicht einmal davon. Ich möchte nicht in Tausender Mund sein, ich warte auch nicht jeden Monat auf Gehaltserhöhung. Wenn es mir als Bischof gelingt, meinen Glauben und meine Überzeugungen mit den Menschen zu teilen, dann bin ich wie ein Vater, der sein Leben mit anderen teilt. Und diese Rolle, glaube ich, habe ich in diesem Land. Ich bin jedoch nicht nur für



das Volk da, sondern auch für die Minister. Wenn sie ihre Rechte als Minister oder Politiker verletzt haben, sage ich ihnen das; das ist verschiedentlich schon vorgekommen. Am wichtigsten ist, glaube ich, daß die unterdrückten Menschen in Afrika um ihre Rechte und Würde wissen und um ihre Möglichkeiten. Deshalb reagieren sie heute auch anders als im Jahre 1900. Sie sind sogar den Gutwilligen und den Spendern gegenüber kritisch. Die Menschen müssen als gleich und Gleiche angesehen werden und auch so behandelt werden. Das heißt: daß sie geben und Ihr nehmt und umgekehrt, daß Ihr gebt und sie nehmen. Das muß anerkannt werden, von allen, auch und besonders von denen, die als Christen hierherkommen.

Lusaka, 13. September 1971

INTERVIEW MIT JANET MONDLANE,

der Leiterin des Mozambique-Instituts, Dar-es-Salaam:

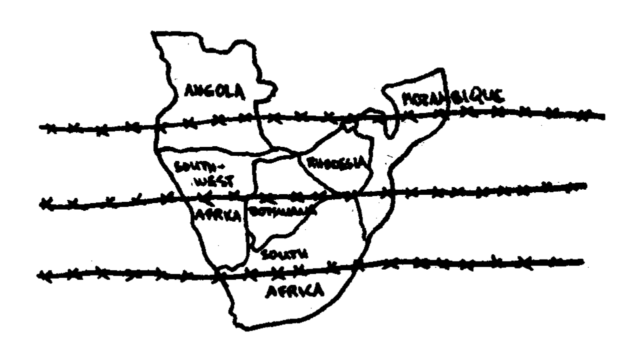
Großes Aufsehen erregte der Beschluß des Ökumenischen Rates der Kirchen 1970 in Arnoldshain, im Rahmen des Anti-Rassismus-Programms soziale Einrichtungen der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zu unterstützen. Zu den Empfängern der Spende zählt auch die FRELIMO, die Befreiungsbewegung der portugiesischen Kolonie Mozambique. Der Ökumenische Rat überwies 20 000 Dollar an das Mozambique-Institut in Dar-es-Salaam/Tanzania, von wo aus die Sozialeinrichtungen verwaltet werden, zu denen eine Secondary School in Bagamoyo/Tanzania, eine große Ausbildungsstätte in Tundura/Tanzania, 190 Dorfschulen und 10 Internate in den befreiten Gebieten zählen. Dazu gehören ferner das Dr. Americo Boavida Hospital in Mtwara/Tanzania und 40 Sanitätsstationen in den befreiten Gebieten.

Das Mozambique-Institut in Dar-es-Salaam wurde 1963 als Ausbildungszentrum gegründet. Die Fortschritte des Befreiungskampfes erforderten aber neue Notwendigkeiten, und die Aufgaben des Institutes mußten Schritt halten mit den Entwicklungen. Die Festsetzung von Programmen auf dem Gebiet der medizinischen Betreuung wurde bald ein ebenso bedeutsames Ziel wie die Erziehung.

Leiterin des Instituts ist die Amerikanerin Janet Mondlane, die Witwe des vor zwei Jahren ermordeten FRELIMO-Präsidenten. Als in diesem Sommer sechs Mitglieder des Dortmunder Aktionskreises "Dritte Welt" Tanzania und Mozambique bereisten, hatten sie auch Gelegenheit zu einem Gespräch mit Janet Mondlane. Das Interview fiel mit der Entscheidung des Ökumenischen Rates zusammen, 1971 erneut die Befreiungsbewegungen zu unterstützen, wobei die FRELIMO diesmal 15 000 Dollar erhalten soll.

Im folgenden ist das Gespräch des Aktionskreises mit Frau Mondlane abgedruckt.

Gerald Baars



Frage:
Am 3. September 1970 hat der Ökumenische Weltrat der Kirchen zum erstenmal beschlossen, 200 000 Dollar für 19 Organisationen zur Verfügung zu stellen. 9 davon sind Befreiungsbewegungen in Afrika. Sie haben für das Mozambique-Institut 15 000 Dollar erhalten. Können Sie uns speziell über die Verwendung dieser Gelder Auskunft geben?

Antwort:
Das Geld wird für die verschiedensten Aufgaben im Mozambique-Institut verwendet. Der Ökumenische Rat hat nicht gesagt, das Geld muß für den Bildungssektor oder es muß für das Gesundheitswesen verwendet werden. Es kann auf die einzelnen Bereiche und verschiedene Aktivitäten des Mozambique-Institutes aufgeteilt werden. Wir nennen diese Art von Fonds: 'nicht festgelegte Fonds', weil sie nicht für einen ganz bestimmten Zweck bestimmt sind, wie z.B. für 20 Kleider, 50 Uhren oder 2 Tonnen Lebensmittel. Diese 'nicht festgelegten Fonds' werden überall da verwendet, wo das Geld anderer Organisationen mit genau festgelegtem Zweck nicht ausreicht. Ich kann Ihnen leider nicht sagen: 5 000 Dollar wurden für Bildung, 2 000 Dollar für das Gesundheitswesen gebraucht, usw. Das Geld wurde auf alle Bereiche und Aktivitäten verteilt, die wir haben, auf Erziehung, Gesundheitswesen, Sozialfürsorge, Wirtschaftsentwicklung.

Wir arbeiten mit dem Ökumenischen Rat außerdem auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zusammen. Der Weltrat hat eine Kommission für Entwicklung, mit der wir in Kontakt stehen. Wenn nun Geld von der Kommission für Entwicklung kommt, dann wird dieses Geld natürlich ausschließlich für das Entwicklungsprogramm benutzt: landwirtschaftliche Ausbildungsprogramme, Industrieentwicklung für die Farbigen usw. Die 15 000 Dollar vom letzten Jahr und die 20 000, die wir in diesem Jahr erhalten werden, werden auf die verschiedenen Gebiete aufgeteilt.

Frage:
Die Vergabe der 20 000 Dollar sollte ein Signal für andere sein, ebenfalls Solidarität mit den rassistisch Unterdrückten zu üben. Oder aber ist der Beschluß des ÖRK ein Einzelakt geblieben?

Antwort:
Nein. Der Aktion des Ökumenischen Rates folgten Aktionen anderer Gruppen nach, auch in Westdeutschland, wo man vorher noch unsicher war über die Beweggründe des Freiheitskampfes von FRELIMO. Man kann sagen, daß das Ziel, wofür die Gelder des ÖRK gegeben wurden, erreicht wurde, nämlich andere zu

überzeugen, Vertrauen zu den Befreiungsbewegungen zu haben und uns zu helfen.

Die Diskussion über den Anti-Rassismus-Beschluß glitt sehr schnell ab von dem, was der Ökumenische Rat eigentlich wollte. Der Weltkirchenrat wollte ein sichtbares Zeichen setzen im Kampf gegen den Rassismus. Die Diskussion konzentrierte sich jedoch sehr bald nur noch auf die Frage, ob die Unterstützung von Gewalt durch Christen vertretbar sei oder nicht. So wurden Menschen sehr schnell zu Gegnern des Anti-Rassismus-Programms, ohne zuvor überhaupt ein Wort über Rassismus geschweige denn seine konkrete Bekämpfung durch Befreiungsbewegungen gehört zu haben.

Ihre Frage geht auf das Problem der Anwendung von Gewalt und deren Ziel. Zuerst, glaube ich, muß man wissen, was denn Gewalt überhaupt ist. Es gibt verschiedene Arten von Gewalt. Wir diskutieren nicht viel über Gewalt, weil wir vor einiger Zeit zu der Entscheidung gekommen sind, daß es für uns keinen anderen Weg gibt, um Freiheit und Unabhängigkeit für Mozambique zu erlangen, als eben durch Gewalt. Wir haben Verhandlungen mit den Portugiesen versucht, ohne Erfolg. Wir haben immer wieder Verhandlungen versucht, aber es war offensichtlich, daß die Portugiesen keine Freiheit für das Volk von Mozambique wollten, und das wollen sie ja auch heute noch nicht. Es ist sehr schwierig, einen Weg zu finden, ein gewalttätiges Regime mit gewaltlosen Mitteln zu bekämpfen. Ich halte das für eine theoretische Frage, Portugal hat ein gewalttätiges Regime. Ich meine, man kann verstehen, was Angola, Mozambique und Guinea-Bissao durchgemacht haben in vielen Generationen. Diese Form von Gewalt könnte man als 'institutionalisierte Gewalt' bezeichnen. Menschen sind gestorben, verhungert, man hat ihnen Gewalt angetan; die Gesellschaft stagniert. Das ist institutionalisierte Gewalt. Und es kommt der Zeitpunkt, wo dann der einzige Weg, dieser Gewalt zu entfliehen, darin besteht, das Mittel der Gewalt zu gebrauchen. Ich halte dies für eine theoretische Diskussion. Für Leute, die nicht unter der Gewalt zu leiden haben, ist es leicht zu behaupten, der beste Weg, Gewalt zu überwinden, sei, selbst keine Gewalt zu gebrauchen. Ich bin überzeugt, wenn Leute, die so argumentieren, mit ansehen müßten, wie ihre Häuser und ihre Habe vernichtet werden und das Generationen lang, daß sie dann auch eine Waffe in die Hand nehmen würden, um sich selbst zu verteidigen und ihre Familien, ihr Eigentum und ihr Volk. Solange man selbst nicht davon betroffen ist oder damit konfrontiert wird, wird es ein theoretisches Problem.

Frage:
Wie sieht die Unterstützung der FRELIMO bzw. ihres Institutes von seiten der katholischen Kirche aus?

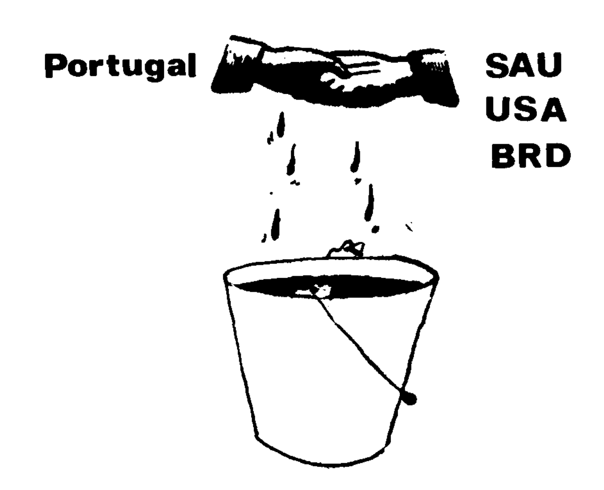
Antwort:
Eine finanzielle Hilfe von seiten der katholischen Kirche gibt es im Augenblick nicht. Ich glaube, daß wir die katholische Kirche gesondert betrachteh müssen. Sie wissen, daß es eine starke Bewegung und einen Meinungsstreit in dieser Kirche gibt. Nehmen Sie den individuellen Einsatz einzelner Priester in den Kolonien, z.B. den Rückzug der Weißen Väter aus Mozambique in diesem Jahr. Und das wird sicher nicht der letzte Protest von katholischen Priestern sein, die lange Zeit in den portugiesischen Kolonien gearbeitet haben. Ich wünschte, daß die protestantischen Kirche, die ja auch Mission in den portugiesischen Kolonien betreiben, dieselbe Reaktion zeigten in Form eines politischen Protests, wie die Weißen Väter das getan haben. In diesem Punkt haben die protestantischen Missionare noch nicht den Mut besessen, den einige katholische Missionare gezeigt haben. Ich hoffe aber, daß sie das noch tun werden.

Frage:
Welche konkreten Wünsche haben Sie an Leute in der BRD, die sich mit dem Kampf der FRELIMO solidarisch erklären und ihnen helfen wollen. Was können und sollen sie tun?

Antwort:
Ich meine erstens, daß sich die Deutschen informieren sollten über die Lage in Mozambique. Sie sollten versuchen zu verstehen, wofür die Mozambiquaner kämpfen. Zweitens sollten sie einzusehen versuchen, was das Volk von Mozambique aufbauen will. Drittens sollten sie, wenn sie die beiden ersten Punkte einsehen, nach der Rolle fragen, die ihre Regierung in bezug auf diese Ziele der FRELIMO spielt. Wir wissen nämlich sehr wohl Bescheid über diese Rolle Ihrer Regierung, die sie für Portugal und den dauernden Krieg gegen das Volk von Mozambique spielt. Ich frage mich sehr oft, ob das deutsche Volk eigentlich selbst Bescheid weiß über diese Rolle, nämlich, Portugal bei der Unterdrückung seiner Kolonien zu helfen. Ich bin überzeugt, daß viele Deutsche wußten, was ihre Regierung tat, daß sie wußten, was einige Firmen machten, daß sie schockiert waren und alles ihnen Mögliche taten, diese Hilfe für Portugal zu stoppen. Das ist also, meine ich, das erste, was die Deutschen sich überlegen müssen: welche Rolle sie für uns spielen.

Zweitens benötigen wir dringend Hilfe. Wir haben landwirtschaftliche Ausbildungsprogramme, Industrieentwicklungs-

programme, wir stecken mitten im Aufbau eines Erziehungssystems, wir drucken unsere Bücher, wir haben ein Gesundheitswesen... Die Liste ist einfach endlos. Der Etat für das Mozambique-Institut für das Jahr 1971 beläuft sich auf 11 Mill. Tansanische Shillinge. Jetzt ist September, und wir haben erst 6,5 Mill. Shillinge erhalten. Das Problem ist also, daß wir entweder nicht den erforderlichen Fortschritt haben oder einige Programme zurückstellen müssen. Materielle Hilfe wie auch politische Unterstützung sind dringend notwendig.



EIN ANDERES AFRIKA-BILD

Was sich auf den oberen Ebenen von Politik und Wirtschaft zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt abspielt, lesen wir alle Tage in der Zeitung: Entwicklungshilfe, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Militärhilfe, Unterstützung durch Privatinvestitionen, großzügige Kreditvergabe und was dergleichen mehr ist. Daß sich dahinter die schonungslose Ausbeutung der farbigen Völker verbirgt und wie diese Ausbeutung funktioniert, beginnt langsam aus der schuldgeborenen Verdrängung an die Oberfläche unseres Bewußtseins zu steigen, denn kritische Stimmen drängen an die Öffentlichkeit. Nicht an die Öffentlichkeit drängen die Stimmen derer, die unseren objektiven Profitinteressen in der Dritten Welt unmittelbar dienen, indem sie die Geschäfte deutscher, englischer oder französischer Firmen, die dort "engagiert" sind, an Ort und Stelle abwickeln. Gerade an ihrer Haltung gegenüber den Bevölkerungen der Länder, in denen sie tätig sind, müßte deutlich werden, daß es sich bei diesen Geschäften in der Tat um Ausbeutung handelt, so wie die nackte Unterdrückung der Kolonialzeit nicht zuletzt am Herrengestus der Kolonialbeamten ablesbar war. Wen will es da wundern, daß wir heute, wo das ungleiche Verhältnis zwischen den verarmten Massen in Afrika, Lateinamerika und Südasien auf der einen und uns auf der anderen Seite, die wir uns an ihrer Armut bereichern, im Nebel des Wohlwollens zu verschwinden droht, so selten Proben von diesem angepaßten, ideologischen Bewußtsein erhalten, die sich schwarz auf weiß nach Hause tragen und publizieren lassen?

Ein Zufall hat das iz3w an solch eine Probe gelangen lassen. Auf manchen Umwegen ist uns der Rundbrief eines bis vor kurzem für eine deutsche Im- und Exportfirma in Tansania arbeitenden kaufmännischen Angestellten in die Hände gekommen, den er an seine privaten Freunde geschickt hat. Dieser stellenweise wie eine Parodie anmutende Brief dürfte mindestens bei iz-Lesern so deutlich für - oder vielmehr: gegen sich selbst sprechen, daß langwierige ideologiekritische Bemerkungen dazu überflüssig sind. Die Redaktion verbürgt sich für die Echtheit des Dokumentes. So haargenau hätte keiner von uns den spätkolonialen Ton treffen können.

Immerhin sei darauf hingewiesen, daß der Text nicht nur in seinem ausdrücklich politischen Teil, der natürlich besonders interessant ist, weil er eines der wenigen Länder in der Dritten Welt betrifft, das sich praktisch aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit zu lösen sucht, kritische Beachtung finden sollte. Auch was davor steht, ist schlimm genug: Sein Autor gibt sich bar jeder humanen Anstrengung um Verständnis für soziale und kulturelle Probleme eines ihm fremden Volkes und ganz auf seinen individuellen Konsumhunger reduziert. Damit erweist er sich als das Subjekt des gegenwärtigen abendländischen Kulturimperialismus, wie es im Buche steht.

Es wäre freilich verfehlt, Kritik an solcher Attitüde als Kritik am Individuum zu üben, dem sie ja auch nur durch die sozio-ökonomischen Umstände aufgenötigt wird. Vielmehr halten wir diese arrogante Einstellung für kollektiv und typisch. Hier decouvriert sich lediglich am Einzelnen, was vordergründiger kultureller Legitimationszusammenhang schlechthin ist, hinter dem sich die Auspressung der unterernährten, entwicklungsgehemmten Völker überall vollzieht. Ohne ihn würde sie offen zutage liegen und Gefahr laufen, ins Schußfeld massiver Kritik zu geraten.

Im übrigen sind wir sicher, daß unser unbekannter Freund es in Malawi besser getroffen hat als in Tansania.

Lieber X.

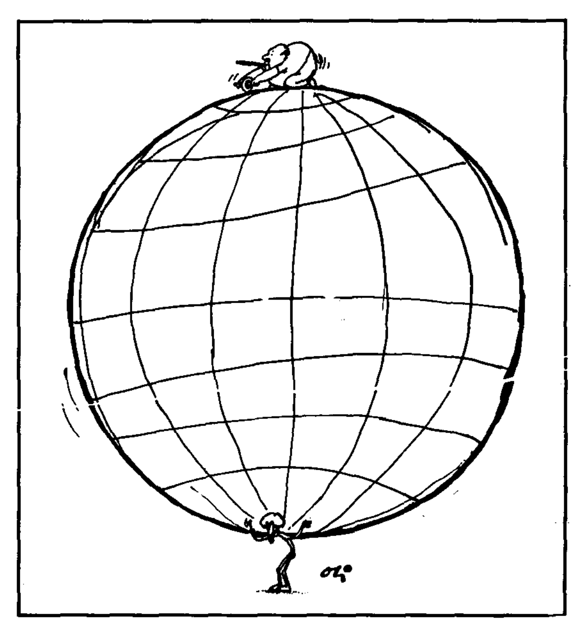
Mittlerweile hat es sich wohl schon herumgesprochen, daß wir Ende Januar 72 unseren Wohnsitz nach Limbe/Malawi verlegen. Wir möchten daher nicht versäumen, allen unsere neue Anschrift, die ab Februar in Kraft tritt, per Rundschreiben mitzuteilen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch noch kurz einen Bericht über unsere Eindrücke von Dar es Salaam (abgekürzt DAR) und Tanzania abgeben.

Im großen und ganzen hat es uns sehr gut hier in DAR, der Hauptstadt von Tanzania, gefallen. Sicherlich hat sich der eine oder andere darüber gewundert, daß wir nie über Sehenswürdigkeiten berichtet hatten. Das sei hiermit nachgeholt. Zu den Sehenswürdigkeiten von DAR gehört das Nationalmuseum, das eine bedeutende Sammlung archäologischer Funde aufweist; der Markt mit dem bunten Völkergemisch (Reiseführer!) und natürlich der Hafen. Mehr hat DAR dem Fremden an Sehenswürdigkeiten nicht zu bieten. Zumindest, wenn man von Sehenswürdigkeiten, wie sie z.B. in London, Paris etc. zu sehen sind, spricht. Besonders zu erwähnen sind hier jedoch die herrlichen Strände, die wir im Laufe unseres Hierseins besucht haben. Zunächst einmal Mjimwema, ein herrlicher Sandstrand (bei der Hinfahrt wird mittels einer Fähre die Hafeneinfahrt überquert, um einen 21 km Umweg zu ersparen). Ein Nachteil, der sich dort seit Ende Oktober aufgrund des nunmehr von Nordosten, also genau auf diesen Strand gerichteten Monsun eingeschlichen hat: QUALLEN. Ansonsten ausgezeichneter "Muschelsucher-Strand". Zum Baden hervorragend, abgesehen von den Quallen, da kein vorgelagertes Korallenriff vorhanden ist. Ein solches findet sich leider an der Oyster Bay, was allerdings bei Flut weniger störend ist, da man dann über den Korallen schwimmt. Weiter zu erwähnen ist Ladder Cove: eine malerische kleine Felsenbucht, zu der man nur vermittels einer Leiter hinuntersteigen kann (daher der Name). Bei Ebbe ist es dort möglich, auf dem Korallenriff spazierenzugehen. Die anderen Strände nördlich von DAR dürften Euch aus den Ostafrika-Reiseangeboten von Touropa-Scharnow, Kaufhof, Hertie etc. bekannt sein: Africana, Kunduchi, Bahari (fest in deutscher Hand!). Africana zudem noch mit einer recht guten Go-Go-Discotheque ausgestattet, womit wir nunmehr auf das Nachtleben von DAR zu sprechen kommen.

Es gibt noch 2 weitere Discothequen und außerdem den Simba-Night-Club, bei dem wir einerseits wohlbekannt sind und zum anderen natürlich auch die dortigen Angestellten einschließlich Manager und (span.) Band selbst gut kennen. Was sich daraus schließen läßt ist klar: wir sind häufige Besucher des Simba gewesen. Nebenbei hat's hier auch einen Puff (Freudenhaus): Margot's. Über eine solche Institution zu berichten erübrigt sich wohl! Und somit wollen wir von derlei "Wohlgenüssen" auf die kulinarischen Vorzüge von DAR zu sprechen kommen: Oyster Bay Hotel, bekannt und von uns sehr gern heimgesucht wegen seiner hervorragenden Hummer-Spezialitäten; stets am selben Tag gefangen und für 1/4 des Preises in Hamburg bekommt man hier die doppelte Menge = Hummer satt! Ein prima Steak gibt es im Agip Motel, wo man sich allerdings aufgrund der etwas zu kalt eingestellten Klimaanlage warm anziehen muß. Indisch essen kann man gut im Sheesh Mahal, einem Spezialitäten-Restaurant.

Um nun auf das Land Tanzania zu sprechen zu kommen, müssen wir zunächst einmal feststellen, daß wir seine einzigartigen Sehenswürdigkeiten aus Mangel an Gelegenheit leider nie zu sehen bekamen: Serengeti, Ngorongoro-Crater, Iake Manyara. Dafür waren wir des öfteren im Mikumi-Nationalpark, einem Tierpark ca. 300 km von DAR entfernt, Richtung Westen, d.h. im Landesinnern. Mitten im Park befindet sich die sehr hübsch gelegene Mikumi Wildlife Lodge (Wildparkhotel) sowie in deren Nähe ein Zeltlager. Der Park weist einen sehr guten Wildbestand auf, jedoch soll in den obigen Parks "alles viel größer und schöner sein!" Aber auch in Mikumi war es für uns schon ein großes Erlebnis, die Tiere in freier Wildbahn beobachten zu können und sozusagen einmal selbst im Käfig zu sitzen, im Gegensatz zu einem Hagenbek Besuch z.B.



Politisch läßt sich über Tanzania sagen, daß dieses Land am 9. Dez. 1961 seine Unabhängigkeit erhalten hat und es seitdem, besonders nach der kürzlich stattgefundenen 10-Jahresfeier, steil bergab geht. Noch immer ist Mwalimu Julius K. Nyerere, Präsident seit der Unabhängigkeit, am Ruder, Gerüchten zufolge jedoch nicht mehr

lange. Es sind jedenfalls schon viele Verhaftungen in Polizeikreisen vorgenommen worden, und man sieht mehr und mehr Militär in den Straßen. Das ist der eine Grund, weshalb wir uns freuen, das Land verlassen zu können.

Der andere Grund ist die wirtschaftliche Lage: Butter kommt aus Kenya, allerdings recht selten; Fleisch gibt es auch nur dann und wann, dafür steigt aber der Exportanteil desselben nach Zambia. Andere Grundnahrungsmittel wie Bier, Whisky etc. sind irrsinnig teuer, und man lernt selbige hier erst richtig zu schätzen.

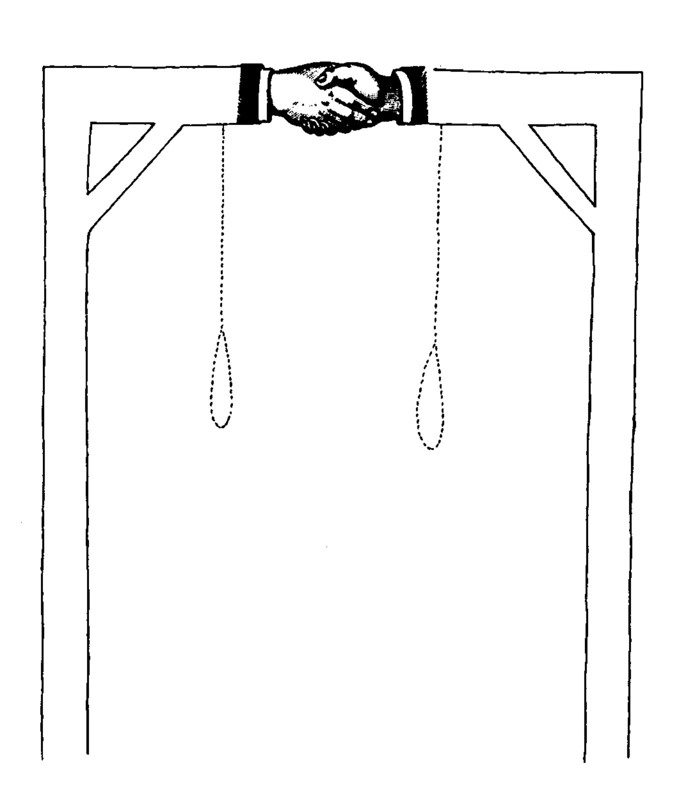
Sämtliche ausländischen Bankhäuser sind in Tanzania vor ca. 2 Jahren verstaatlicht worden und es gibt nur noch die Bank of Tanzania und die National Bank of Commerce, wobei erstere den gesamten Import kontrolliert, worunter unter anderem auch unsere Firma zu leiden hat. Der Import von Photoartikeln, das einzige, was der Firma hier noch geblieben ist, wird neuerdings durch seitenlange Importlizenz-Anträge immer mehr erschwert. Bis Ende 1970 durfte noch alles frei eingeführt werden. Das waren noch Zeiten! Die Affen jedenfalls, die sich die neuen Import-Bestimmungen ausgedacht haben, müssen einen ganz anständigen Dachschaden haben, wie die meisten der in höhere Positionen aufgerückten Schwarzen. Die haben immer noch nicht gemerkt, was sie sich mit ihrer sogenannten Unabhängigkeit eingehandelt haben. Tanzania wird sich in wenigen Jahren selbst zugrunde richten, oder ist gelb (chinesisch) oder beides. LANG LEBE DER SOZIALISMUS (zumindest hier)!

Privat hatten wir uns hier einen sehr netten Freundeskreis von Holländern und Engländern aufgebaut. Mit letzteren zusammen haben wir Weihnachten (ohne Weihnachtsstimmung) und Neujahr gefeiert. Neujahr gleich zweimal: als es bei Euch erst 10^{00} Uhr war, hatten wir schon 1972, und so haben wir aus Solidarität nach unserer Zeit um 02 Uhr auch noch Euer Neujahr begossen.

Seit Weihnachten regnet es, wir haben jetzt die kleine Regenzeit, die noch bis ca. Mitte Februar anhalten wird. Es ist merklich abgekühlt, und nachdem wir vor dem Regen 32° C hatten, frieren wir jetzt bei 25° C. Das Land jedoch ist aufgeblüht, und wir haben es nie zuvor so grün gesehen.

Ein immergrünes und klimatisch für Europäer wesentlich geeigneteres Land soll ja unsere neue Heimat Malawi sein. Das soll nun nicht heißen, daß wir das hiesige Klima nicht abkonnten, im Gegensatz zu metallischen Gegenständen, die hier sehr leiden aufgrund der hohen Luftfeuchtigkeit, z.B. das kürzlich auseinandergenommene Tonband ist innerlich "gut gebräunt". Etwas wird uns in Malawi allerdings sehr fehlen: der ind. Ozean, den wir jetzt auf unsere letzten Tage noch einmal ordentlich genießen.

Am 2. Februar geht es aber voraussichtlich um 15^{05} Uhr von DAR Non-Stop nach Blantyre, wo wir um 15^{40} Uhr landen werden. Der Flug dauert also 1 Std. 35 Min. Wieso? fragt man sich; aber wir kommen Euch zeitlich wieder näher, denn in Malawi haben wir nur noch 1 Std. Zeitunterschied zu MEZ.





Chinas beachtliche Industrialisierungsbemühungen

Die Volksrepublik China unternimmt große Anstrengungen, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben. Millionen junger Chinesen, die technische und wissenschaftliche Kenntnisse besitzen, sind in die Kleinstädte und Kommunen geschickt worden, um in den dort zu errichtenden kleinen Industriebetrieben zu arbeiten und den Bauern erste technische Kenntnisse zu vermitteln. Unzählige Schulen und Hochschulen haben eigene Fabriken errichtet, in denen Schüler und Studenten ihre theoretischen Kenntnisse in die Praxis umsetzen können. So gründete beispielsweise eine Oberschule in Peking eine Fabrik, die elektrische Schalter, leichte Glühbirnen für die Industrie und Stromanzeiger herstellt. Die Tsinghua-Universität in Peking besitzt eine Reihe von Fabriken und unterhält auch Verbindungen zu anderen Unternehmen, deren Arbeiter an Kursen in der Hochschule teilnehmen. Im Unterricht in den oberen Klassen liegt heute der Akzent auf den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern. Ungelernte Arbeiter und Bauern werden ebenfalls zu technischen und wissenschaftlichen Studien angehalten.

Immer wieder berichten die chinesischen Zeitungen von technischen Erneuerungen, die in den Industriebetrieben gemeinsam von Arbeitern und Technikern durchgeführt werden. Die Techniker, die vor der Kulturrevolution ausschließlich in den Büros saßen, stehen heute auch an den Maschinen. Oftmals zeichnen sich die neuen Produkte durch kleine Größe, Leichtigkeit, einfache Konstruktion und hohe Leistungsfähigkeit aus. Die Werkzeugmaschinenfabrik in Schenyang brachte z. B. eine allgemeine Werkzeugmaschine heraus, die wesentlich leichter, aber entschieden leistungsfähiger ist als das Modell. Die Arbeiter eines Wärmekraftwerkes in Schijiadschuang verbesserten die ausländischen Maschinen und steigerten die Kapazität um mehr als 50 Prozent. Arbeiter der Eisen- und Stahlwerke Anschan, Chinas großem Stahlzentrum, realisierten nicht weniger als 6000 technische Neuerungen. Das Stahlwerk 2 verkürzte die Dauer des Schmelzprozesses um die Hälfte. Die Dieselmotorenfabrik im Liaoning-Werk soll einen neuen 20-PS-Dieselmotor herausgebracht haben, der nur 200 kg wiegt, verglichen mit 550 kg des alten Modells. Die Anzahl der Teile wurde von 1009 auf 710 reduziert. In Peking entwickelten Arbeiter einen schall- und feuersicheren Ziegelstein; und die Arbeiter einer kleinen landwirtschaftlichen Maschinenfabrik im Norden Chinas haben gemeinsam eine neue Dreschmaschine konstruiert, die einfach und leistungsfähig ist.

In der gegenwärtigen Industrialisierungskampagne verläßt man sich weitgehend auf die eigene Kraft. So haben beispielsweise die Bauern in ganz China über 10 000 kleinere und mittlere Wasserkraftwerke gebaut. Mit Hilfe dieser kleinen Kraftwerke konnte Elektrizität auch in die entlegensten Bergdörfer gebracht werden. Ferner konnten vielerorts die Bewässerung der Felder, das Schälen des Reises, das Mahlen des Mehls und das Entkernen der Ölfrüchte verbessert werden.

In allen Provinzen Chinas sollen Fabriken zur Herstellung von kleinen Motoren, einfachen Traktoren und landwirtschaftlichen Geräten und deren Ersatzteilen errichtet worden sein. Allein in der Provinz Kiangsu wurden über 1000 kleinere und mittlere Betriebe der Leichtindustrie gebaut und mehr als 200 neue Hauptprodukte auf den Markt gebracht. Die Produktion der kleinen Zement- und Kunstdüngerfabriken soll jeweils 40 Prozent der Gesamtproduktion jener Industriezweige ausmachen. Die kleinen Industriebetriebe, die heute überall in China errichtet werden und die in erster Linie landwirtschaftliche Geräte, Kunstdünger, Zement und Motoren herausbringen, sollen in erster Linie der Modernisierung der Landwirtschaft dienen, deren Produktion mit der ständig steigenden Bevölkerungszahl Schritt halten muß.

Einen beachtlichen Aufschwung hat auch Chinas Autoindustrie genommen. Automobile werden nicht nur in einigen großen modernen Fabriken hergestellt, sondern an vielen Orten in ehemaligen Autoreparaturwerkstätten, wobei die Produktion aber ausschließlich auf Lastwagen beschränkt bleibt. So bringt zum Beispiel eine Automobilfabrik, die noch vor der Kulturrevolution lediglich eine Werkstätte mit 600 Arbeitern und 88 veralteten Maschinen war, einen $2^1/_2$-Tonnen-Lastwagen heraus. Außer Lastwagen stellen Chinas Autofabriken aber auch Spezialfahrzeuge her, wie Mehrzwecklastwagen für die Landwirtschaft und Kippwagen von 32 und 40 Tonnen für den Bergbau. Zahlreiche Autofabriken stellen auch kleine Traktoren her.

Der „Mehrzwecknutzung" wird in der gegenwärtigen Industrialisierungskampagne große Aufmerksamkeit gewidmet. Elektrizitätswerke erzeugen nicht nur Elektrizität, sondern stellen auch Generatoren her. Maschinenfabriken bauen nicht nur Maschinen, sondern schmelzen auch Stahl. Stahlwerke produzieren sowohl Stahl als auch Maschinen, Zement und Kunstdünger, und chemische Fabriken raffinieren auch seltene Metalle. Ziel dieser Produktionsorganisation ist die Ausnutzung aller Arten von Abgasen, von Abwässern, Schlacken, ungenutzten Flüssigkeiten, Säuren und nicht verbrauchter Wärme. Mit einer solchen Mehrzwecknutzung können in der Industrie mit geringen Investitionen verhältnismäßig schnelle Produktionserfolge gezeitigt werden. So ist auch in den Lagerhäusern im ganzen Land eine Bestandsaufnahme durchgeführt worden, wobei große Mengen ungenutzter Materialien gefunden wurden, die jetzt in der Produktion verwendet werden.

IRAN

Auszüge aus den Reden Brandts und Hoveyda, anläßlich des offiziellen Besuchs Brandts im Iran (aus: Bulletin der Bundesregierung Nr. 35/S. 591, 9 März 1972)

Offizieller Besuch des Bundeskanzlers im Iran

Vom 5. bis 8. März 1972

Bundeskanzler Willy Brandt weilt auf Einladung der iranischen Regierung vom 5. bis 8. März 1972 zu einem offiziellen Besuch im Kaiserreich Iran.

Bei der Ankunft auf dem Flughafen in Teheran begrüßte ihn Ministerpräsident Amir Abbas Hoveyda am 5. März mit folgender Erklärung:

Zwar bleiben Sie nur kurze Zeit unsere Gäste, wir sind uns aber dennoch sicher, daß dieser Besuch dem iranischen Volke eine willkommene Gelegenheit ist, seine Zuneigung zu Ihrem großen Lande und dessen Volk zu bekräftigen.

Bundeskanzler Willy Brandt dankte mit der nachstehenden Erklärung:

Lassen Sie mich gleich hinzufügen: Wir, die wir für die Bundesrepublik Deutschland Verantwortung tragen, wissen um die bedeutsame Entwicklung, die Ihr Land unter der Führung des Kaisers und Ihrer Regierung nimmt. Das vielfältige Bemühen um den Aufbau des modernen Iran wird von uns mit großem Respekt verfolgt.

Ministerpräsident Amir Abbas Hoveyda hielt bei einem Abendessen zu Ehren des Bundeskanzlers am 5. März 1972 in Teheran folgende Tischrede:

Herr Bundeskanzler!

vor einem Jahrzehnt ist es uns trotz unüberwindlicher Hindernisse und trotz des Widerstands eingefleischter Interessen, deren schwaches Echo auch heute noch in einigen Ländern hörbar ist, gelungen, in diesem uralten Land eine revolutionäre Strukturwandlung unserer Gesellschaft durchzuführen. Es ist uns unter anderem gelungen, aus unserem System die bösen Überreste eines mittelalterlichen Feudalismus auszumerzen und die politische Gleichberechtigung allen Menschen zuteil werden zu lassen.

Als ich im April 1969 zum letzten Mal Ihr Land auf Einladung Ihres hervorragenden Herrn Vorgängers besuchte, nahm ich gerne die Gelegenheit zum Gespräch mit prominenten Mitgliedern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie wahr. Ich sprach damals von den Chancen, die die schnell expandierende iranische Wirtschaft für eine deutsche Beteiligung bot.

Meine Regierung würde es sehr begrüßen, wenn deutsche Technik, deutsche Investitionen und deutscher Sachverstand zur konstruktiven Zusammenarbeit in den Iran kämen, die für beide Teile lohnend sein kann.

Bundeskanzler Willy Brandt erwiderte mit der nachstehenden Tischrede:

Herr Ministerpräsident, Exzellenzen,
meine Damen und Herren!

Unsere beiden Regierungen wissen sich einer Politik verpflichtet, die dem gesicherten Frieden dient. Dies gehört zur Basis unserer Zusammenarbeit.

Gemeinsames Kommuniqué

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Iran

Zum Abschluß des Besuchs des Bundeskanzlers wurde am 8. März 1972 in Teheran folgendes Gemeinsame Kommuniqué veröffentlicht:

Sie beschlossen, eine gemeinsame Regierungskommission zu bilden, die Maßnahmen erörtern soll, welche für die Entwicklung des Handels, der wirtschaftlichen und der technologischen Zusammenarbeit zwischen dem Iran und der Bundesrepublik Deutschland erforderlich sind. Diese gemeinsame Kommission wird jährlich einmal abwechselnd in Teheran und in Bonn zusammentreffen, zum ersten Mal Ende dieses Jahres.

Hinsichtlich der Ölfrage stimmten der Bundeskanzler und der Ministerpräsident des Iran überein, daß eine engere Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der iranischen Ölindustrie wünschenswert ist. Der Bundeskanzler unterrichtete den Ministerpräsidenten davon, daß die Veba-Chemie-AG bereit sei, über ein konkretes Projekt mit der Nationalen Iranischen Ölcompany zu verhandeln.

Der Ministerpräsident und der Bundeskanzler unterstrichen die Bedeutung deutscher Investitionen im Iran und noch engerer Beziehungen zwischen den Industrien beider Länder. Sie begrüßten in diesem Zusammenhang den bevorstehenden Besuch des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und anderer führender deutscher Industrieller im Iran.

Der Bundeskanzler bedankte sich beim Schah und beim Ministerpräsidenten für die herzliche Aufnahme, die Frau Brandt und er und die Mitglieder seiner Delegation im Iran gefunden haben. Er lud den Ministerpräsident des Iran zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland ein. Diese Einladung wurde mit Dank angenommen. Ein Zeitpunkt wird später vereinbart werden.

wer beschiss salvatore »g«

In seinem Programm "Wer beschiss Salvatore G." hat das Nationaltheater München die Ausbeutung der Gastarbeiter in der BRD aufgegriffen, ihre Stellung im internationalen Rahmen beschrieben, Ursachen dargelegt und die Relevanz des Problems für die politische Arbeit in der BRD begründet.
Im folgenden drucken wir einen Ausschnitt aus diesem Programm ab.

Kalabrien
Seit 2oo Jahren herrscht in Kalabrien eine dünne Schicht von Großgrundbesitzern
Das in Kalabrien erwirtschaftete Sozialprodukt wird von den Großgrundbesitzern nicht in Kalabrien investiert
sondern im indstrialisierten Norden in Aktien angelegt
Denn die Großgrundbesitzer in Kalabrien sind fromm und der Papst machts genauso
Die in Kalabrien gekauften Konsumgüter werden nicht in Kalabrien produziert
So fließt das Geld in die industrialisierten Gebiete Norditaliens und der Bundesrepublik
Dadurch wird die Verelendung der Gebiete beschleunigt und die Arbeitskräfte zur Abwanderung gezwungen
Durch die Abwanderung der jüngsten und fähigsten Arbeitskräfte wird die Lebensgrundlage riesiger Gebiete Südeuropas zerstört
Zurück bleiben Frauen, Greise, Kinder

Die brauchen Schulen und Krankenhäuser
Das kostet Geld
Obwohl die dazu notwendigen Steuern dem Industrieland zur Verfügung stehen
Das erfordert Steuererhöhungen im Emigrationsland
Das bedeutet eine Erhöhung der Lohnquote
Das bedeutet sinkende Investitionsraten
Fehlende Grundindustrie - fehlende Infrastruktur
Das heißt weitere Verelendung
Das heißt Kapitalflucht
Keine Industrieansiedlung
Arbeitsintensive Betriebe
Profitieren von den niederen Löhnen
Das heißt Verewigung der Ausbeutung
Verlußt einer industriellen Entwicklung
Verelendung für den Profit der Industrieregionen
Die deutsche Wirtschaft fördert diese Entwicklung
Kalabrien

Ganze Dörfer von Arbeitern entleert.
Folge:
Nicht einmal zum Abernten der Obstbäume gibt es heute in Kalabrien genügend Arbeitskräfte. Die Bauern sind zum Dreschen auf der Tenne zurückgekehrt, weil die Fachkräfte ausgewandert sind, die die Dreschmaschinen reparieren können.

Die deutsche Wirtschaft blutet die Länder Südeuropas bevölkerungspolitisch aus. So werden die Länder abhängig von dem Geld, das aus Deutschland transferiert wird. So werden diese Länder zu Sklavenkolonien der Bundesrepublik.

D e r W e r t d e r A r b e i t s - k r a f t

Wir erwarteten Arbeitskräfte und es kamen Menschen. Max Frisch, Dichter

Entscheidend für die Lage am Arbeitsmarkt sind die Bedürfnisse der Wirtschaft. Hans Katzer,

Entscheidend für die Entlohnung ist der Wert der Arbeitskraft. Müller, Ordinarius der Volkswirtschaftslehre

Was heißt das?

Der Wert der Arbeitskraft wird bestimmt durch die Kosten für die
Aufzucht
Ausbildung und
Erhaltung der Arbeitskraft
Arbeit macht das Leben süß

In Italien betragen die Kosten für die Aufzucht einer Arbeitskraft nach Angaben der italienischen Gewerkschaft 25 ooo Mark
Ein italienischer Gastarbeiter ist also 25 ooo Mark wert
Wer hat soviel Pinke Pinke, wer hat das bestellt
Diese Kosten investierte die italienische Gesellschaft für
Schulbesuch
Ausbildung und
Aufzucht dieser Arbeitskraft
Wer nicht hören will, muß fühlen
Diese Kosten sparte die deutsche Gesellschaft für Schulbesuch
Ausbildung und
Aufzucht dieser Arbeitskraft
Früher Vogel fängt den Wurm
Wir haben in der Bundesrepublik über zwei Millionen ausländische Arbeiter
Nun laßt uns gehen und treten
Die in der Bundesrepublik beschäftigten Ausländer repräsentieren eine gesparte Investition in unserer Infrastruktur im Werte von 4o Milliarden Mark
Der Wald steht hoch, die Jagd geht gut
Das ist der Wert von 4o Volkswagenwerken
Und läuft - und läuft - und läuft -
Wollte sich die Bundesrepublik bei Italien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei revanchieren, müßte sie in jedem der Länder eine Olympiade errichten bei freiem Eintritt

Oder 4o VW - Werke in diesen Ländern gratis aufbauen
Das tut sie aber nicht
Die dadurch fehlenden Arbeitsplätze zwingen die ausländischen Arbeiter nach Deutschland zu gehen
Wir sind jung, die Welt ist offen
oder (Einbl. VW-Dia)
Preisfrage an das Publikum:
Warum können wir ihn sobillig machen, ohne ihn billig zu machen

---

Dieses Programm kann zusammen mit dem Programm über die deutschen Gefängnisse ("Knast") und dem Programm über die deutsche Justiz ("Bonn Hur") für DM 7,- incl. Porto und Verpackung beim iz3w gegen Vorauszahlung unter der Bestellnummer C - 14 bestellt werden.

Eduardo de Sousa Ferreira

Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa

mit einem Vorwort von Basil Davidson, London ca. 220 Seiten

erscheint Mitte März beim Informationszentrum Dritte Welt Freiburg

Aus dem Inhalt:

Die Rolle der Kolonien in der portugiesischen Wirtschaft - Die Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft und das internationale Kapital in Portugal und den Kolonien - Namibia und das Cunene-Projekt in Angola - Die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien - Die Hintergründe der Ereignisse in der Republik Guinea - Die Revision der portugiesischen Verfassung und die Kolonialfrage - Der "Dialog" oder: Südafrika als Nebenmetropole

Im Juni 1970 wurde auf der in Rom stattfindenden Internationalen Konferenz zur Unterstützung der Völker der portugiesischen Kolonien ein bedenklicher Mangel an Informationen und Analysen über den portugiesischen Kolonialismus und seine Implikationen festgestellt. Es wurde dazu aufgefordert, durch publizistische Arbeit zum Abbau der "Mauer des Schweigens" um die Situation im südlichen Afrika beizutragen.
Die hier vorgelegten Aufsätze des Portugiesen Eduardo de Sousa Ferreira kommen dieser Aufforderung nach; sie wurden in den Jahren 1970 und 1971 geschrieben und in westdeutschen Zeitschriften veröffentlicht. Da die meisten dieser Zeitschriften inzwischen vergriffen oder nur noch schwer zu bekommen sind, ließ es sich rechtfertigen, die wichtigsten Aufsätze zu sammeln und in Buchform nochmals zu veröffentlichen. Sie wurden zu diesem Zweck vom Autor nochmals überarbeitet und insbesondere die Wirtschaftsdaten auf den neuesten Stand gebracht.

Basil Davidson über das Buch und seinen Autor:

"Was er - als Ergebnis seiner wissenschaftlichen Ausbildung und langjährigen Forschungsarbeit - zu sagen hat, ist wichtig für die Portugiesen, nicht minder wichtig aber auch für uns andere Europäer. Seine Aufsätze dringen tief in die Krankheit Portugals ein, die auch, und in nicht geringem Ausmaß, unsere Krankheit ist. Niemand, der das heutige Europa verstehen will, kann es sich leisten, die Informationen, die in diesem Buch so klar vorgebracht werden, zu ignorieren.
Die vorliegenden Aufsätze sind noch in anderer Hinsicht von Wert: Sie gehen ausführlich auf die Beziehungen zwischen Europa und Afrika ein und damit, im größeren Zusammenhang, auch auf die Beziehungen zwischen Europa und der gesamten "Dritten Welt". Sie zeigen, daß der portugiesische Imperialismus - der einen der schwerwiegendsten Faktoren der Krankheit Portugals darstellt - ebenso internationaler Imperialismus ist. Sie weisen auf einen Prozeß hin, in dem alte Methoden des Imperialismus durch neue ersetzt werden, subtiler als die alten und doch weit gefährlicher. Und die Stärke dieser Aufsätze liegt darin, daß sie nicht dogmatisieren: sie bringen Fakten. Es ist nötig, daß wir diese Fakten kennen."

Suskriptionspreis DM 5,- bis 15.4

Bitte schicken Sie die beigefügte Bestellkarte bis zum 15.4. zurück. Sie erhalten das Buch dann gegen Vorauszahlung von DM 5,- auf unser Konto 102 262 33 (BfG Freiburg); Schweizer Bezieher erhalten das Buch gegen Einzahlung von sfr.5,50 auf das Postscheckkonto Basel Nr.40-35899 (G.Stingl). Bitte vergessen Sie nicht den Vermerk "Ferreira, Portugiesischer Kolonialismus" auf dem Einzahlungsschein! Nach dem 15.4. kostet das Buch dann DM 6,- (sfr.6,60) + Porto u. Verpackung.